Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21
„Tagblatt-Haus".
Schalter-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Wöchentlich 12 Ausgaben.

Fernruf:
„Tagblatt-Haus" Nr. 6650-53.
Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntags.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 70 Pfg. monatlich, M. 2.— vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Bringerlohn. M. 3.— vierteljährlich durch alle deutschen Postanstalten, ausschließlich Bestellgeld. — Bezugs-Bestellungen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Zweigstelle Bismarckring 29, sowie die Ausgabestellen in allen Teilen der Stadt; in Biebrich: die dortigen Ausgabestellen und in den benachbarten Landorten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.

Anzeigen-Preis für die Zeile: 15 Pfg. für lokale Anzeigen im „Arbeitsmarkt" und „Kleiner Anzeiger" in einheitlicher Satzform; 20 Pfg. in davon abweichender Satzausführung, sowie für alle übrigen lokalen Anzeigen; 30 Pfg. für alle auswärtigen Anzeigen; 1 Mk. für lokale Reklamen; 2 Mk. für auswärtige Reklamen. Ganze, halbe, drittel und viertel Seiten, durchlaufend, nach besonderer Berechnung. — Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen in kurzen Zwischenräumen entsprechender Rabatt.

Anzeigen-Annahme: Für die Abend-Ausg. bis 12 Uhr mittags; für die Morgen-Ausg. bis 3 Uhr nachmittags. Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatts: Berlin-Wilmersdorf, Güntzelstr. 66, Fernspr.: Amt Uhland 450 u. 451. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Donnerstag, 8. Januar 1914. **Morgen-Ausgabe.** Nr. 11. • 62. Jahrgang.

Zur Eröffnung des preußischen Landtags.

Von Dr. H. Pachnicke,
Mitglied des Reichstags und des preuß. Abgeordnetenhauses.

Im preußischen Landtag wird sich manches von dem wiederholen, was den Reichstagssitzungen der letzten Zeit besonderen Reiz verlieh. Dafür sorgen die Konservativen. Sie haben vieles auf dem Herzen, das herunter muß, und sie sprechen es lieber im Dreiklassenhaus aus als in der deutschen Volksvertretung, die aus einem der Volksgesamtheit günstigeren Wahlverfahren hervorgeht.

Der Reichstag und das preußische Abgeordnetenhaus weisen eben wegen dieser Verschiedenheit des Wahlrechts eine völlig verschiedene Zusammensetzung auf. Deshalb kann es zwischen der Reichs- und der preußischen Politik die Harmonie nicht geben, die auch Fürst Bülow in seinen Betrachtungen über die Regierungszeit Wilhelms II. für erforderlich erklärt. Dort 43 Deutschkonservative, hier 147; dort 12 Freikonservative, hier 54, das gibt für Willenskundgebungen eine recht ungleiche Resonanz. Das parlamentarische Leben wird vom Majoritätsprinzip beherrscht. Wer zur Mehrheit gehört, hat Einfluß. Die Konservativen gehörten bereits zweimal in großen Momenten zur Minderheit, bei der Revision der elsaß-lothringischen Verfassung wie bei der Deckung der Rüstungsausgaben, und das können sie um so weniger verwinden, als ihnen in diesem Reichstag noch weitere Möglichkeiten der Depossedierung drohen.

Sie zürnen der Regierung, die dies zuließ; sie sind zerfallen mit dem Kanzler, der ihre Zumutung, die Auflösung des Reichstags zu betreiben, abwies. Ob sie sich schon jetzt zum Sturm gegen ihn erheben werden, ob sie die Revanche vertagen, hängt zuletzt von den Aussichten auf Erfüllung ihres Zweckes ab, die sie bei der ihnen eigenen Witterung für Hoffluft selbst am besten zu beurteilen wissen. Erscheint des Kanzlers Stellung noch zu fest, dann drohen sie nur. Erscheint sie schon erschüttert, dann führen sie die Drohung aus. Die Stelle, die Minister ein- und absetzt, war für die Konservativen stets der Ausgangs- und Zielpunkt der Aktionen.

Auf diese Stelle soll es Eindruck machen, wenn man Preislieder auf die Kommandogewalt und Heeresdisziplin singt und damit den Anschein erweckt, als befänden sich beide in Gefahr. Forstner und Jagow werden aufmarschieren und nicht nur entschuldigt, sondern gefeiert werden, vielleicht nicht ganz in dem Tone des „Reichsboten", der das gegen den schlagfertigen Leutnant gefällte Urteil einen „Schandfleck für die deutsche Natur" nannte, wohl aber im Stil der „Kreuzzeitung", welche in der halbamtlichen Ankündigung einer Untersuchung gegen Herrn v. Jagow eine „Unsicherheit und Schwäche" erblickte, oder der „Deutschen Tageszeitung", die darin eine „Verbeugung gegen die demokratischen Schreiern" sah. Der Linken ist es ein leichtes, nachzuweisen, daß es sich hier um die Achtung vor Recht und Gesetz, um die Wahrung der Regierungsautorität handelt. Aber wird diese richtige Auffassung von den entscheidenden Stellen geteilt?

Demselben Zweck, die Position des Reichskanzlers und auch seines Stellvertreters zu unterhöhlen, dient der Ruf nach Arbeitswilligen-Schutz. Die Herren v. Bethmann-Hollweg und Delbrück haben erklärt, daß, wenn sie an dieses Problem herantreten, sie es in seiner Gesamtheit erfassen, also auch den Agrarboykott und Kartellterrorismus einbeziehen wollen. Die Männer von dem „Kartell der schaffenden Arbeit" meinen es anders, sie wünschen Trutzmaßregeln allein gegen die Arbeiterschaft, also etwas, das, wiewohl der Form nach gemeines Recht, der Sache nach auf etwas dem Zuchthaus- und Sozialistengesetz Ähnliches hinauskommt. Wiederum ein Zwiespalt und ein Grund zum Grollen. Die Minister würden hier zweifellos einlenken, wenn sie nur eine Mehrheit dafür sähen. Aber dem jetzigen Reichstag Vorschläge machen, die dem Großgrundbesitz und der Schwerindustrie genehm sind, heißt nichts anderes, als sich eine neue Niederlage holen. Danach wird Herr v. Bethmann-Hollweg nach zwei Mißtrauensvoten, die er sich schon zugezogen hat, wenig Lust verspüren. Auch der Rat, den Reichstag dann eben heimzuschicken, ist leichter gegeben als ausgeführt.

Wenn ferner für die finanzielle Selbstständigkeit der Bundesstaaten Lanzen eingelegt werden, so geschieht das auch nur, um Seitenstöße gegen die zu führen, welche den Wehrbeitrag auf die starken Schultern legten und der Vermögenszuwachssteuer zustimmten, die für Konservativen doppelt schrecklich ist, weil sie erstens mit der Auffassung bricht, daß das Reich nur indirekt besteuern dürfe, und weil sie zweitens die Erbschaftssteuer in sich schließt. Mit dem Eintritt der Reichsbesitzsteuern hat die Entwicklung den Liberalen recht, den Konservativen unrecht gegeben, und wer unrecht erhielt, sucht erfahrungsgemäß nun gerade zu beweisen, daß er im Rechte war.

Die Spannung ist also hoch genug. Bei der Etatsberatung kann die Entladung erfolgen. Hier ist der weiteste Spielraum gegeben; denn der Etat als der finanzielle Niederschlag der gesamten Staatstätigkeit steht mit beinahe allen Erscheinungen des öffentlichen Lebens in irgend einer Verbindung. Was nach der Aufgabenverteilung zwischen Preußen und dem Reiche Preußen nicht direkt angeht, geht es indirekt insofern an, als die Instruierung der preußischen Stimmen im Bundesrat zur Debatte steht.

Der Etat selbst gibt allerdings zu schärferer Kritik kaum Anlaß. Er hat ein so vorteilhaftes Aussehen, daß er den Neid der übrigen Bundesstaaten erweckt. Einnahmen und Ausgaben halten ohne Anleihen das Gleichgewicht. Dabei fließen in den Ausgleichsfonds noch 79 Millionen Mark dem Voranschlag nach; in Wirklichkeit werden es vermutlich erheblich mehr sein; denn die Veranschlagung geht von einer Verkehrssteigerung um 3 Prozent für das Jahr aus, während die tatsächliche Verkehrssteigerung mehr als das Doppelte betragen hat. Der Zuschuß der Eisenbahnverwaltung zu den allgemeinen Staatszwecken darf nach der jetzt geltenden Regel über 2,10 Prozent des statistischen Anlagekapitals nicht hinausgehen und ist deshalb mit 244,4 Millionen Mark angesetzt. Dazu treten 15,9 Millionen Mark aus Domänen, 81,8 aus Forsten, 18 aus der Bergverwaltung, 12,4 aus der Lotterie, 4,5 aus der Seehandlung und 0,2 Millionen Mark aus der Münze an Betriebseinnahmen hinzu. Die direkten Steuern sind netto mit 450,4, Zölle und indirekte Steuern mit 72,1 etatisiert. Im ganzen stehen 522 Millionen Mark Reinerträge aus der Besteuerung 369,5 Millionen Mark aus den Betriebsverwaltungen gegenüber — ein Verhältnis, das auf völlige Gesundheit der Finanzen deutet.

Daraus hätte freilich der Landwirtschaftsminister die Folgerung ziehen sollen, vor allem für die Ansiedlung von Bauern und Arbeitern sehr viel höhere Mittel flüssig zu machen. Daß nur eine Million gefordert wird, zeigt, wie kühl man dieser größten Zukunftsaufgabe der Landwirtschaftspolitik noch immer gegenüber steht. (Auf diesen Punkt wiesen wir im Leitartikel der gestrigen Morgenausgabe ebenfalls schon hin. Schriftl.)

Die angekündigten Gesetzentwürfe tragen nicht viel Zündstoff in sich. Nur bei dem Parzellierungsgesetz flammt der alte Streit um die Ostmark von neuem auf. Selbst Fürst Bülow, der die offizielle Polenpolitik verteidigt, muß in seiner „Deutschen Politik" zugeben, daß sich das Prozentverhältnis zwischen der deutschen und polnischen Bevölkerung nicht wesentlich verändert habe, die großpolnische Propaganda dagegen heftiger geworden sei. Temperamentvoll schildert Hans Delbrück in seiner soeben erschienenen Schrift „Regierung und Volkswille" die Mißerfolge, die auf dem Gebiet des Schulwesens, in der Polonisierung der Städte, in der Übertreibung der Grundstückspreise, in dem Boykott und anderen unerfreulichen Erscheinungen zutage kommen. Diese Gegensätze der Auffassungen sind auch im Parlament vertreten und werden dort gegebenenfalls zu lebhaftem Ausdruck gelangen.

Am kräftigsten aber wird sich der Unmille darüber Luft machen, daß eine Wahlrechtsvorlage ausbleibt. Herr v. Bethmann-Hollweg sucht die Konservativen, die er durch seine Reichspolitik verletzt hat, dadurch zu besänftigen, daß er ihre preußischen Parteiinteressen schützt. Parteiegoismus, nichts anderes ist es, das die Konservativen an dem bestehenden Wahlrecht festhalten läßt. In den Dienst der Klassenselbstsucht stellt sich der Ministerpräsident, so lange er auf eine Reform des widersinnigsten aller Wahlrechte verzichtet. Ob er damit seine agrarischen Gegner versöhnt, ist zweifelhaft. Sicher aber ist, daß er die Liberalen abstößt und auch bei ihnen keine Deckung findet.

„Es ist für Preußen immer verhängnisvoll gewesen, wenn notwendige Reformen nicht rechtzeitig, d. h. solange sie in maßvoller Form möglich waren, vorgenommen, sondern kurzsichtig und hartnäckig verweigert wurden", — — das hat soeben erst der Amtsvorgänger des Herrn v. Bethmann-Hollweg ausgesprochen. Gilt der jetzigen Staatsleitung dieser Rat eines überwiegend konservativ gerichteten Staatsmannes schon als zu liberal?

Zur Frage der Arbeitslosenversicherung

wird uns weiter geschrieben:

Wenn auch bereits seit einer Reihe von Jahren sich Staat und Gemeinde mehr oder weniger mit der Einführung einer Arbeitslosenversicherung beschäftigt haben und diese Beschäftigung hier und da zu praktischen Ergebnissen geführt hat, so beschränkt sich die Behandlung dieser Frage doch meist auf — allerdings reichliche — theoretische Erörterungen. Einmal ist diese Tatsache bedingt durch die Neuheit der ganzen Einrichtung, zum

Schneesterne und Eisblumen.

Von Franz Pflugk.

In fröhlichem Reigen tanzen die Schneeflocken durch die Luft, bald lind und leis herabschwebend, bald in toller Lust dahinwirbelnd. Frau Holle schüttelt die Betten aus, sagt der Volksmund, und bald hat sich die Mutter Erde in ein blendend weißes Gewand gehüllt. Wie das in der Sonne schimmert und flimmert, funkelt und glitzert, und welch wunderbare Schönheit auch in jedem kleinsten Teilchen!

Ja, wer je einmal diese kleinen, überaus zarten Gebilde genauer betrachtete, der wird überrascht gewesen sein von ihrer Schönheit, und es nimmt ihn nicht wunder, wenn er hört, daß sich schon frühzeitig ein lebhaftes Interesse für sie kundgab. Der erste, der auf die charakteristische Sternform des Schnees aufmerksam machte, war der Gelehrte Albertus Magnus, der „große Zauberer" († 1280), eingehend scheint sich auch der Erzbischof Magnus von Upsala mit ihnen beschäftigt zu haben. In einem 1555 von ihm herausgegebenen Werke findet sich ein besonderes Kapitel über Schneefiguren und auch die ersten Abbildungen; sie sehen freilich ziemlich abenteuerlich aus, da er die allen zugrunde liegende hexagonale Form übersehen hatte. Auf diese wies erst Kepler hin (1611), und deshalb bedeuten auch die später erscheinenden Zeichnungen einen bemerkenswerten Fortschritt. Die uns von der Schulbank her bekannten Bilder der Schneekristalle rühren von dem englischen Walfischfänger und späteren Theologen William Scoresby und dem Meteorologen Glaisher her und bieten uns allerdings die Schneekristalle in einer idealen Reinheit, Feinheit und Vollendung, wie sie das menschliche Auge in der Natur wohl nie erblickt.

Diesen Männern hieraus einen Vorwurf zu machen, wäre aber ungerecht, sie haben geleistet, was auf dem Wege direkter Augenbeobachtung und Nachzeichnung überhaupt erreicht werden konnte. Erst der modernen Mikrophotographie mit ihren vollkommenen Apparaten blieb es vorbehalten, die Abbildungen von Scoresby und Glaisher zu ergänzen, zu berichtigen und an ihre Stelle naturgetreue Schneebilder zu setzen. Wir verdanken diese Aufnahmen Dr. Neuhauß in Berlin, Nordenskjöld in Stockholm, dem Amerikaner W. A. Bentley u. a. Sie bilden eine der interessantesten Anwendungen der für alle Zweige der Wissenschaften so überaus fruchtbaren Momentphotographie, stellen allerdings an die Geduld und die Geschicklichkeit des Aufnehmenden keine geringen Anforderungen. Man bedenke nur die Flüssigkeit der zarten Kristalle, deren scharfe Kanten und deren feine Ornamentierung sofort leiden, sowie diese empfindlichen Gebilde auf eine Fläche fallen.

Die Photographien lehrten mit überraschender Deutlichkeit, daß die meisten Schneekristalle durchaus nicht so regelmäßig und völlig symmetrisch sind, als man bisher angenommen hatte, sie zeigten ganz auffällige Abweichungen von der gesetzmäßigen geometrischen Gestalt. Bei den strahlenförmigen Sternen waren die Strahlen oder die Radien von ungleicher Länge, ebenso die ihnen ansitzenden Nebenstrahlen, die kleinen sechseckigen Plättchen zeigten oft ungleiche Durchmesser und Seiten, sechsseitige Prismen, mitunter nicht ganz parallele Endflächen. Sehr häufig waren auch Verschiebungen, Verbiegungen und andere Deformationen zu beobachten.

Die Ursachen dieser Unregelmäßigkeiten ließen sich leicht feststellen. Regelmäßige Kristalle bilden sich nur dann, wenn die dabei tätigen Molekularkräfte nach allen Richtungen ungehindert wirksam sein können. Nun wäre ja diese Bedingung in der freien Atmosphäre am ehesten erfüllt, wenn in ihr nahezu Gleichgewichtszustand herrschte oder doch nur eine gelinde Bewegung. Gerade in den oberen Luftschichten ist aber die Luft häufig stark bewegt, selbst dann, wenn es am Erdboden windstill ist. Bilden sich nun Schneekristalle, so wird ihr Wachstum auf der dem Winde ausgesetzten Seite eine Hemmung erfahren, während das auf den anderen Seiten nicht der Fall ist. Bei starkem Winde fügen sich die Schneesterne auch mancherlei Verletzungen durch Aneinanderprallen zu; diese werden um so geringfügiger sein, je kürzer der Weg ist, den die Kristalle zurückzulegen haben. Die Beobachtung bestätigt dies, denn gerade dann, wenn sich aus tiefliegendem Dunst oder Nebel vereinzelte Schneekristalle ausscheiden, sind diese besonders regelmäßig geformt, ein Vorgang, der bei uns selten, in den Polargegenden aber um so häufiger vorkommt.

Auch über die Entstehung der Schneekristalle hat die Wissenschaft manche interessante Tatsache festgestellt. So weiß man heute, daß sie sich allmählich bilden, indem an ein mikroskopisch kleines Schneepünktchen sich neue ansetzen, und

anderen durch die großen Schwierigkeiten, die einer wirklich brauchbaren Lösung entgegenstehen. Diese Umstände dürfen aber nicht davon abhalten, sich mit der Arbeitslosenversicherung zu befassen, gerade in einer Zeit, wo die Lage des Wirtschaftslebens die Sicherstellung der Erwerbsverhältnisse so außerordentlich erschwert. Um auf alle Fragen einzugehen, die bei der Arbeitslosenversicherung eine Rolle spielen, reicht hier der Platz nicht im entferntesten. Es möge daher nur auf allgemeine Gesichtspunkte hingewiesen werden.

In ihrer weitesten Form bedeutet die Arbeitslosenversicherung nichts weniger als eine Versicherung aller Staatsbürger gegen Erwerbslosigkeit und gegen das durch die Erwerbslosigkeit herbeigeführte Unvermögen, sich durch eigenen Gelderwerb zu unterhalten. Allerdings nur aller derjenigen Staatsbürger, die darauf angewiesen sind, sich durch eigene Arbeit zu ernähren. Mögen sich die ersten Anfänge der Arbeitslosenversicherung auch nur auf die gewerblichen Arbeiter beschränken; wie bei der bisherigen Versicherungsgesetzgebung wird sich auch hier allmählich eine Ausdehnung auf weitere Berufskreise ergeben. In der Arbeitslosenversicherung liegt ein weiterer Schritt zur Kommunisierung des Wirtschaftslebens. So nahe aber ein Vergleich der Arbeitslosenversicherung mit der bisherigen Arbeiterversicherung liegt, so schwierig ist eine Übertragung der Grundsätze im ganzen von dem einen auf das andere Gebiet. Nicht zum kleinsten Teil liegt der Unterschied in den moralischen und ethischen Bedingungen, die bei der Arbeitslosenversicherung in besonderem Maße in Betracht kommen. Doch soll dieser Punkt hier nur angedeutet werden.

Rein praktisch liegt die Hauptschwierigkeit bei der Arbeitslosenversicherung in der Begriffsbestimmung der Arbeitslosigkeit. Der Eintritt eines Falles der Kranken-, Unfall-, Alters- oder Hinterbliebenenversicherung ist bedingt durch ein bestimmtes, leicht erkennbares Ereignis: Krankheit, Unfall, Alter, Tod. Wie aber steht es mit dem Eintritt der Arbeitslosigkeit? Ist arbeitslos schon derjenige, welcher an seinem Wohnort keine Arbeit findet, und zwar in dem erlernten Beruf oder Gewerbe? Oder ist arbeitslos nur derjenige, der im ganzen Versicherungsgebiet, sei es Reich, Staat oder Gemeinde, keine Arbeit finden kann, und zwar weder im eigenen Beruf bezw. Gewerbe oder auch nicht in einem dem seinen gleichartigen oder ähnlichen? Die Aufwerfung dieser Fragen gibt schon mindestens die Antwort, daß — wie auch fast allseitig anerkannt — die Arbeitslosenversicherung nur für ein großes Wirtschaftsgebiet, am besten das Reich, eingeführt werden kann. Dies muß gegenüber dem ablehnenden Standpunkt der Reichsregierung immer wieder betont werden. Würde eine einzelne Gemeinde die Arbeitslosenversicherung einführen, so müßte, wie es auch tatsächlich geschehen, in vielen Beziehungen eine Beschränkung eintreten. Denn zum mindesten ist theoretisch der Fall denkbar, daß in einer solchen Gemeinde sich im Hinblick auf die Aussicht der Versicherung ein derartiger Zuzug von Arbeitslosen ergeben würde, daß die Gemeinde der Kostenlast nicht gewachsen wäre. Man kommt dann ganz von selbst zu der Einführung eines „Versicherungswohnsitzes" als Gegenstück zum Unterstützungswohnsitz des Armenrechts. Die Arbeitslosenversicherung wäre damit der Armenunterstützung bedenklich nahe gerückt und das will man ja gerade vermeiden. Schon allein dieser Hauptpunkt müßte genügen, um die Undurchführbarkeit wenigstens einer Arbeitslosenversicherung für ein kleines Wirtschaftsgebiet zu beweisen. Eine andere Frage ist allerdings die, ob ein derartiges kleines Gebiet auf sonstige Weise zum Ziele kommen kann, allerdings niemals auf die Dauer.

Doch auch die Einführung der Arbeitslosenversicherung für das Reichsgebiet bietet eine Fülle von Schwierigkeiten. Man denke sich den Fall, daß sich an einem Orte des Reichs nur Maurer, an einem anderen Ort nur Schlosser, an einem dritten nur Schreiner zusammenfänden und dann jeweils für soundsoviele Arbeiter Erwerbsunmöglichkeit einträte. Diesem Fall könnte nur dadurch vorgebeugt werden, daß einmal eine Beschränkung der Freizügigkeit eingeführt würde, zum anderen aber, daß im Wege der staatlichen Arbeitsvermittlung ein Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage von Arbeitskräften geschaffen und womöglich zwangsweise herbeigeführt würde. Was letzteres bedeutet, ist leicht zu ersehen. Weiter wäre erforderlich, daß ein Arbeitsloser mindestens in einem gleichartigen Beruf oder Gewerbe Beschäftigung annehmen müßte. Wie unwirtschaftlich eine derartige Einrichtung ist, zeigen die bei den Notstandsarbeiten gemachten Erfahrungen. Eine weitere Möglichkeit, der Arbeitslosenversicherung zu dienen, wäre in der Ausschaltung ausländischer Arbeiter gegeben. Doch würde auch dies große Schwierigkeiten haben, zum anderen auch sicherlich Gegenmaßregeln der ausländischen Staaten hervorrufen.

Neben den zuletzt erörterten Gesichtspunkten spricht aber auch die Kostenfrage für eine etwaige reichsgesetzliche Regelung der Arbeitslosenversicherung. Schon deshalb, weil dann eine gleichmäßige Unterverteilung der Beiträge stattfinden kann. Bei der heutigen Arbeiterversicherung werden — grob gesagt — die Kosten teils von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern, teils vom Reich getragen. Die Kostenlast der Arbeitgeber bei der Arbeitslosenversicherung würde am besten durch Besteuerung des gewerblichen Einkommens unter Berücksichtigung der ständig beschäftigten Arbeiter verteilt. Die Arbeitnehmer dagegen wären durch Beiträge während ihrer Erwerbsfähigkeit und Erwerbsmöglichkeit zur Kostentragung heranzuziehen. Diese Beiträge wären aber nicht nur nach Gefahrklassen abzustufen, vielmehr auch nach einem anderen Gesichtspunkt, der, soweit übersehbar, bisher noch nicht beachtet worden ist: nach einer Staffelung in Altersstufen der Arbeitnehmer. Dies aus folgender Erwägung:

Vergleicht man heute die Zusammenstellungen über die Einkommensverhältnisse der gewerblichen Arbeiter, so findet man, daß, von verhältnismäßig wenigen Ausnahmen abgesehen, ein Arbeiter von 20 bis 25 Jahren gleich oder annähernd gleichviel verdient wie ein Arbeiter von 45 bis 50 Jahren. Letzterer hat meist Familie, ersterer nicht oder nur eine kleine. Der jüngere Arbeiter kann sonach zugunsten des älteren mehr abgeben. Vielfach wohnt der junge Arbeiter noch im Elternhaus, ohne nennenswert von seinem Verdienst an seine Eltern abzugeben. Die Gesamtsumme der Versicherungsbeiträge soll nicht erhöht werden, es würde sich nur um eine Verschiebung zugunsten des weniger Leistungsfähigen handeln. Treffen die Umstände im einzelnen Fall nicht zu, so können Abänderungen eintreten.

Jedenfalls haben wir es in der Arbeitslosenversicherung mit einer Frage zu tun, wie sie gleich schwierig zurzeit nicht oft zu finden ist. Ihre Einführung greift in die persönliche Freiheit mehr als jede andere Versicherungsart ein. Und gerade diese Tatsache wird ihre Lösung so überaus erschweren, nicht am wenigsten deshalb, weil sie mit der Vorfrage zusammenhängt, ob eine Arbeitslosenversicherung überhaupt aus allgemeinen ethischen Gesichtspunkten ratsam ist. Die Lösung dieser Vorfrage kann aber auf diesem beschränkten Raum nicht erörtert werden. Die obigen Ausführungen werden aber die Frage nahelegen, ob der Arbeitslosenfürsorge nicht auf anderem Wege als auf dem der Arbeitslosenversicherung Rechnung getragen werden kann. F.

Politische Übersicht.

Wehrsteuer und Mietserhöhung.

In manchen Städten hat ein Teil der Hausbesitzer unter Berufung auf den Wehrbeitrag die Mieten gesteigert oder macht den Versuch, dies zu tun. So z. B. in Mannheim. Besonders aber in verschiedenen Städten des Ruhrgebiets, wo man, die gute Gelegenheit benutzend, gleich eine die Wehrsteuer weit übersteigende Mietserhöhung vorgenommen hat. Einer droht gleichzeitig an: „Es brauchen nur noch weitere Steuern und sonstige auf den Hausbesitz zu legende Lasten sowie Polizeivorschriften usw. einzutreten, und die Steigerung beginnt von neuem." An der Ruhr ist man überhaupt in der Geltendmachung wirtschaftlicher Interessen ziemlich offenherzig und gar nicht bemüht, selbstsüchtigen Bestrebungen ein ethisches Mäntelchen umzuhängen. So petitionierte in Dortmund vor einiger Zeit eine Anzahl von Hausbesitzern um Duldung von Bordellen in ihren Häusern, mit der Begründung, damit sie mehr an der Steigerung der Grundrente teilnähmen. Die neueste Leistung dieser Hausagrarier liefert der Sozialdemokratie bestes Agitationsmaterial. Die Wehrsteuer, die ausgesprochenermaßen von den Besitzenden getragen werden soll, wird rücksichtslos auf die Mieter abgewälzt! Man wird diesem Stücklein aus der Volkswirtschaft bald im Reichstag wiederbegegnen. Im übrigen wird dem Streiche der Hausagrarier mehrfach mit der Gründung von Mietervereinen geantwortet. Diese haben in Großstädten mit starkem Hin und Her der Bevölkerung einen schweren Stand; aber sie sind ein Kampfmittel, das modernem Geiste entspricht, und sie verdienen Unterstützung.

Eine seltsame Verbrüderung.

Der Beschluß des letzten sozialdemokratischen Parteitags, wonach die preußischen Polen der „Einheitsorganisation", d. h. der deutschen Parteiorganisation beizutreten haben und Sonderorganisationen nicht bilden dürfen, trägt deutlich einen „hakatistischen" Charakter; er verneint jedenfalls das Recht der Polen zu nationaler Betätigung, zu politischer Arbeit im Rahmen ihres Volkstums. Zweifelhaft kann allerdings sein, ob den Beschluß der Parteitag in klarem Ermessen seiner grundsätzlichen Tragweite gefaßt hat oder ob persönliche Streitereien und die Herrschsucht einiger Bureaukraten vom Parteivorstande ihn gezeitigt haben. Gespannt konnte man nun sein, wie sich die Ostmarkenpolitiker zur Sache verhalten würden. Die scharfe Stellungnahme gegen das polnische Volkstum mußte ihnen sympathisch sein, aber wie können sie mit Sozialdemokraten zusammengehen? Und wie kommt überhaupt Saul unter die Propheten? Was bewegt die Sozialdemokratie, solche Pfade zu gehen? Bei dieser verworrenen Sachlage hüllen sich die meisten der Blätter, die den schärfsten Polenkurs empfehlen, auch jetzt noch, wo deutschsozialdemokratische und polnischsozialdemokratische Parteitage sich leidenschaftlich bekämpfen, in verlegenes Schweigen. Die „Tägliche Rundschau" jedoch erhebt gegen die Polen, die sich dem Jenaer Parteitage nicht beugen wollen, den Vorwurf des „scharfmacherischen Chauvinismus", sie stellt sich also rückhaltlos auf die Seite der deutschen Sozialdemokratie, bezw. ihrer Parteileitung. Vielleicht wird das nun auch von anderer Seite geschehen.

Deutsches Reich.

sh. **Das neue Heim des Kronprinzenpaares.** Zu dem bereits gemeldeten Ankauf einer Villa, die dem Kronprinzenpaar zur Verfügung gestellt werden soll, seitens der Stadt Zoppot erfährt die „Danziger Ztg." folgende Einzelheiten: Die Anregung für den Beschluß der Stadt Zoppot ergab sich in der Unterhaltung der Kronprinzessin mit der Frau des Bürgermeisters Woldmann gelegentlich des Wohltätigkeitsfestes im Schützenhaus am 18. Dezember. Damals äußerte die Kronprinzessin ihr Wohlgefallen an der Danziger Bucht, insbesondere an Zoppot und Adlershorst. Die Kronprinzessin bezeichnete damals selbst das jetzt angekaufte Haus, das ihr bei Seefahrten in der Bucht aufgefallen war, als das, welches durch seine isolierte und schöne Aussicht bietende Lage ihren Wünschen am meisten entsprechen würde. Der Kronprinz war von der Idee, hier einen sommerlichen Aufenthalt aufzuschlagen, nicht minder eingenommen. Der Plan verdichtete sich dann im Laufe der nächsten Tage zu der von der Stadt Zoppot gewählten Form. Es wurde in der Stadtverordnetenversammlung zugleich beschlossen, einen für Autoverkehr bequemen Zuweg zur Chaussee zu schaffen. Die Stadt Zoppot bleibt übrigens Besitzerin der Villa und stellt sie dem Kronprinzenpaar nur zur Verfügung.

* **Über das Programm der 2. Sitzung der Rüstungskommission,** die heute im Reichstag zusammentreten wird, geben der „Magd. Ztg." aus parlamentarischen Kreisen folgende Mitteilungen zu: Es ist diesmal besonders darauf Rücksicht genommen worden, daß die Abgeordneten an der Sitzung teilnehmen können, ohne an den Plenarsitzungen des Reichstags fehlen zu brauchen. Es sollen auf Wunsch der Kommissionsmitglieder folgende Materien eingehend in Vorträgen und Besprechungen erörtert werden: Auf dem Gebiet der Marine richten sich die Darlegungen auf die Beschaffung der Kohlen und Öle bei der Marine, ferner werden die maßgebenden Grundsätze der Reichsmarineverwaltung und die in Ausführung dieser Grundsätze befolgten Verfahren für Rüstungslieferungen für das Werft- und Waffenwesen, den Schiffs- und Maschinenbau, sowie das Verpflegungs- und Bekleidungswesen den Mitgliedern in Vorträgen auseinandergesetzt werden. Auch die Beziehungen zwischen Kriegsflotte und Schiffsbau der deutschen Werften sollen näherer Prüfung unterzogen werden. Die Rentabilitätsberechnungen der Werften und das in ihnen investierte Kapital werden ebenso untersucht werden wie die Lieferungsbeziehungen zwischen den in den einzelnen Bundesstaaten bestehenden Rüstungsfirmen und der Marineverwaltung, und zwar an Hand des gesamten einschlägigen Materials. Auch die Frage des Grundbesitzes der Reichsmarineverwaltung wird zur Untersuchung mit herangezogen werden. — In der gleichen gründlichen Weise wird sich die Kommission mit den wichtigsten Fragen des Lieferungswesens

---

daß sie unmittelbar aus dem atmosphärischen Wasserdampf entstehen, ohne zuvor den tropfbarflüssigen Zustand passiert zu haben. Das letztere hat der Physiker Munske schon 1818 sehr häufig experimentell nachgewiesen, seitdem sind ähnliche Vorgänge auch in der Natur mehrfach beobachtet worden, vor allem im Luftballon und in den Polarregionen. Dort kommt es sogar nicht selten vor, daß die beim Atmen entweichende Feuchtigkeit sich sofort in mikroskopische Eiskristalle verwandelt. Auch beim plötzlichen Eindringen sehr kalter Luft in erwärmte Zimmer hat man ähnliche Vorgänge beobachtet. Schon Maupertuis, der 1736 zur Gradmessung in Lappland war, erzählt, wie sich in Tornea beim Öffnen der Türe der Wasserdampf des Zimmers in „gros tourbillons blancs" verwandelt habe, und aus St. Petersburg wird berichtet, daß einst in einem überfüllten Konzertsaale ein Fenster eingeschlagen werden mußte, weil Damen infolge der Hitze ohnmächtig wurden, worauf die plötzlich eindringende eiskalte Luft einen Schneefall im Saale zeitigte.

So verdankt die Wissenschaft erst der Mikrophotographie wirklich lebenswahre Bilder der Schneekristalle, ungeahnte Aufschlüsse vermittelte sie auch über den Formenreichtum dieser zarten Gebilde. Mehr denn tausend verschiedenartige Schneekristalle hat man mit Hilfe der Mikrophotographie kennen gelernt, und noch immer treten neue Gestalten hinzu und steigern das bunte Bild ins wahrhaft Grenzenlose. Und all diese unendlich vielgestaltigen, wunderbaren Gebilde singen, im Singen schmelzend, vom Geheimnis der Zahl Sechs. Sechseckig sind die Sternchen, die Säulen, die Pyramiden, die Blättchen, die Spieße, die Prismen. Manche haben einen kugeligen, mit Stacheln besetzten Kern, so daß sie einem kleinen weißen Igelchen gleichen; andere haben auf einer sechsseitigen Scheibe ein Bukett zahlloser kleiner Fäden und Spieße, so daß man meint, irgendeinen himmlischen Korbblütler vor sich zu haben, und wieder andere gleichen aufs Haar einem sechszackigen Miniaturordenstern usw. Man hat eine überraschende Vielheit von Formen festgestellt und rubriziert, aber warum nun all diese Kristalle, die in Millionen und Abermillionen sich herniedersenken, gerade die Sechszahl aufweisen, weshalb sie, wie die Wissenschaft sagt, im hexagonalen System kristallisieren, das blieb dem Forschergeiste des Menschen verborgen.

Gleich geheimnisvoll wie das innerste Wesen der Schneekristalle ist auch das jener wunderbaren Gebilde, die des Winters kalter Hauch an unsere Fenster zaubert. Wer hätte nicht schon an einem hellen Wintermorgen diese phantastischen Schöpfungen am sonnendurchleuchteten Fenster geschaut, die nichts weiter sind als eine unfaßbar dichte Anhäufung der kleinen sechseckigen Blättchen, aus denen die Schneeflocke immer besteht. Und wie rasch entstehen all diese seltsamen Formen, die bald zarten Farnen und Moosen, Federn und Fächern gleichen, bald als prächtige Palmenwedel unser Auge entzücken. Wir hauchen gegen die mit dickem Reif bedeckte Fensterscheibe, die Schicht wird dünner und dünner, und bald ist nur noch eine dem Auge fast unsichtbare Wasserhaut vorhanden. Kaum treten wir zurück, so schießt bald hier, bald da, vor allem aber von unten, eine feine Nadel um die andere aus dem Eisrande hervor, sie droht auf der senkrechten Fläche der Scheibe zu fallen und neigt sich in schön geschweifter Linie zur Seite. Und während diese feinen Nadeln mit sichtbarer Schnelligkeit wachsen, schießen rechts und links überaus zarte Seitenstrahlen hervor, und auch hier wieder das gleiche Spiel des Fallens und Neigens. Das von den heraustretenden Spitzen verdrängte Wasser umfließt in weicher Rundung die wachsenden Formen, so daß sich nirgends etwas Scharfes oder Eckiges bildet. Es ist unmöglich, dem regen Formenspiel dieser kräftigen Vegetation zu folgen, und keines Künstlers Hand vermag in gleich schöner Weise im Bilde festzuhalten, was die große Zauberin Natur dem staunenden Auge enthüllt.

Die gleiche Kraft, die die zierlichen Schneesterne formt und eine märchenhafte Blumenwelt an unsere Fenster zaubert, spannt aber auch die kristallenen Brücken über Fluß und Teich, über Strom und Meer, und wenige ahnen, welche eine Welt gesetzmäßiger Schönheit auch in jedem Stück gewöhnlichen Eises schlummert. Dem englischen Physiker John Tyndall blieb es vorbehalten, mit Hilfe des Lichtstrahls die architektonische Ordnung im Kristallgebäude des Eises zu enthüllen. Er schnitt aus klarem, unversehrtem, regelmäßig gefrorenem Eise eine Platte parallel zur Gefrierfläche und sandte die Strahlen der elektrischen Bogenlampe hindurch. Beim Austritt aus der Platte war das Licht kaum schwächer geworden, aber es hatte einen Teil seiner Wärme an das Eis abgegeben und dieses im Innern an einzelnen Punkten geschmolzen. Mittelst einer Sammellinse entwarf Tyndall ein vergrößertes Bild der Eisplatte auf einem Projektionsschirm. Auf diesem erschienen zunächst vereinzelte Sterne, aber bei längerer Dauer des Versuches löste sich das Eis vollständig in Sterne auf, deren jeder sechs Strahlen zeigte und mit einer schönen sechsblättrigen Blume zu vergleichen war. Beim Hin- und Herrücken der Vergrößerungslinse wurden immer neue Sterne sichtbar, deren Blätter allmählich tief eingekerbt waren und sich farnkrautähnlich auf dem Schirm ausbreiteten.

für das Heer befassen. Von eigentlich kriegstechnischen Fragen sind im Sitzungsprogramm Erörterungen vorgesehen über die Beschaffung des Sanitätsmaterials, der Unterkunft für Mannschaften, Pferde und Geräte, sowie die dringliche Frage des Remontenbedarfs. Ferner sind eingehende Prüfungen zu erwarten über die Beziehungen zwischen Heeresverwaltung und den einzelnen Rüstungsfirmen, über die etwaige Vorzugsstellung einiger weniger an den Rüstungslieferungen besonders beteiligter Firmen, über den Umfang, in dem Landwirtschaft und Mittelstand zu den Rüstungslieferungen heranzuziehen sind. Ebenso wie bei der Marineverwaltung wird auch der für die Zwecke der Heeresverwaltung erforderliche Grundbesitz einer genauen Prüfung unterzogen. Endlich sollen den Mitgliedern auf ihren Wunsch die Erfahrungen mit dem sogenannten Mittelpreisverfahren für Ausrüstungsstücke klargelegt werden. Die Erhebungen für die Beratungen der Rüstungskommission haben sodann das Verfahren und die Grundsätze festgelegt, nach dem die Selbstkosten bei den staatlichen Betrieben für Heereszwecke berechnet werden. Das Verhältnis von In- und Auslandspreisen bei den Hauptartikeln wird gleichfalls den Mitgliedern von sachverständiger Seite dargelegt werden.

* **Für die geplante Neuredigierung der Gewerbeordnung** hat der Interessenverband der deutschen Bekleidungsindustrie an den Staatssekretär des Innern die Bitte gerichtet, für die Vorarbeiten zur Sachverständigenmitarbeit auch Vertreter der im Verband organisierten Gewerbezweige heranzuziehen, zumal das Vorhaben einer Neuordnung und Vereinheitlichung der Gewerbeordnung einem dringenden Bedürfnis und dem langgehegten Wunsch auch der im Interessenverband in erster Linie vertretenen Wäscheindustrie und der verwandten Branche entspreche. Diese Gewerbe beschäftigen, wie es in der Eingabe heißt, viele Tausende Arbeiterinnen und sind in ihrer gesamten Betriebsorganisation von den Bestimmungen der Gewerbeordnung weitgehend abhängig. Aus diesem Grunde sind die Mitglieder auch in erhöhtem Maß interessiert an einer baldigen Klärung und Vereinfachung der Gewerbeordnung, deren Handhabung in der gegenwärtigen unübersichtlichen Fassung außerordentlich erschwert und zudem eben durch die Unklarheiten mit erheblicher Übertretungsgefahr verbunden ist. Daß aber bei den Vorarbeiten zur Neuredigierung mit Interessentenkreisen Fühlung genommen wird, dürfte im allseitigen Interesse und auch im Wunsch der zuständigen Behörden liegen.

* **Maßregelung eines Lehrers in Ostpreußen.** Die „Preußische Lehrerzeitung" berichtet über die Versetzung eines Lehrers in Ostpreußen „im Interesse des Dienstes", bei welcher der eigentliche Grund die Agitation des Lehrers gegen die Konservativen und für einen nationalliberalen Kandidaten gewesen ist. Es handelt sich um den Lehrer Beutler in Ortelsburg, der, nachdem er vierzehn Jahre in seiner jetzigen Stelle tätig gewesen war, jetzt plötzlich nach Schmelz bei Memel versetzt worden ist. Der Zusammenhang wird nach der „Frkf. Ztg." folgendermaßen geschildert: „Beutler amtierte in der ursprünglich selbständigen Gemeinde Beutnerdorf bei Ortelsburg. Da dort sein politisches Verhalten von den Konservativen unliebsam empfunden wurde, ersuchte der Schulvorstand um Versetzung Beutlers „im Interesse des Dienstes" unter den lächerlichsten Vorwänden. Die Allensteiner Regierung ging im Juni 1912 tatsächlich darauf ein und verfügte die Versetzung nach Bischofsburg, mußte sie aber alsbald wieder aufheben. Im vorigen Jahre wurde Beutnerdorf in Ortelsburg eingemeindet, und der frühere Schulvorstand hörte damit auf. Jetzt, anderthalb Jahre nach dem früheren vergeblichen Versuch, hat der Minister die Versetzung Beutlers aus dem gar nicht mehr existierenden Beutnerdorf nach Schmelz verfügt. Die Ortelsburger Schuldeputation hat das ruhig hingenommen, obgleich an ihrer Spitze der Bürgermeister Mey steht, für dessen Kandidatur Beutler eingetreten war." — Es handelt sich also hierbei um einen krassen Fall politischer Maßregelung, der im preußischen Abgeordnetenhaus ein Nachspiel haben dürfte.

* **Handelssachverständige bei den deutschen Konsulaten.** Auf eine Anfrage des Deutschen Handelstags hat die Berliner Handelskammer als Bezirke, in denen die Anstellung von Handelssachverständigen bei den deutschen Konsulaten erwünscht sei, die folgenden bezeichnet: die Balkanstaaten (Sitz Konstantinopel), eventuell Wladiwostok, Mexiko, die Westküste von Südamerika (Sitz Valparaiso und Lima).

* **Die Verletzung des Redaktionsgeheimnisses durch den „Elsässer"** in Sachen der drei Zaberner Rekruten hat, wie wir jüngst erwähnt haben, vom katholischen Augustinusverein Billigung gefunden. Da darauf hingewiesen worden ist, daß auch das Organ des Reichsverbands der deutschen Presse das Verfahren des „Elsässer" getadelt hat, teilt das Blatt mit, daß der Augustinusverein ein korporatives Mitglied des Reichsverbands sei. Hierzu schreibt die „Frankfurter Zeitung": „Wir glauben, daß das nicht der Fall ist; wäre die Behauptung des „Elsässer" richtig, dann hätte unseres Erachtens der Reichsverband nunmehr die Pflicht, sich schleunigst mit der Kundgebung des Augustinusvereins zu befassen und zu bekunden, ob er dessen Auffassung von dem vorliegenden Fall teilt oder nicht. Die deutsche Presse hat das gemeinsame Interesse daran, hier Klarheit geschaffen zu sehen und nicht mit einer Auffassung belastet zu werden, die sie zweifellos weit von sich weist."

LC. Dr. **Katz über den Zionismus.** In einem Aufsatz über den Zionismus und die deutschen Juden in der „Hilfe" bespricht Dr. Eugen Katz auch die Bestrebungen der Zionisten, in Jerusalem eine hebräische Universität zu gründen, sowie ihren fanatischen Kampf für die hebräische Sprache in dem vom Hilfsverein der deutschen Juden in Haifa gegründeten Technikum. Dr. Katz faßt sein Urteil über den Zionismus wie folgt zusammen: „Aus alledem geht hervor, daß der Zionismus das getreue Widerspiel der antisemitischen Bewegung bildet. Anstatt die Ostjuden ihrer in langer Unterdrückung erworbenen Besonderheiten zu entkleiden und sie zu europäischer Kultur und Arbeitsweise zu erheben, hat der Zionismus die Tendenz, die deutschen Juden auf östliches Niveau herabzuziehen. Die deutschen Juden verlangen auf Grund ihrer ganzen Geschichte, daß sie die verfassungsmäßig ihnen zustehende Gleichberechtigung voll erhalten — die Zionisten schreiben in ihren eigenen Blättern und auch in anderen, die Juden seien in der Tat ein Fremdkörper in Deutschland. . . . Jede im Wesen zionistische Unternehmung ist daher im Grunde ein Baustein zur freiwilligen Aufrichtung eines neuen Ghettos."

* **Ein Rückgang der freien Gewerkschaften.** Das „Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands" veröffentlicht einen „Rückblick auf das Jahr 1913", in dem u. a. ausgeführt wird: Von 48 Verbänden, deren Mitgliederzahlen für das dritte Quartal 1913 vorliegen, hatten 19 einen Rückgang von Mitgliedern zu beklagen. Diese 48 Verbände (einschließlich der Landarbeiter und Hausangestellten) zählten am Ende des dritten Quartals 1912: 2 564 603 Mitglieder, dagegen am Schluß des dritten Quartals 1913 nur 2 549 032 Mitglieder. Der Rückgang beträgt 14 691 Mitglieder oder 0,57 Prozent. Es ist nicht anzunehmen, daß das vierte Quartal des letzten Jahres günstigere Verhältnisse aufzuweisen hätte, so daß die Gesamtmitgliederzahl hinter der des Vorjahres, wenn auch nicht erheblich, zurückbleiben dürfte.

Heer und Flotte.

Einjährige Reserveoffiziersübungen bei der Marine. Die im Marineetat 1914 vorgesehene gründlichere Ausbildung der Reserveoffiziere des Beurlaubtenstandes wird in der Weise erfolgen, daß jährlich bis zu 20 Seeoffiziere zu einer einjährigen, freiwilligen Friedensübung in der Flotte herangezogen werden. Marinebehörden und Reserveoffiziere sind der Ansicht, daß die bisherigen kurzen Pflichtübungen im Frontdienst nicht mehr genügen. Die großen technischen Fortschritte namentlich im Artilleriewesen, die Steigerung der Schiffsgrößen, bedingen eine Erweiterung des Dienstes. Die Übungen werden nach einem besonderen Ausbildungsplan abgehalten werden. Die Marineverwaltung wird ein Einkleidungsgeld von 600 M. gewähren und die Bezüge erhöhen, um einen Ausgleich zu schaffen.

Post und Eisenbahn.

Bestellte Plätze in D-Zügen. Es kommt oft vor, daß vorausbestellte Plätze in D-Zügen, die durch das Zugpersonal an den Stellkästchen vor den Abteilen als solche bezeichnet sind, von anderen Reisenden belegt werden, die dann die Räumung verweigern. Um solchen Mißhelligkeiten vorzubeugen, werden die Fahrpersonale nunmehr mit Pappschildern, welche die Inschrift „Bestellt" tragen, ausgerüstet. Die Schilder werden über den bestellten Plätzen aufgehängt und wieder abgenommen, sobald der Besteller den Platz besetzt hat.

Deutsche Schutzgebiete.

Eine Strafexpedition nach Neu-Kamerun. Der stellvertretende Kommandeur der Kameruner Schutztruppe, Major Fabricius, hat zu Anfang Dezember v. J. eine auf etwa sechs Monate berechnete Expedition nach Neu-Kamerun unternommen. Sie wird zunächst die Standorte der 10. Kompagnie in Wolö-Ntem und weiter östlich der 11. Kompagnie in Iwindo nebst Umgebung einer eingehenden militärischen Besichtigung unterziehen. Im Bereich des Postens Nola am Sanga wird eine Bestrafung der aufständischen Stämme erforderlich sein, die unter Führung des Häuptlings Nguku der deutschen wie auch früher der französischen Herrschaft Widerstand entgegengesetzt haben. Der führende Häuptling hat kürzlich durch seinen Angriff auf eine französische Faktorei von sich reden gemacht. Oberleutnant v. Raven und der Bezirksrichter Dr. Seger waren auf die erste Kunde von dem Überfall sogleich zur Hilfe herbeigeeilt, fanden aber angesichts der geringen zur Verfügung stehenden Streitkräfte den Tod im Kampfe mit den an Zahl überlegenen und mit Schußwaffen wohl ausgerüsteten Eingeborenen. Die Expedition soll nach Bestrafung dieses Häuptlings weiter östlich in den Bezirk Mittel-Sanga-Lham vordringen, wo das Lager der 6. Kompagnie der Schutztruppe zu Mbaiki vor einigen Monaten einer böswilligen Brandstiftung der Eingeborenen zum Opfer fiel.

In Omitara in Deutsch-Südwestafrika ist am 16. Dezember v. J. eine Telegraphenanstalt für den internationalen Verkehr eröffnet worden. Omitara liegt etwa 12 Kilometer östlich von Otjiwero. Die Wortgebühr für Telegramme nach Omitara ist dieselbe wie nach Windhoek. Sie beträgt gegenwärtig 2 M. 75 Pf.

Ausland.

Österreich-Ungarn.

Mitteleuropäische Wirtschaftskonferenz. Budapest, 6. Januar. Die Mitteleuropäische Wirtschaftskonferenz setzte heute die Beratung über die Frage der Vereinheitlichung und Vereinfachung der Eisenbahntransportbedingungen fort. Einen breiten Raum nahm die Erörterung über die Parität der Meistbegünstigung ein. Während der ungarische Referent Szajbely bedingungslose Parität bei der Meistbegünstigung befürwortete, wurde das von anderen als undurchführbar bezeichnet. Die deutschen Referenten erklärten den gegenwärtigen Zustand hinsichtlich der Parität als das Mindestmaß, während der österreichische Vertreter den Gesichtspunkt des Verhandelns von Fall zu Fall in den Vordergrund rückte. Betreffs der Meistbegünstigung nahm der Vertreter Österreichs den gleichen Standpunkt ein wie bei der Parität, während die deutschen Referenten deren Aufnahme in eine größere Anzahl von Handelsverträgen verlangten. Der Präsident Weckerle erklärte die unterbreiteten Resolutionen für angenommen, außer die Punkte über die Parität der Meistbegünstigung, wo es nicht gelungen ist, eine Einigung zwischen den Deutschen, österreichischen und ungarischen Referenten herbeizuführen. Als vierten Punkt der Tagesordnung behandelte die Konferenz die Vereinheitlichung der Bestimmungen über die Erwerbsgesellschaften. Für den Deutschen Verein sprach Professor Karl Lehmann (Göttingen), der ausführte, daß die Vereinheitlichung der grundlegenden Normen sich für Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung in Mitteleuropa immer mehr als notwendig erweise. Der frühere Justizminister Klein hielt einen eingehenden Vortrag. — Im Anschluß an die Verhandlungen fand eine vertrauliche Besprechung der Vorsitzenden der Wirtschaftsvereine Deutschlands, Österreichs und Ungarns statt, die unter Hinzuziehung hervorragender Fachleute im Hinblick auf die bevorstehende Erneuerung der Handelsverträge sich mit der handelspolitischen Lage befaßte.

England.

Die Aufwendungen für die Landstreitkräfte. Die gewaltigen Geldausgaben des Inselreichs für seine, im Vergleich zur deutschen, verschwindend kleine Armee werden bei uns vielfach unterschätzt. Großbritannien verausgabt für sein stehendes Heer, so weit es dem englischen Budget zur Last fällt (also ohne Indien), derzeit im Jahre über 575 Millionen Mark, d. i. mehr als die Hälfte dessen, was Deutschland für seine Landmacht insgesamt aufwendet. In dem Jahrzehnt 1901/10 hat Großbritannien für seine gesamte Wehrmacht zu Lande 9,6 Milliarden Mark verausgabt, während die stärkste Militärmacht der Welt, das Deutsche Reich, in dem gleichen Zeitraum für denselben Zweck nur 8,7 Milliarden Mark ausgegeben hat.

Rußland.

Eine Gärung innerhalb der „Nationalisten". Petersburg, 5. Januar. In Kiew, dem Ausgangspunkt und Zentrum der russischen Nationalisten, ließen sich dieser Tage im Nationalistenklub drei Anführer der „linken Nationalisten", die Duma-Abgeordneten Demtschenko, Sawenko und Tschichatschow, über die Spaltung innerhalb der nationalistischen Dumafraktion vernehmen. Sie wollten vor ihren aufgeregten Wählern die Neubildung des linken Flügels der Nationalisten rechtfertigen, sie gaben aber dabei Erzählungen zum besten, welche die Stimmungen in gewissen Kreisen kennzeichnen. Laut ihren Berichten soll die russische Volksvertretung momentan eine sehr kritische Zeit durchmachen. Sie sei in Gefahr, da ein Sammelfurium von Politikern gegen die Duma agitierten und mit Macht ihre Auflösung anstrebten. So hätte sich zu diesem Zweck in Petersburg ein besonders mächtiges Triumvirat gebildet, bestehend aus dem Grafen Witte, Gregor Rasputin und dem Fürsten Meschtscherskiy. Im vergangenen Herbst sei im Ministerrat die Frage der Dumaauflösung direkt aufgeworfen und diskutiert worden. Die Regierung hätte schließlich von dieser radikalen Maßnahme abgesehen, aber daran die Bedingung geknüpft, daß ein Block der Nationalisten und Oktobristen zustandekomme. Damit befaßten sich nun laut Sawenkos Versicherung die linken Nationalisten, denen übrigens in der Versammlung selbst der Vorwurf gemacht wurde, daß sie vor Kokowzow kröchen.

Die Erklärung dieser prächtigen Erscheinung war nicht schwer. Wie bereits erwähnt, verliert das Licht beim Durchdringen des Eises einen Teil seiner Wärme, und diese schmilzt nach und nach die Kristalle, aus denen sich die Platte zusammensetzt. Das einzelne Kristall verschwindet, aber das Schmelzwasser bewahrt seine Form, und an Stelle des sechsstrahligen Kristallsternes erscheint eine sechsblättrige Wasserblume. Tyndalls Experiment über die „Eisblumen", wie man auch diese zierlichen Gebilde genannt hat, stammt aus dem Jahre 1857, neuerdings hat der Genier Professor H. Schoentjes diese Untersuchungen wieder aufgenommen, doch können wir hier nicht weiter darauf eingehen.

So überraschende Aufschlüsse nun aber auch die Wissenschaft über den wunderbar gesetzmäßigen Aufbau des Eises, über den ungeahnten Formenreichtum der Schneesternchen und Eisblumen gebracht hat, eine Frage vermochte sie doch nicht zu beantworten, die nach der Ursache der geheimnisvollen Sechszahl. Schon Kepler fragte 1611: „Cur autem sexangula?" Drei Jahrhunderte sind seitdem verstrichen, und noch immer ist keine befriedigende Antwort gefunden. Hier bietet sich noch ein weites Feld für neue Untersuchungen dar.

Aus Kunst und Leben.

* **Der deutsche Erfinder des Telephons.** Die zweite Januarwoche ruft uns in zwei Gedenktagen die lange verkannte und vergessene Gestalt eines deutschen Erfinders ins Gedächtnis, dem wir die eigentliche Schöpfung des Fernsprechers verdanken. Gestern, am 7. Januar, waren 80 Jahre vergangen, seit Philipp Reis zu Gelnhausen, wo heute ein Denkmal sein Andenken wach erhält, das Licht der Welt erblickte, und am 14. Januar sind 40 Jahre dahin, daß er in bescheidenen Verhältnissen seine Augen zur letzten Ruhe schloß, ohne mit seinen epochemachenden Ideen durchgedrungen zu sein. Eine leidenschaftliche Liebe zur Physik bestimmte Leben und Bildung des jungen Mannes, der den Kaufmannsstand verließ, um seine naturwissenschaftlichen Studien pflegen zu können. Er wurde schließlich als Lehrer an der Garnierschen Erziehungsanstalt zu Friedrichsdorf bei Homburg v. d. H. angestellt und widmete sich nun seinem Lieblingsplan, ein „Telephon" zu konstruieren. Solche „Telephone" waren schon seit längerer Zeit in der elektrischen Technik heimisch; es waren Apparate, die auf elektrischem Wege mittels hörbarer Zeichen Signale nach entfernten Orten übermittelten. Der Versuch, die damals bereits ziemlich vervollkommnete Telegraphie auch auf die Sprache zu übertragen, lag in der Luft. Reis ging von der Beobachtung des Physikers Page aus, der schon 1837 festgestellt hatte, daß z. B. eine Stricknadel einen kurzen Ton von sich gibt, wenn in einer sie umgebenden Drahtspule ein galvanischer Strom entsteht und aufhört oder periodisch seine Stärke verändert; er konstruierte nun einen ganz einfachen Apparat, den er am 20. Oktober 1861 im Hörsaal des Physikalischen Vereins zu Frankfurt a. M. zum erstenmal einer zahlreichen Zuhörerschaft vorführte. Dieser Tag ist der Geburtstag des Telephons. In dem Vortrag, durch den Reis seine neue Erfindung erklärte, ging er vom menschlichen Ohre aus. „Wie hier infolge der zum Trommelfelle gelangenden Schallwellen dieses in Schwingungen versetzt wird, welche ein mit derselben Geschwindigkeit erfolgendes Aufheben und Niederfallen des Hammers auf den Amboß (Knöchelchen im Ohr) bedingen und hierdurch nach dem Labyrinth geleitet und dem dort endigenden Gehörnerv übermittelt werden, so läßt Reis in seinem künstlichen Ohre den Strom einer an das Hämmerchen einerseits und an den federnden Amboß andererseits angeschlossenen galvanischen Kette durch die gegen die Membrane drängenden Schallwellen abwechselnd unterbrechen und schließen. In diesem Stromunterbrecher — dem „Geber", wie wir heute sagen — liegt das Wesentliche der Reisschen Erfindung." So schuf er also ein „künstliches Ohr", das seine Zwecke in geradezu wundersamer Weise erfüllte. Er betonte ausdrücklich, „daß außer der menschlichen Stimme ebensogut die Töne guter Orgelpfeifen und des Klaviers reproduziert werden können, wenn man den Apparat auf den Resonanzboden des Instruments setze." Sogar bei verschlossenen Fenstern und Türen mäßig laut gesungene Melodien wurden in einer Entfernung von etwa 300 Fuß deutlich hörbar. Reis brachte dann seinen Apparat auch in den Handel und ließ ankündigen, daß der Mechaniker Wilhelm Albert in Frankfurt a. M. das Instrument zu einem billigen Preise etwaigen Liebhabern überlasse. Seine Erfindung fand jedoch keine Beachtung, nirgends wurden seine Bestrebungen unterstützt. Selbst eine angesehene Zeitschrift, die „Poggendorffschen Annalen", weigerten sich, eine wissenschaftliche Erörterung von Reis über sein Telephon aufzunehmen und sandten ihm die Arbeit zurück mit dem lakonischen Bescheide: „Unglaubhaft." Zwei Jahre nach dem Tode des „Vaters des Telephons" trat dann der Amerikaner Graham Bell mit seiner Erfindung des elektromagnetischen Fernsprechers hervor, der wahrscheinlich die Erfindung von Reis gekannt hat, aber nun erst mit seinem Apparat der Idee des Fernsprechers zu ihrem Weltsiege verhalf.

Aus allen diesen Mitteilungen leuchtet es jedenfalls hervor, daß die russische Regierung gegenüber der jetzigen Duma in arger Verlegenheit sich befindet und mit ihr nichts anzufangen weiß.

Ein allrussischer Volksbildungskongreß. Petersburg, 6. Januar. Vom 5. bis 16. Januar (n. St.) findet in Petersburg der erste allrussische Kongreß statt, der sich mit Fragen der Volksbildung befassen wird. Da werden aus allen Teilen des großen russischen Reichs Tausende von Volkslehrern zusammenkommen, um ihre Probleme zu erörtern. Indes schon betrachten ihn die Behörden und noch mehr die reaktionären Kreise mit solch scheelen Blicken, daß dieser Kongreß entweder seiner Aufgabe nicht gerecht werden oder der vorzeitigen Schließung verfallen wird. Ist es doch bislang noch fast immer das Schicksal jedes Kongresses in Rußland gewesen, der dem Fortschritt dienen sollte.

Die Gärung in Sibirien. Tschita, 6. Januar. Die revolutionäre Gärung in Westsibirien und anderen Landstrichen Sibiriens hat einen sehr ernsten Charakter angenommen. In Tschita wurde Militär konsigniert. Fast allnächtlich finden Haussuchungen statt und zahlreiche Verhaftungen werden vorgenommen. Bisher dürften etwa 200 Personen verhaftet worden sein. Die Leitung der Bewegung erfolgt, wie die Behörden bereits festgestellt haben, von den russischen Revolutionszentren aus.

Bulgarien.

Die Mißstimmung über die Anwendung des Bandengesetzes durch Griechenland. AB. Sofia, 6. Januar. Die Meldung aus Athen, daß die griechische Regierung die angebliche Anwesenheit bulgarischer Freischärler an der griechisch-bulgarischen Grenze zum Vorwand für ihren Entschluß genommen habe, in Mazedonien das neue Bandengesetz sofort anzuwenden, erzeugt in allen Kreisen um so tiefere Erregung, als man weiß, daß diese Maßnahme einzig und allein auf die Vernichtung des bulgarischen Elements abzielt. Damit fallen die letzten Bedenken. Jedermann verlangt jetzt Repressalien.

Marokko.

Der kampflustige Raisuli. Gibraltar, 7. Januar. Hier vorliegenden Privatnachrichten zufolge, die aus der spanischen Einflußzone in Marokko hier eingetroffen sind, hält man einen Angriff des einflußreichen marokkanischen Stammeshäuptlings Raisuli auf die Spanier im Riffgebiet allgemein für bevorstehend. Man glaubt, daß die kommenden Unruhen den Spaniern außergewöhnlich schwere Opfer auferlegen werden. Raisuli verfügt nach den letzten Meldungen über mehr als 10 000 modern bewaffneter, ihm blind ergebener Truppen, die sich den Spaniern selbst in offener Schlacht zu stellen in der Lage sein werden. Raisuli hat bereits vor längerer Zeit die deutsche Schutzgenossenschaft nachgesucht, die ihm die deutsche Regierung jedoch verweigerte, da seine fortgesetzten Reibungen mit den spanischen Behörden immer noch nicht zu einer Verständigung geführt haben. In der hiesigen englischen Kolonie ist man seit längerer Zeit davon unterrichtet, daß das System, das die Spanier in ihren Presidios gegen die Marokkaner ausüben, über kurz oder lang zu einem allgemeinen Aufstand führen müssen. Die spanischen Behörden haben von jeher eine Vertuschungspolitik getrieben, um die Lage im Mutterland nicht so schlecht erscheinen zu lassen, wie sie in der Tat ist.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

Die ersten Hausnummern in Wiesbaden.

Berlin als Schöpferin der ersten Hausnummern. Eine Notiz dieses Inhalts durchlief vor mehreren Wochen die Presse. Darnach ist im Jahre 1797 in Berlin zuerst der Gedanke durchgeführt worden, die Häuser mit Nummern zu versehen. Wien ist dem Beispiel 1803 und Paris 1805 gefolgt. Dies veranlaßte den Verfasser dieser Zeilen, einmal dem Ursprung auch der Wiesbadener Hausnummern nachzugehen, und siehe da: in demselben Jahre 1797 findet sich diese heute unentbehrliche Einrichtung auch bereits in unserer Stadt. In der damals wöchentlich veröffentlichten Fremdenliste vom 3. Juli 1797 sind alle Gast- und Badehäuser mit den zugehörigen Hausnummern versehen. Da heißt es zum Beispiel: „Nr. 206 im Adler", „Nr. 264 in der Blum", „Nr. 267 im Rindsfuß", „Nr. 35 im blauen Trauben", „Nr. 216 in der Stadt Mainz" usw. Wiesbaden wäre also im Interesse des Fremdenverkehrs mit der Neuerung Berlin auf dem Fuße gefolgt. Der Lauf der Hausnummern läßt sich in dem Spielmannschen Werkchen „Wiesbaden und seine Bewohner zu Anfang des 19. Jahrhunderts" genau verfolgen. Darnach finden wir in den Jahren 1802 und 1809 innerhalb der Stadtmauern 403 numerierte Wohngebäude. Die Nummer 1 trug das Mainzer Tor in der unteren Marktstraße, die letzte Nummer 403 das Haus des Krämers Schilgen, heute Metzgergasse 1. Auch die Tore trugen, da sie alle bewohnt waren, Hausnummern: Nr. 14 Neutor, Nr. 127 Stumpfes Tor, Nr. 194 Heidnisches Tor, Nr. 320 Sonnenberger Tor. Die Nummern zogen vom Sonnenberger Tor durch Häfner-, Mühl-, Gold- und Metzgergasse und endeten im Zentrum der Stadt. Länger als ein Menschenalter hielt man zähe an dieser Art von Numerierung fest, so daß die inzwischen entstandenen Häuser der Friedrich-, Luisen-, Wilhelm-, Taunus-, Nero- und Schwalbacher Straße ganz ohne Nummern blieben. Man behalf sich in den neuen Straßen, indem man die Häuser nach ihren Besitzern nannte, so sagte man zum Beispiel „Blocksches Haus" in der Wilhelmstraße. Ebenso verfuhr man bei Bebauung von Lücken in der Altstadt: „Kalbsches Haus" auf dem Schloßterrain. Dieser Name ist heute noch gang und gäbe. Endlich, am Schluß des Jahres 1831 — die Mauern und Tore der Stadt waren längst gefallen und die Zahl der Häuser ohne Nummern hatte die der numerierten nahezu erreicht —, entschloß man sich zu einer Änderung. Man teilte nun die ganze Stadt in zwei Teile, welche man Litera A und Litera B nannte. Jeder Teil war für sich numeriert, die Grenze zwischen beiden bildeten Burgstraße, Markt, Obere Marktstraße, Michelsberg. Der südwestliche Teil, einschließlich der genannten Straßen, hieß Stadtteil Litera A, der nordöstliche Stadtteil Litera B. Litera A 1 begann am Museum, zog die Wilhelmstraße aufwärts, um in die Burgstraße einzubiegen. Litera B 1 begann am heutigen „Berliner Hof", zog die obere Wilhelmstraße herab über den Theaterplatz, durch die untere Webergasse usw. Hand in Hand mit der Neunumerierung teilte man beide Stadtteile zum Zweck einer geordneten Armenpflege in je sechs Viertel ein, deren Obmänner den hochtönenden Titel „Stadtvorsteher" bekamen. Unterm 27. Januar 1832 wurden dann diese Neueinrichtungen im „Wiesbadener Wochenblatt" in einer Tabelle bekannt gemacht, aus der sich ergibt, daß die Stadt damals, ohne Clarenthal und ohne Militär, 8824 Einwohner zählte, die in 756 Gebäuden wohnten. Im großen und ganzen finden wir die Numerierung aus 1831 auch in den 1841 und 1842 erschienenen Steinschen Adreßbüchern. Nur fällt hier die Änderung auf, daß die außer der Stadt liegenden Mühlen und Landhäuser für sich numeriert sind, also nicht mehr einem der Teile Litera A oder B angehören. So trägt die vor dem Stumpfen Tor belegene erste Mühle (Eckel) die Nummer 1 und das Besitztum des Freiherrn v. Malapert an der Ecke der Platter Straße die Nummer 40. Diese zu Mißverständnissen führende Verschiedenartigkeit der Numerierung konnte sich unmöglich einbürgern, sie verschwand bereits nach dem Jahre 1843, um durch die Numerierung der einzelnen Straßen ersetzt zu werden. Diese geschah zunächst nicht in der jetzt üblichen Art; man gab den Häusern auf der einen Straßenseite fortlaufende Nummern und sprang dann am Ende der Straße auf die andere Seite über. Anfangs- und Endnummern einer ausgebauten Straße lagen sich also stets gegenüber. In dem 1853 erschienenen Haasschen Adreßbuch beginnen beispielsweise die Nummern der Marktstraße an dem Kaufmann Wolffschen Hause Nr. 1, Ecke der Langgasse, und enden gegenüber am Hause der Witwe Dotzheimer (jetzt Poulet), das die Nummer 49 führte. Bei nicht ausgebauten Straßen führte dieser Gebrauch wieder zu dem Mißstand, daß die mit dem Fortschreiten des Bauens entstehenden Häuser nicht angereiht werden konnten, also wieder ohne Nummern blieben. Eine endgültige Änderung brachte das Jahr 1862, in welchem die heute noch übliche Art der Numerierung mit den ungeraden Ziffern auf der rechten und den geraden auf der linken Straßenseite angeordnet wurde.

A. H. M.

— **Todesfall.** Der bei der Eisenbahndirektion in Mainz beschäftigte Architekt Louis Panthel von hier, Sohn des früheren Schlossermeisters Gustav Panthel, ist vorgestern während des Dienstes von einem Gehirnschlag betroffen worden und gestern verschieden. Er hat insbesondere bei den Bahnhofs-Neubauten Worms, Wiesbaden, Kreuznach und Darmstadt mitgewirkt. In Anerkennung seiner Verdienste wurde ihm anläßlich der Einweihung des Darmstädter Bahnhofs das Ritterkreuz 2. Klasse des Großherzogl. Hess. Verdienstordens Philipps des Großmütigen verliehen.

— **Bezirksausschuß.** Der Landwirt Franz Joseph Hett in Bad Homburg ist unzufrieden mit seiner Heranziehung zur Wertzuwachssteuer, weil der Erwerbspreis zu niedrig angesetzt sei. Auf Grund von Sachverständigengutachten wurde seine Klage abgewiesen. — Der Restaurateur Karl Lagneau in Dornholzhausen betreibt am Ausgang des Ories nach der Saalburg zu in Stellvertretung eines anderen eine Gastwirtschaft. Sein Ruf ist nicht einwandsfrei. Als er daher unlängst um die Übertragung der Konzession auf seinen eigenen Namen einkam, wurde dem Gesuch nicht entsprochen. Der Kreisausschuß hat aus demselben Grunde gegen ihn entschieden, und dasselbe tat auf seine Berufung der Bezirksausschuß.

— **Gegen die Spirituosenversteigerungen.** In der letzten Versammlung des „Vereins der Handelsagenten" wurden u. a. auch die im Herbst und bei Herannahen der Weihnachts- und Verbrauchszeit stattfindenden Spirituosenversteigerungen besprochen und hierbei darauf hingewiesen, daß die mit Spirituosen handelnden Kaufleute außer der laufenden noch eine einmalige sehr hohe Konzessionssteuer bezahlen müssen und daß dieselben durch solche Versteigerungen aufs schwerste geschädigt werden. Der Verbrauch ist infolge der durch die wesentlich erhöhte Branntweinsteuer sehr gestiegenen Verkaufspreise ohnehin so enorm zurückgegangen, daß viele Kaufleute kaum die auf dem Kleinverkauf ruhende Steuer erschwingen. In Berücksichtigung dieser Momente und der höchst schwierigen Lage, in welcher sich heute der Kleinkaufmann befindet, beschloß der Verein, Schritte zu tun, welche dahingehen, daß fernerhin Spirituosenversteigerungen von Leuten, welche ohne Konzession sind, überhaupt nicht mehr genehmigt werden sollen.

— **Personal-Nachrichten.** Den Herren Beigeordneten Borgmann, Professor Dr. Hackenbruch, Sanitätsrat Dr. Mayer und Dr. Zais wurde von dem Sultan der Medjidié-Orden 3. Klasse verliehen.

— **Kleine Notizen.** Auf den heute abend im großen Saal der „Wartburg" auf Veranlassung des „Haus- und Grundbesitzervereins" stattfindenden Vortrag des Justizrats Dr. Jünger über das Wehrbeitragsgesetz unter besonderer Berücksichtigung der Vorschriften für die Haus- und Grundbesitzer sei noch einmal aufmerksam gemacht. Auch Nichtvereinsmitglieder haben Zutritt.

Vorberichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes.

* **Vorträge.** Am 12., 13. und 14. Januar wird der Jesuitenpater Cohausz im Zweigverein Wiesbaden des „Katholischen Lehrervereins" drei Vorträge halten. Er gedenkt im Saale des Lesevereins zu sprechen über: „Erziehungsproblem in christlicher und nichtchristlicher Beleuchtung". Die einzelnen Vorträge behandeln: „Gegenstand der Erziehung", „Ideal der Erziehung" und „Faktoren der Erziehung".

Professor Marcell Salzer wird am Sonntag im Kasinosaal lustige Dichtungen von Busch, Greinz, Gumppenberg, Hartleben, Kegeler, Liliencron, Moszkowski, Fritz Müller, Otto Reitzel, Nestroy, Rosegger, Salten, Salger, Thoma u. a. vortragen.

Am nächsten Mittwoch abends 6 Uhr, findet im „Rheinhotel" der fünfte diesjährige Abend des „Vereins für Nassauische Altertumskunde und Geschichtsforschung" statt. Lehrer Stückrath aus Biebrich, der sich durch seine volkskundlichen Forschungen hervorgetan hat, wird über nassauische Vierzeiler sprechen.

Aus dem Vereinsleben.

Vorberichte, Vereinsversammlungen.

* Zur Eröffnung der diesjährigen Karnevalsaison veranstaltet der „Wiesbadener Karnevalverein Narrhalla" in der närrisch dekorierten „Turnhalle" Hellmundstraße 25 Sonntag, den 11. Januar, ein Karnevalskonzert mit Tanz und humoristisch-karnevalistischen Vorträgen, unter Mitwirkung von Karnevalisten und Büttenrednern. Die Musik stellt der Wiesbadener Musikverein, die Tanzleitung besorgt Tanzlehrer Jung.

Vereinsfeste. (Aufnahme frei bis zu 20 Zeilen.)

* Der „Wiesbadener Fechtklub E. V." feierte am Neujahrstage in den Räumen des Hotels „Bellevue" in Biebrich bei zahlreichem Besuche sein 34. Stiftungsfest. Für abwechslungsreiche Unterhaltung sorgten die zahlreichen Vorführungen, die von künstlerisch begabten Mitgliedern und Gästen des Klubs dargeboten wurden. Die Vortragenden ernteten allgemeinen, lebhaften Beifall. Einige spannende Fechtgänge in Floret und leichtem Säbel unter Aufsicht des Fechtmeisters Aug. Krobbe von einigen Mitgliedern ausgeführt, gaben Zeugnis von der guten Schulung, Gewandtheit und Aufmerksamkeit der Fechter. Da auch der Tanzleiter, Tanzlehrer F. Sauer, eifrig bemüht war, jede freie Minute für die tanzlustigen Damen und Herren zu gewinnen, so kamen auch diese voll auf ihre Rechnung.

Nassauische Nachrichten.

Ein „alter Kunde".

= **Höchst a. M.,** 7. Januar. Das „Höchst. Kreisbl." berichtet: Dieser Tage kam der „Rechner" einer Versicherungskasse eines Nachbarortes in eine hiesige Druckerei. „Sich braucht do wiedec e paar Quittungszettel for unser Viehtassi", sagte er. „Sich hun Ihne do e Muster von de letzte mitgebracht", fügte er hinzu und überreichte dabei dem Drucker ein solches, das im Jahre — 1861 gedruckt war. „Sie könne'se grad wieder mache wie die do: nur statt Gulde und Kreuzer drucke Se mer Mark und Pfennig, sunst kann alles so bleiwe." — Leider stand der Satz nicht mehr.

*

= **Eisenbach,** 7. Januar. Gestern abend ist der etwa 23jährige Sohn des dieser Tage plötzlich verstorbenen Landwirts Peter Sack 4r festgenommen und in das Gefängnis zu Camberg gebracht worden. Er soll im dringenden Verdacht stehen, seinen Vater erschossen zu haben. Vater und Sohn lebten im Unfrieden.

= **Dillenburg,** 6. Januar. In der heutigen Stadtverordnetensitzung wurde an Stelle des ausgeschiedenen seitherigen Vorstehers Kaufmann R. Fischer dessen Stellvertreter Gymnasialoberlehrer Professor Roll zum Stadtverordnetenvorsteher und Buchdruckereibesitzer E. Weidenbach zum Stellvertreter gewählt. Schriftführer der Versammlung ist der Stadtsekretär; zu seinen Stellvertretern wurden die Stadtverordneten Hassert und Dr. Dönges wiedergewählt. Der Magistrat legte den Bericht über die Gemeindeangelegenheiten in 1912/13 gedruckt vor. Der städtische Spielplatz am laufenden Stein soll durch Einebnung um ein weiteres Stück vergrößert werden. Zur späteren Erbauung einer neuen Obertorbrücke soll ein Fonds angesammelt werden. In geheimer Sitzung wurde in Anwesenheit des zugezogenen Sachverständigen der Stadt, Baurat Knipping aus Bochum über die Beseitigung der Wegeübergänge an der Eisenbahnstrecke Weidenau-Dillenburg im Ortsbering beraten.

Aus der Umgebung.

Ausstellungen in Frankfurt a. M.

ht. **Frankfurt a. M.,** 7. Januar. Das städtische Elektrizitäts- und Bahnamt veranstaltet im Sommer dieses Jahres in der Festhalle eine größere Fachausstellung für Elektrotechnik. An der Spitze des Unternehmens, an dem sich der Magistrat und die Frankfurter Stadtverwaltung offiziell beteiligen, steht Stadtrat Hin. — Die Vorbereitungen zu der 1916 oder 1917 hier stattfindenden großen mehrmonatigen Ausstellung „Reise und Verkehr" wurden bereits in die Wege geleitet.

*

ht. **Frankfurt a. M.,** 7. Januar. Aus einer Stiftung des Kommissionsrats Jureit kaufte die Schneider-Zwangsinnung für 180 000 M. ein Haus in der Bleichstraße an; in diesem sollen ein Innungsheim und Räume für die Schneiderorganisationen geschaffen werden.

ht. **Biedenkopf,** 6. Januar. Nach dem Tode des Kreis-Kommunalkassenrendanten Philipp Jäger wurde kürzlich in der von diesem verwalteten Kasse ein Fehlbetrag von 6000 M. festgestellt, die, wie Jäger auf dem Sterbebett seinen Angehörigen mitgeteilt hat, von dem Verstorbenen veruntreut sind. Auf Beschluß der Behörde wird der Kassenfehlbetrag zur Konkursmasse Jägers angemeldet.

Gerichtssaal.

sh. **Ein vernünftiger Bescheid.** Barmen, 3. Januar. Das Herz auf dem richtigen Fleck hat offenbar der Barmer Oberbürgermeister, von dem ein nachahmenswerter Bescheid in einer Sitzung der hiesigen Strafkammer bekannt wurde. Unter der Anklage des Diebstahls sollte sich eine Ehefrau verantworten die mit ihrem Mann in den denkbar dürftigsten Verhältnissen lebt. Als die Not aufs höchste gestiegen war, ließ sich die Frau, um für ihren Säugling Milch kaufen zu können, dazu verleiten, den Gasautomaten zu öffnen und diesem einige Groschen zu entnehmen. Die Sache wurde bei der nächsten Revision entdeckt und gegen die Frau Anklage erhoben. Der Bagatelldiebstahl hätte für die Angeklagte schwere Folgen haben können, denn sie ist bereits wegen des gleichen Delikts, wenn auch geringfügig, vorbestraft. Der Vertreter der Anklage mußte daher auch, nach dem Buchstaben des Gesetzes, auf Rückfalldiebstahl plädieren und beantragte gegen die Frau die gesetzliche Mindeststrafe von einem Jahr Gefängnis. Der Gerichtshof zog aber in Erwägung, daß der gestohlene Betrag nur sehr gering war, und daß die Frau in entschuldbarer Notlage gehandelt habe. Nach der Novelle zur Strafprozeßordnung tritt aber in solchen Fällen eine Strafverfolgung nur ein auf Antrag des Geschädigten, auch kann das Gericht dann noch auf Geldstrafe erkennen. Als geschädigt kam im fraglichen Fall die Stadt in Betracht, die durch den Oberbürgermeister vertreten wird. Der Oberbürgermeister hat es nun abgelehnt, einen Strafantrag zu stellen und in Ermangelung eines solchen mußte das Gericht auf Freisprechung der Angeklagten erkennen.

Sport und Spiel.

* **Die Feldbergwanderung des „Rhein- und Taunusklubs Wiesbaden (E. V.)",** (1. Hauptwanderung 1914) findet am Sonntag, den 11. Januar, statt. Abfahrt mit Eilzug 6 Uhr 56 Min. nach Höchst und von da nach Königstein weiter, Ankunft daselbst 8 Uhr 20 Min. Die Wanderung führt zunächst durch das reizende Taunusstädtchen von der gleichnamigen Burg überragt, alsdann auf der aussichtsreichen Limburger Straße, später im hübschen Reichenbachtal aufwärts zum Fuchstanz (668 Meter). Kurze Sammelrast! Von hier Aufstieg zum Feldberg (880,5 Meter). Ankunft etwa 10½ Uhr; gemeinsames Mittagessen im „Gasthaus zur Walküre". Weitermarsch 12½ Uhr an der Nordrodelbahn und dem „Gasthaus zur Rodelbahn" vorbei, über den 675 Meter hohen mit einer Kapelle gekrönten kahlen Bergrücken, mit herrlichen Ausblicken nach dem Feldberggebiet, Seelenberg, Zacken usw., nach dem malerisch gelegenen Ort Oberreifenberg (600 Meter) mit hübscher Burg mit stolzem Bergfried. Auf schönen Wegen mit überraschenden Ausblicken nach Niederreifenberg und das obere Weiltal wird nach dem Roten Kreuz (680 Meter) gewandert, das gegen 2 Uhr erreicht wird. Nunmehr an dem vom „Frankfurter Taunusklub" neu gefaßten Seelborn (der starken Quelle der Ems) vorbei, auf die Limburger Straße, zum „Gasthaus zur Billtalhöhe". Ankunft 3½ Uhr. Kaffeerast bis 4½ Uhr. Weitermarsch über Königstein nach dem Endziel der Wanderung, dem apfelweinberühmten „Batzenhaus" bei Neuenhain, wo die Wanderer nach etwa 5½stündiger Wanderung um 5¾ Uhr eintreffen. Abmarsch nach dem Bahnhof Soden kurz vor 8 Uhr. Rückfahrt mit dem Zug 8 Uhr 18 Min., an Wiesbaden 9 Uhr 58 Min. Führer die Herren R. Weber und Fr. Wendler. Teilnehmer-, bezw. Tischkarten sind bis Samstag, den 10. d. M., abends 8 Uhr, bei Ludwig Becker, Große Burgstraße 11, Hch. Cron (B. Cronz Nachf.), Kirchgasse 62, und Karl Hack, Rheinstraße 37, oder am Donnerstag, den 8. d. M., im Klublokal, „Turngesellschaft", in Empfang zu nehmen. — Die Weihnachtsfeier auf dem „Chausseehaus" hatte sich eines recht guten Besuchs zu er-

freuen und nahm unter der Leitung der Herren Dr. Milch und Hugo Jacob einen schönen Verlauf. Der Armenkasse des Klubs konnte aus dem Erlös der Weihnachtsgabenverlosung ein hübscher Betrag überwiesen werden. — Der dritte Vortragsabend findet am 22. d. M. statt. Lehrer L. Mohnike spricht über „Das alte und neue Ägypten".

* **Aus der Deutschen Turnerschaft.** Die vierteljährliche Bekanntgabe der Veränderungen im Bestand der Deutschen Turnerschaft zeigt, daß im 3. Vierteljahr 126 Vereine der Deutschen Turnerschaft neu beigetreten sind. Dem Zuwachs steht ein Abgang von 35 Vereinen gegenüber, die teils eingegangen, teils ausgetreten sind. Die Deutsche Turnerschaft, die in 10 951 Vereinen mit 1 315 461 Vereinsangehörigen alle Berufsstände, Lebensalter und Geschlechter umfaßt, ist damit der größte Verband nicht nur Deutschlands, sondern überhaupt in der Welt, der sich der körperlichen Ausbildung auf vaterländischer Grundlage widmet.

* **Eissport.** Die Nord- Süd- und Westeisbahnen sind heute wieder geöffnet.

* **Schwettläufe in Gersfeld.** Der zweite Verbandswettlauf des Verbandes Mitteldeutscher Ski-Vereine, veranstaltet vom Wintersportverein Gersfeld, findet am Sonntag, den 8. Februar, im Rhöngebirge statt. An Konkurrenzen sind ein Senioren Langlauf, ein Junioren-Langlauf, ein Militär-Langlauf, ferner ein Militär Patrouillen-Lauf und ein Sprunglauf vorgesehen. Das Ziel für alle Läufe befindet sich an der Rodelbahn bei Gersfeld, der Sprunghügel am Simmelsberg.

sr. **Ein Lawn-Tennis-Städtekampf Paris-Berlin** soll in der Zeit vom 8. bis 11. Januar in gedeckten Turnierhallen in Paris veranstaltet werden. Die deutsche Mannschaft setzt sich aus Spielern des Berliner Lawn-Tennis-Turnierklubs zusammen, die Pariser Mannschaft aus Spielern des Racing Club de France. Der deutschen Mannschaft gehören so hervorragende Leute wie Rahe, Froitzheim, Kreuzer, Gebrüder Kleinschroth, Uhl, Lindpaintner und ebenso Bergmann an. Für Paris werden u. a. Gobert, Poulain, Canet spielen. Das Retourspiel soll in Berlin gelegentlich des Pfingstturniers des Berliner Lawn-Tennis-Turnierklubs stattfinden.

sr. **Die Box-Meisterschaft der Welt im Schwergewicht wird** nunmehr einem Privatteleg amm aus London zufolge vom dortigen National Sporting-Club zwischen Jack Johnson, dem Verteidiger des Titels, und dem Neger Sam Langford entschieden werden. Der Kampf soll am Tage des englischen Derbys in London stattfinden; die Höhe der Kampfbörse ist noch nicht festgesetzt.

Vermischtes.

Millionenverkehr der Post zu Neujahr. Die „herzlichen Glückwünsche" zu Neujahr machen unseren braven Postbeamten wahrscheinlich viel weniger Freude als den Empfängern der kleinen Kärtchen und Briefchen. Die Hauptarbeit verursacht am Neujahrstage in ganz besonders erhöhtem Maße die zeitraubende und mühselige Arbeit des „Briefe klaubens", die der Post schon im gewöhnlichen Betriebe gewaltige Kosten verursacht, zu Neujahr unendlich viel mehr Aushilfskräfte erfordert, mit denen die Kosten naturgemäß in die Hunderttausende wachsen. Was ist nun das Briefe klauben? Wenn die Briefkastenentleerer aus ihren bis an den Rand mit Briefschaften gefüllten Beuteln die Sendungen auf die langen Tische schütten, dann beginnt zunächst für die Beamten das „Klauben", d. h. die Gratulationsbriefe werden stempelgerecht hingelegt und in zwei Kategorien geordnet, nach „Ort" und „Transit". Die abgestempelten Transitsendungen, d. h. solche, die nach auswärts bestimmt sind, gelangen an die „Grobsortierer", die Ortsbriefschaften werden den „Ortssortierern" zugewiesen, die sie dann auf die verschiedenen Stadt-Bestellpostämter zu verteilen haben. Dann gibt es auch noch die sogenannten „Feinsortierer", deren Aufgabe es ist, die Bahnposten „vorzuarbeiten". Diese Aufgabe ist nicht so leicht, wie man denken könnte. Es gehört tatsächlich viel Erfahrung, Fertigkeit, ja eine gewisse Kunst dazu, die ungeheuren Stapel der Neujahrskorrespondenz in dem beschränkten Raum des Eisenbahnpostwagens unterzubringen. Man braucht nur einmal dem Bahnpostverkehr am Neujahrstage eine Weile zugeschaut zu haben, um kopfschüttelnd zu erstaunen, was alles in einen solchen Wagen noch hineinverladen wird. Da sind die „Neujahrssäcke" von etwa zwei Zentnern Schwere, Zeitungssäcke, Geldsäcke, Bahnhofsbriefe, dringende Pakete usw. Es ist bewundernswert, wie die Bahnpostbeamten in diesem Wirrwarr von Paketen und Briefschaften, die den engen Raum fast bis an die Decke füllen, bei den wenigen Minuten Aufenthalt auf den Bahnstationen gerade die für die betreffende Station bestimmten Sendungen herausfinden und mit größter Schnelligkeit ausladen. Kaum ist ein wenig Platz geschaffen, so kommen schon die gelben Wagen angefahren und bringen neue Ladung. In der Tat bringt der Neujahrstag unserer Postbeamtenschaft eine ungewöhnliche Arbeitslast; es gehört nicht zu den Seltenheiten, daß die Beamten der Bahnpost an diesem Tage 15 bis 16 Stunden hintereinander arbeiten müssen, um den Postverkehr einigermaßen zu bewältigen. Wenn wir am Neujahrstage mit Befriedigung unsere Glückwunschbriefe in der Hand halten, so sollten wir auch der wackeren Männer gedenken, die es uns erst ermöglicht haben, daß sich zum Jahreswechsel die Welt wie eine einzige große Familie gratulieren kann.

Nach der Gemeinderatswahl. Stuttgart, 6. Januar. Von den letzten württembergischen Gemeinderatswahlen erzählt das „Stuttgarter Neue Tageblatt". Morgens 9 Uhr klingelt es bei dem Arzte eines Dorfes im württembergischen Oberschwaben. Vor der Tür steht ein Bauernjunge von etwa 12 Jahren und sagt: „Der Herr Doktor soll au in d' Gmeind komme. Mei Vater mueß verbunne werre." Der Arzt fragt: „Was isch denn beim Vater g'schehe?" „Er hat e blau's Aug." „Sonscht nix?" „Doch . . . Sonst noch alles." „Was denn alles?" „I woiß nitt!" „Hot denn noch anere blau's Aug?" „Ja." „Wer denn?" Der Knabe nannte darauf drei oder vier Namen. Darauf der Arzt: „Sag dem Vater, ich komm mittags." Mittags traf der Arzt in dem fünf Kilometer entfernten Flecken ein. Der Doktor fand den Patienten im Bett liegen mit einem Katzenjammer, einem gehörig verschlagenen Schädel, einem ausgerenkten Arm, einem verstauchten Bein und einer stark gequetschten Zehe. Während er den Verletzten verband, fragte er nach den Ursachen: „Sagt Bärenbauer! Gestern war doch nix Sonntich, nit Kerme und nirgends Tanz, Kindstauf oder Hochzeit. Warum hent 'r d'rauft?" Darauf antwortete der Bärenbauer: „'s war Gemeinderatswahl!"

Neues aus aller Welt.

Ein Hundertjahrtag der „Gottesmauer". Kiel, 7. Jan. Die Bewohner der Stadt Schleswig feierten den Hundertjahrtag der Gottesmauer. Klemens Brentano und Friedrich Rückert haben durch ihre dichterische Behandlung des Stoffes die Begebenheit dem Gedächtnis des deutschen Volkes dauernd eingeprägt. Eine Mauer um uns baue! sang die Witwe Anna Mymm die in der Busdorfer Straße Nr. 1 mit ihrem Enkel einsam vor Schleswig wohnte, als von Süden her die Kosaken Anfang Januar 1914 unter General Tettenborn gegen Schleswig vorrückten. Eine Schneemauer umhüllte nachts das Häuschen, so daß kein Kosak es merkte. Heute wurde in der Kirche des Stadtteils Friedrichsberg des Tages vor 100 Jahren im Gottesdienste gedacht und das Lied Brentanos gesungen. Jede Familie der Gemeinde erhielt eine Erinnerungsschrift.

Gräfin v. Claussen geisteskrank. New York, 7. Jan. Die schwedische Gräfin v. Claussen, die im Oktober vergangenen Jahres verhaftet wurde, weil sie den bekannten New Yorker Anwalt Strauß in einem Briefe mit dem Tode bedroht hatte, wurde gestern von ärztlichen Gutachtern für geisteskrank erklärt und einem Irrenhaus überwiesen.

Der „Bauernschreck" in Steiermark. Graz, 7. Jan. Der Bauernschreck wurde nun von Amts wegen pardoniert. Die Regierung hat als Ergebnis einer von der Statthalterei im bedrohten Gebiet angeordneten Konferenz die bisher stramm ins Werk gesetzte Verfolgung des Bauernschrecks eingestellt. Für diese Einstellung war folgende Erwägung maßgebend: Das Raubtier — dessen Art leider noch immer nicht einwandfrei festgestellt werden konnte — ist wider Erwarten auch nach Eintritt des Winters nicht in die Niederungen herabgewechselt, sondern in den höher gelegenen Gebieten der Koralpe verblieben, und seit dem Abtrieb des Weideviehs wird nur mehr Wild verfolgt und gerissen, so daß es gerechtfertigt erscheint, von weitern sicherheitspolizeilichen Vorkehrungen abzusehen und die zu treffenden jagdlichen Maßnahmen den Inhabern jener großen Jagdgebiete zu überlassen, in denen sich das Raubtier seit einigen Wochen ausschließlich aufhält.

Eine Lordswitwe als Nonne. London, 7. Januar. Lady Lyveden, die Witwe des Lords Lyveden, eine Frau von 35 Jahren, ist als Novizin in den Orden der Klarissinnen von Edinburg eingetreten.

Verhaftung eines deutschen Defraudanten in der Schweiz. Bern (Schweiz), 7. Januar. Die hiesige Polizei verhaftete den deutschen Buchhändler Johann Tousin aus Düsseldorf, der von den deutschen Behörden wegen Unterschlagungen in Höhe von 170 000 M. seit längerer Zeit verfolgt wird.

Noch eine Revolveraffäre in einer Kirche. Krefeld, 7. Januar. In dem Krefelder Vorort Fischeln wurde in der Nacht zum Montag ein Schlossergeselle aus Rostock bei einem Einbruch ertappt. Als einige Geistliche und der Küster hinzukamen, gab der Verbrecher mehrere Schüsse ab. Der Küster wurde getroffen und schwer verletzt. Der Täter wurde verhaftet.

Der Prozeß gegen Oberst v. Reuter.

(Fortsetzung des Drahtberichts in der gestrigen Abend-Ausgabe.)

wb. **Straßburg,** 7. Januar. Unteroffizier der Reserve Ahrens bezeugt, daß Oberst v. Reuter am 8. November die Menge vor dem „Karpfen" zu beruhigen suchte. Die Sache wurde untersucht und die Schuldigen bestraft. Einer der Leute rief, indem er die Fäuste ballte: „Der Teufel soll alle Schwobe holen." — Assistenzarzt Vogt erzählt, wie er mit Leutnant v. Forstner am 9. November am Restaurant „Karpfen" auf dem Wege zum Kasino belästigt wurde. Man hat etwa 20 Steine nach ihnen geworfen. Die johlende Menge versuchte, ganz dicht an die Offiziere heranzukommen. — Zwei weitere Zeugen bekunden dasselbe. Polizei und Gendarmen seien nicht zur Stelle gewesen. — Bankkassierer Kahn, der am 26. November durch Leutnant Schadt verhaftet wurde, erklärt, daß er

dem Leutnant keine Veranlassung zur Verhaftung gegeben habe

und daß er vor allem nicht gelacht habe. Zeuge hat Strafantrag wegen Freiheitsberaubung und Nötigung gestellt. — Die Leutnant Schadt begleitenden Musketiere behaupten dagegen, daß Kahn gelacht, bezw. eine lächerliche Miene gemacht habe.

Nach Vereidigung einer Reihe von Zeugen vertagt sich das Gericht auf 4 Uhr nachmittags. — Der Platz vor dem Justizgebäude ist durch ein starkes Polizeiaufgebot abgesperrt.

Die Nachmittagsverhandlung.

Vor Beginn der Nachmittagssitzung ist der Platz vor dem Justizgebäude, wie bisher, stark abgesperrt. Als erster Zeuge, auf eigenen Antrag geladen, tritt Erster Staatsanwalt Wittmann aus Zabern vor und vertritt energisch eine Angelegenheit, in der die spazierengehenden Damen von Zabern eine Rolle spielen, und ebenso eine andere, in der Pfalz vorgekommene, einen Diebstahl betreffende Angelegenheit, über die sich der weitere Zeuge, Staatsanwalt Kruse aus Zabern, so eingehend verbreitet, daß der Verhandlungsleiter wie der Anklagevertreter wiederholt betonen, daß diese Dinge doch eigentlich als persönliche Momente nicht hierher gehören. Die Auslassungen dieser beiden Zeugen wie die des folgenden Zeugen Kleinböhmer richten sich zunächst gegen eine seinerzeit von dem Obersten v. Reuter gemachte Äußerung, wonach

die Staatsanwaltschaft in Zabern ihre Schuldigkeit nicht getan

habe. Zeuge Staatsanwalt Kleinböhmer schildert seine Beobachtungen und die der Landgerichtsräte Kalisch und Bemelmann. Er sei wohl seiner damaligen Äußerung wegen: „Das ist unerhört", auf des Leutnants Befehl festgenommen worden. Bei der Wiederentlassung habe der Leutnant gesagt:

„Hätten Sie sich gleich vorgestellt, dann wären Sie nicht verhaftet worden."

Oberst v. Reuter habe bei der Verabschiedung der in dem Kasinozimmer sistierten Justizbeamten erklärt, er könne sich auf eine weitere Kritik seines Vorgehens nicht einlassen. Dann gab der Oberst den Befehl, jeden, der stehen bleibe, festzunehmen. Der ganze Platz war aber menschenleer. Auf Befragen des Verteidigers erklärte Zeuge, daß ihm das Vorkommen von Belästigungen und Steinwürfen gegen Offiziere bekannt gewesen sei. Das Vorgehen des Militärs an jenem Abend betrachtet der Zeuge als eine Anmaßung der Zivilgewalt, da eine Rechtsgrundlage für dieses Vorgehen ihm nicht bekannt war und eine Requisition durch die Staatsanwaltschaft nicht vorlag. Der Zeuge bemerkt ausdrücklich, daß Kreisdirektor Mahl sich die denkbar größte Mühe gegeben habe, um Ausschreitungen zu begegnen. — Leutnant Schadt: Der Vorgang der Verhaftung spielte sich etwas anders ab. Ich forderte gerade eine Gruppe von Arbeitern auf, auseinanderzugehen. Staatsanwalt Kleinböhmer sagte: Ich bleibe hier stehen.

Das war für mich eine Aufforderung an das Volk, dem Gesetz Widerstand zu leisten.

Ich versuchte dann, durch einen Gendarmen den Herrn zum Weitergehen zu veranlassen. Der Gendarm reagierte aber nicht darauf. Dann erfolgte seitens des Militärs die Verhaftung und die erwähnte Vorstellung, und da sagte ich: Ja, wenn Sie sich gleich vorgestellt hätten, dann wäre die Verhaftung nicht erfolgt. Von einem Wortwechsel mit Kleinböhmer weiß Leutnant Schadt nichts. — Zeuge Staatsanwalt Kleinböhmer weiß sich auf den Ausdruck nicht zu erinnern: Ich bleibe hier stehen, und verwahrte sich gegenüber dem Vorwurf, daß die strafrechtliche Verfolgung der Ausschreitungsfälle am 28. November nur deshalb so langsam fortschreite, weil der Ziviljustizbehörde in den meisten Fällen eine kurze schriftliche Meldung zugrunde liege und weitere Akten fehlten. — Zeuge Landgerichtsrat Behmelmann schilderte ebenfalls die Vorgänge jenes Abends, soweit sie seine Verhaftung und die der beiden Amtskollegen betreffen. Oberst v. Reuter verbat sich, als die drei Herren im Kasinozimmer der Kaserne ihre Verwahrung vorbrachten, jede weitere Kritik seines Vorgehens. Von einer formellen Entlassung aus jenem Haftverhältnis sei ihnen nichts bekannt. Kalisch habe einfach die Kaserne mit ihnen verlassen. Um nicht wiederholt verhaftet zu werden, ging Zeuge mit dem Landgerichtsrat Stieler und dem Landgerichtspräsidenten vom Platz. Angeregt durch eine Frage des Verhandlungsleiters erklärte Landgerichtsrat Behmelmann: Den Eindruck einer Revolution habe ich nicht gehabt. Ich bin schon lange, seit meiner Kindheit hier im Elsaß. Von elsässischer Seite habe ich wiederholt gehört:

So wie die Verhältnisse jetzt liegen, kann uns nur einer helfen, das ist der Kaiser.

(Große Bewegung.)

Zeuge Landgerichtsrat Kalisch (Offizier des Beurlaubtenstandes) erklärt: Die Verhaftungen von jungen Leuten, wie ich sie damals ansah, kamen mir etwas ungewöhnlich oder etwas ungeheuerlich vor, daher unsere große Erregung. Das Vorgehen des Militärs war meines Erachtens ungesetzlich, weitergehen konnte ich auch nicht, da jeder Durchgang vom Militär abgesperrt war. So war ich veranlaßt, stehen zu bleiben. Meine Äußerungen sind geschehen in der Absicht, daß sie von dem vorgehenden Offizier gewürdigt werden. Ich sagte wohl: Ich will doch nur sehen, wer mich verhindern will, hier stehen zu bleiben, hier vorzugehen, ist Sache der Polizei und nicht des Militärs. Daraufhin der Leutnant zu seinen Leuten: Verhaften Sie den Mann, und dann die Abführung nach der Kaserne. Ich würde sicher auch heute wieder so handeln, wenn es veranlaßt wäre.

Letzte Drahtberichte.

Zum Fall Zabern.

△ **Straßburg,** 7. Januar. (Eig. Drahtber. d. „Wiesb. Tagbl.") Wie Straßburger Blätter mitteilen, soll es nunmehr feststehen, daß der Statthalter, nachdem der Kaiser General Deimling zugestimmt hatte, seine Demission einreichte, ebenso mit ihm auch Staatssekretär Zorn von Bulach und ein Unterstaatssekretär. Der Statthalter verlangte, daß das 99. Infanterie-Regiment Zabern verlasse und ebenso, daß General v. Deimling versetzt werde; nur unter diesen Bedingungen würde die elsaß-lothringische Regierung auf ihrem Posten bleiben. Der Kaiser soll schon, bevor der Reichskanzler nach Donaueschingen kam, seine Entschließungen getroffen haben und die Reise ganz unnütz gewesen sein. Das Regiment wurde versetzt und General v. Deimling wird in kürzester Zeit Straßburg verlassen. Es sei deshalb auch erklärlich, daß Staatssekretär v. Bulach in einem Telegramm gesagt haben soll, daß ein „Rücktritt jetzt" nicht mehr **notwendig** sei.

Keine Einstellung elsässischer Freiwilliger?

Metz, 7. Januar. (Eig. Drahtber. d. „Wiesb. Tagbl.".) Pressenachrichten zufolge hat die Militärverwaltung beschlossen, keine elsässischen Freiwilligen bei den Regimentern einzustellen.

Der Fall Jagow im preußischen Landtag.

Berlin, 7. Januar. (Eigener Bericht des „Wiesbadener Tagblatts".) Wie wir erfahren, rechnet man in Regierungskreisen damit, daß der Fall Jagow in den ersten Tagen des Zusammentritts des Landtags im preußischen Abgeordnetenhaus zur Sprache gebracht wird. Der Minister des Innern wird dann die Meinung der Regierung darüber darlegen.

Der Geburtstag des Königs von Bayern.

wb. **München,** 7. Januar. Die Stadt ist anläßlich des Geburtstages des Königs reich beflaggt. Die Feier wurde mit einer Tagesreveille und einem Salutschießen der Artillerie eingeleitet. Für die Truppen beider Konfessionen fanden Festgottesdienste im Dom und in der Matthäuskirche statt. Dem Pontifikalamt im Dom wohnte auch der König mit sämtlichen Mitgliedern der königlichen Familie bei. Die Königin war der Feier wegen des sehr unfreundlichen winterlichen Wetters ferngeblieben. Außerdem hatten sich zu dem Festgottesdienst, bei dem der Erzbischof v. Bettinger zelebrierte, eingefunden: sämtliche Staatsminister, die Mitglieder des diplomatischen Korps, die obersten Hof- und Staatswürdenträger, die Präsidien der beiden Kammern und eine Deputation der städtischen Kollegien. Nach dem Festgottesdienst begab sich der König nach der Briener-Straße, wo er die Parade über die Garnison abnahm. Gegen 10 Uhr fuhr der König unter lebhaften Hochrufen der Menge nach dem Wittelsbacher Palais. Heute nachmittag fand eine Galatafel statt, wobei der Kronprinz in herzlichen Worten den Trinkspruch auf seinen Vater ausbrachte.

Neue bayerische Briefmarken.

** **München,** 7. Januar. In Bayern werden anfangs März Königsmarken, die bisher noch nicht existierten, ausgegeben. Zurzeit werden in der bayerischen Staatsdruckerei noch Versuche mit einem neuen Verfahren in Kupfertiefdruck gemacht.

Zum Zusammentritt der Rüstungskommission.

Berlin, 7. Januar. (Eigener Bericht des „Wiesbadener Tagblatts".) Heute trat der Geschäftsordnungsausschuß der Rüstungskommission im Reichstagsgebäude zusammen, um für die folgende Tagung der Kommission die Vorbereitungen zu treffen. Morgen Donnerstag 1½ Uhr versammelt sich die Kommission unter dem Vorsitz des Staatssekretärs des Innern Dr. Delbrück zur Fortsetzung ihrer Beratungen. Für morgen sind die Vorträge der Herren Gompertz, des Generaldirektors der deutschen Waffen- und Munitionsfabriken, und Mauser, des Inhabers der Mauserschen Waffenfabriken, vorgesehen. Am letzten Tage, am Samstag, soll eine Besichtigung der deutschen Waffen- und Munitionsfabrik durch die Mitglieder der Kommission stattfinden.

Zum Tode des Oberverwaltungsgerichtspräsidenten v. Bitter.

wb. **Berlin,** 7. Januar. Heute vormittag fand bei sehr zahlreicher Beteiligung in der Kirche des Invalidenhauses in der Scharnhorststraße die Trauerfeier und sodann auf dem Invalidenfriedhof die Beisetzung des Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts v. Bitter statt. Eine Kompagnie des 2. Garde-Regiments zu Fuß stellte mit Musik und Fahne die

Trauerparade. Mehrere Minister und viele hohe Beamte waren anwesend. Zahlreiche Kränze waren am Sarge niedergelegt, darunter solche des Kaisers, der Seehandlung, des Oberverwaltungsgerichts, der Generalsynode der Provinz Posen und der Deutschen Gesellschaft für Kunst und Wissenschaft in Posen. Die Gedächtnisrede hielt der erste Pfarrer, Geh. Konsistorialrat Conrad.

Graf Mielzynski hat sein Reichstagsmandat niedergelegt.

** **Berlin**, 7. Januar. Der unter dem Verdacht des Gattenmordes in Untersuchungshaft in Grätz befindliche Reichstagsabgeordnete Graf Mielzynski hat, wie verlautet, sein Mandat zum Reichstag niedergelegt.

Der Vortrag eines dänischen Sozialdemokraten verboten.

** **Flensburg**, 7. Januar. In Flensburg sollte am Freitagabend bei einer Versammlung der Flensburger Sozialdemokratie der Präsident der Sozialdemokratischen Partei in Dänemark, Vizepräsident des dänischen Folketing und Stadtverordneter in Kopenhagen, Stauning, einen Vortrag halten über das Thema „Das Wahlrecht in Dänemark und dessen bevorstehende Erweiterung im Vergleich zum Wahlrecht in Preußen". Der Regierungspräsident in Schleswig hat das Auftreten des dänischen Sozialdemokraten untersagt; er darf in Flensburg weder in dänischer, noch in deutscher Sprache reden.

Der Belagerungszustand über Valona verhängt.

wb. **Valona**, 7. Januar. (Wiener Korr.-Bur.) Über Valona ist gestern der Belagerungszustand verhängt worden.

** **Wien**, 7. Januar. Es wird hier als zweifellos angesehen, daß der Belagerungszustand zu dem Zweck über Valona verhängt wurde, um eine Landung Izzet-Paschas, der bereits unterwegs sein soll, zu verhindern. Es scheint, wie in unterrichteten Kreisen mitgeteilt wird, daß das Bestreben gewisser türkischer Kreise dahin geht, die ruhige Entwickelung in Albanien zu gefährden.

Verhandlungen zwischen Essad-Pascha und Izzet-Pascha?

wb. **Brindisi**, 7. Januar. (Agencia Stefani.) Im Hotel International sollen sich drei unbekannte Personen aus Durazzo aufhalten, die vermutlich von Essad-Pascha beauftragt sind, mit den Abgesandten Izzet-Paschas, die morgen aus Konstantinopel eintreffen sollen, zusammenzukommen. — Im Hafen befindet sich kein Schiff mit verdächtiger Ladung.

Keine Abberufung des türkischen Botschafters in Berlin.

×× **Berlin**, 7. Januar. (Eig. Drahtber. d. „Wiesb. Tagbl.".) Der „Lokalanzeiger" erfährt aus bestunterrichteter Quelle, daß die Nachrichten, die über die Abberufung des hiesigen türkischen Botschafters zirkulieren, sowie die Kommentare, zu denen diese Nachrichten Anlaß gaben, jeder Begründung entbehren.

Die großen Personalveränderungen in der türkischen Armee.

□ **Konstantinopel**, 7. Januar. (Eig. Drahtber. d. „Wiesb. Tagbl.".) Der heutige „Tanin" bestätigt, daß 280 Generale, Obersten und Oberstleutnants durch den Kriegsminister Enver-Pascha verabschiedet wurden. Ein deutscher Offizier wird Unterchef im Generalstab. Enver-Pascha entfaltet eine fieberhafte Tätigkeit.

Falsche Nachrichten über ein rumänisch-serbisches Bündnis.

○ **Budapest**, 7. Januar. (Eig. Drahtber. d. „Wiesb. Tagbl.".) Der „Pesti Hirlap" veröffentlicht heute den Inhalt eines angeblich zwischen Rumänien und Serbien am 10. Juni 1913 abgeschlossenen Offensiv- und Defensivbündnisses, das eine Teilung Ungarns in rumänische und serbische Interessensphären enthält. Von unterrichteter Seite wird festgestellt, daß man es hier mit einer Fälschung zu tun hat. Die Nachricht wurde verbreitet in der Absicht, Mißtrauen zwischen Rumänien und Ungarn zu säen.

Zur „Parsifal"-Aufführung in Berlin.

Berlin, 7. Januar. (Eig. Drahtber. d. „Wiesb. Tagbl.".) Der Kaiser hat durch den Grafen von Hülsen-Haeseler den Künstlern des Königlichen Opernhauses, die bei der ersten „Parsifal"-Aufführung mitwirkten, seinen Dank aussprechen lassen.

Trauung auf dem Totenbett.

** **Gelsenkirchen**, 7. Januar. Im Gefängnis explodierte gestern eine Petroleumlampe; dabei wurde ein Gefangener so schwer verbrannt, daß er nach kurzer Zeit starb. Bevor der Tod eintrat, ließ er sich mit seiner Braut trauen.

10 Grad Kälte in Oberitalien.

wb. **Mailand**, 7. Januar. Die Kälte in der vergangenen Nacht hat in ganz Oberitalien 10 Grad erreicht.

Selbstmord eines Hausbesitzers.

** **Berlin**, 7. Januar. In einem Hotel am Potsdamer Platz hat sich gestern der 37 Jahre alte Apotheker Dr. phil. Lothar Kante, der Inhaber der Apotheke „Zum goldenen Adler" in der Alexandrinenstraße, erschossen. Dem Lebensmüden war als Hausbesitzer eine Hypothek von 30 000 M. gekündigt worden.

** **Berlin**, 7. Januar. Prinz Friedrich Leopold von Preußen, der seit längerer Zeit leidend ist, muß auf Anraten der Ärzte den diesjährigen Hoffestlichkeiten fernbleiben.

** **Berlin**, 7. Januar. Der Magistrat hat bei der Stadtverordnetenversammlung eine Erhöhung des Dispositionsfonds um 200 000 M. beantragt. Für den für unvorhergesehene Fälle zur Verfügung gestellten Fonds sind im Etat für 1913 600 000 M. vorgesehen.

** **München**, 7. Januar. Der bayerische Staatsrat a. D. Harimann, langjähriger stellvertretender Bevollmächtigter beim Bundesrat, ist im Alter von 67 Jahren gestorben.

§ **Dresden**, 7. Januar. (Eigener Bericht des „Wiesbadener Tagblatts".) Kronprinz Georg von Sachsen ist an Influenza erkrankt.

wb. **Wien**, 7. Januar. In Anwesenheit des Kaisers, zahlreicher Erzherzöge und Erzherzoginnen wurde die Taufe der am 3. Januar geborenen Tochter des Erzherzogs Karl Franz Joseph vollzogen. Die Erzherzogin erhielt den Namen Adelheid.

wb. **Belgrad**, 7. Januar. Die Handels- und Industriekammern haben nach eingehenden Verhandlungen Gutachten abgegeben, daß die Strecken der Orientbahn, die sich auf serbischem Gebiet befinden, von Serbien aufzukaufen und in eigenen Betrieb zu übernehmen seien. Falls diese Lösung unmöglich sei, müsse Serbien das Recht der Tarifbemessung auf diesen Strecken sich vorbehalten.

** **Hamburg**, 7. Januar. Der verschwundene großherzoglich hessische Generalkonsul und Großkaufmann Kempff aus Hamburg soll sich in einem Sanatorium bei München aufhalten.

wb. **Brüssel**, 7. Januar. In der Nähe des Nordbahnhofes wurde die Zimmervermieterin Lauvrain in ihrer Wohnung erdrosselt aufgefunden. Ein bei ihr wohnender Engländer namens Wilson, der jetzt verschwunden ist, gilt als der Mörder.

wb. **Leeds**, 7. Januar. Heute nacht fand in der Nähe der Tür des Kesselhauses des Elektrizitätswerkes in Crown Point eine Explosion statt. Der Schaden ist unbedeutend. Es soll sich um einen Versuch gehandelt haben, die Fabrik zu zerstören.

≡ Reklamen. ≡

Angesichts der Verteuerung der meisten Genußmittel ist auf die Billigkeit von

SANG-HO TEE

besonders hinzuweisen. Diese fachgemäße Mischung ausschließlich **britisch-indischer** Tees steht qualitativ so hoch, daß sie den weitgehendsten Ansprüchen zu genügen vermag. Dabei stellt sich infolge der außergewöhnlichen Ausgiebigkeit eine Tasse Sang-Ho Tee auf kaum über **1 Pfg.** Gratisproben bei **Friedrich Groll, Wiesbaden, Goethestraße 13,** Ecke Adolfsallee, **Telephon Nr. 505.** 181

Handelsteil.

Der Weinbau Deutschlands.

Das Kaiserliche statistische Amt hat soeben ein Werk über die deutsche Landwirtschaft veröffentlicht, das die Hauptergebnisse der Reichsstatistik auf allen Gebieten der Landwirtschaft zusammenfaßt. Ein Abschnitt darin ist auch dem deutschen Weinbau gewidmet. Seine Gebiete stehen zwar denjenigen einiger anderen Staaten an Ausdehnung erheblich nach, umfassen aber immerhin nach den neuesten Aufnahmen 168 840 Hektar oder 0.2 vom Hundert der Gesamtfläche des Reichs. Vermöge der in der Regel alle zehn Jahre stattfindenden Ermittelungen über die Bodenbenutzung und der jährlichen Anbaustatistik ist es möglich, den Umfang des Weinbaues und dank besonderen Schätzungen in den Weinbaugemeinden auch seine Erträge nach der Menge des Mostes zu verfolgen. Die Erntefläche des Weines, in der nur die im Ertrage stehenden Weinberge einbegriffen sind, hat sich im Reichsgebiet wenig verändert und im Laufe der Jahre stets annähernd 110 000 bis 120 000 Hektar betragen. Die letzten Jahre zeigen eine leichte Neigung zur Abnahme der Weinbaufläche. Die Erträge der einzelnen Jahrgänge unterlagen nach dem Wetter und dem Einfluß von Schädigungen großen Schwankungen. Nach dem Ergebnis der letzten zehn Jahre kann in Deutschland eine Ernte von 2.7 Hektoliter und 107 Millionen Mark an Wert des Mostes als Durchschnittsernte angesehen werden. Nicht mitberücksichtigt ist hierin der Ertrag von Speisetrauben, deren Verkauf nicht viel einbringt. Welche Unterschiede die Erträge aufweisen, zeigen die beiden Jahre 1910 und 1911. Im letzteren Jahre erreichte der Wert des Mostes seinen bis dahin höchsten Stand von 175 Millionen, während das Jahr 1910 nur einen Wert von 58 Millionen lieferte. Am Weinbau sind nur sechs deutsche Staaten erwähnenswert beteiligt. Die größte Rebfläche haben die Reichslande. Doch dem Wert des Mostes nach geht Preußen voran, dessen Moselweine ihm diesen Rang verschaffen. Im Mittel der Jahre 1908/12 entfallen von 24 Millionen Wert des Mostes allein 16 Millionen auf das Mosel-, Saar- und Ruwergebiet, und nur 3 Millionen auf den Rheingau. Gleich nach Preußen folgt dem Wert des Mostes nach Bayern, und zwar infolge der Weine der Pfalz. Es schließen sich an nach dem Wert der Ernten Elsaß-Lothringen, Hessen, Baden, Württemberg. Die meisten Weinbaubetriebe sind nur von geringem Umfang. Der Weinbau erfolgt also ganz überwiegend im kleinen. Der größte Teil der Winzer sind Landwirte. Doch haben auch Gewerbetreibende, Handwerker, Kaufleute, Arbeiter und andere Personen Rebgelände in ihrer Bewirtschaftung.

Berliner Nachbörse.

$ **Berlin**, 7. Januar. (Per Ultimo.)

Kreditaktien	204—	Kanada	215 1/8	Rhein. Stahlw.	154 1/2
Hand.-Gesell.	157 1/8	Orientbahn	200	Rombacher	153—
Commerzbank	108—	Meridional	—	Paketfahrt	133 3/8
Darmstädt. Bank	116 1/2	Pennsylvania	—	Hambg.-Südam.	167 1/4
Deutsche Bank	251—	Henri	157 3/8	Hans.-Dmpfsch.	272 3/4
Disk.-Kommand.	188—	4%Russen(1902)	—	Lloyd	117 3/8
Dresdner Bank	153 1/8	Türkenlose	171	Dynamit-Trust	175 1/2
Nationalbank	117 1/4	Aumetz-Friede	159—	Naphtha-Nobel	395 1/2
Schaaffhausen	101 3/4	Bochumer	214 1/2	Allg. Elektrizität	240 1/4
Pet. Int. Hdlsbk.	204 1/4	Luxemburger	134 1/4	D.-Uebersee El.	169 1/2
Läb.-Büchener	—	Gelsenkirchen	186 1/4	Siemens	225 1/4
Schantungbahn	128 1/2	Harpener	175 1/8	Schuckert	154—
Lombarden	22 1/2	Hohenlohewrk.	134 1/2	Ges. f. elektr. Unternehmungen	165 1/8
Anatolier	117 1/2	Laurahütte	154 1/4		
Baltimore	88 1/2	Phönix	237—	South-Westafr.	114 7/8

Frankfurter Nachbörse.

= **Frankfurt a. M.**, 7. Januar. Kurse von 1¾ bis 2¾ Uhr. Kreditaktien 204—, Disconto-Commandit 187¾, Dresdner Bank —.—, Petersb. Int. Handelsbank 205¼, Staatsbahn 154¾, Lombarden 22⅛ a ⅜, Baltimore und Ohio 88⅜, Nordd. Lloyd —.—, Paketfahrt —.—, Gelsenkirchener 186¾, Phönix 237½ a ¼, Edison 240¾.

Banken und Geldmarkt.

= **Ein Wehrbeitragskursbuch der Mitteldeutschen Creditbank.** Die Mitteldeutsche Creditbank, Frankfurt a. M.-Berlin, die bekanntlich in Wiesbaden eine Filiale unterhält, hat ein Wehrbeitragskursbuch über die Kurse per 31. Dezember 1913 der an den Börsen in Frankfurt a. M., Berlin, Düsseldorf, Essen, Hannover und München notierten Dividendenpapiere für die Ausrechnung des Wehrbeitrags herausgegeben.

* **Börsenvorstand Frankfurt a. M.** Die Handelskammer hat Herrn Friedrich Reinhart, Direktor der Mitteldeutschen Creditbank, in den Börsenvorstand gewählt.

* **Dortmunder Stadtanleihe.** 8 Mill. M. Dortmunder Stadtanleihe wurden von einer unter Führung der Disconto-Gesellschaft stehenden Gruppe übernommen.

* **Eine Anleihe der Verein. Hüttenwerke Burbach-Eich-Düdelingen, A.-G.** Blättermeldungen zufolge ist bei dem Unternehmen eine Anleihe mit etwa 40 Mill. Franken in Aussicht genommen, wovon die umlaufenden Bonds zurückgezahlt und aus dem restlichen Betrag die Kosten für die Neuanlagen, hauptsächlich für das neue Stahlwerk auf Esch, sowie bei dem Eschweiler Bergwerksverein bestritten werden sollen.

Die Bewegung der Warenpreise im Jahre 1913.

Auch zu Beginn des neuen Jahres hat die Deutsche Bank graphische Tabellen über die Preisentwicklung der wichtigsten Waren im abgelaufenen Jahre herausgegeben. Zum Vergleich sind wieder die beiden Vorjahre herangezogen, wodurch das Bild noch anschaulicher wird. Auch die Notizen über die höchsten und niedrigsten Preise, sowie die letzten Preise eines jeden Monats, und zwar ebenfalls für die letzten drei Jahre, sind den graphischen Darstellungen wieder vorangestellt. Bei Weizen und Mais sind diesmal die Preiskurve von Chicago (früher New York), dem bedeutend wichtigeren Getreideplatz, zugrunde gelegt. Neu hinzugefügt ist eine Tabelle über den Verlauf der Berliner Kupfernotierung. Für die in den graphischen Darstellungen der Deutschen Bank aufgeführten 18 Waren ergibt sich folgendes Bild:

	Höchster Preis 1912	1913	Niedrigster Preis 1912	1913	Letzter Preis 1912	1913
Weizen (Berl.)	237 1/2 M	213 1/4 M	203 1/2 M	185 1/2 M	205 1/2 M	191 M
Weizen (Chic.)	118 1/4 c	95 c	83 1/4 c	72 1/4 c	87 1/4 c	83 3/4 c
Roggen (Ber.)	208 M	177 1/4 M	168 1/2 M	154 M	183 M	155 M
Mais (Chic.)	78 7/8 c	78 7/8 c	47 1/4 c	48 5/8 c	48 1/4 c	69 1/4 c
Schmalz (Chic.)	11,90 $	11,87 $	9,95 $	9,45 $	9,65 $	10,50 $
Zucker (Magdeb.)	33,20 M	20,90 M	18,50 M	17,65 M	19,00 M	18,00 M
Kaffee (Hamb.)	72 1/2 ₰	68 1/4 ₰	61 1/2 ₰	44 1/2 ₰	68 1/2 ₰	50 1/4 ₰
Gummi (Lond.)	5s 2d	4s 7d	4s 9d	3s 1/2 d	4s 6d	3s 1 1/2 d
Baumw. (Brem.)	70 1/4 ₰	74 ₰	47 1/4 ₰	60 3/4 ₰	65 3/4 ₰	65 ₰
„ (Liverp.)	7,27 d	7,67 d	4,98 d	6,12 d	6,89 d	6,76 d
Wolle (Antw.)	5,95 fr	6,92 1/2 fr	5,92 1/2 fr	5,87 1/2 fr	5,90 fr	6,17 1/2 fr
Jute (London)	27 £	36 1/4 £	20 £	25 7/8 £	26 £	35 1/4 £
Salpeter (Hamb.)	11,25 M	12 M	9,75 1/2 M	9,80 M	11,20 M	10,12 1/2 M
Petrol. in bulk.	5,0 c	5,25 c	3,85 c	4,70 c	4,80 c	5,25 c
„ Rohöl (N. Y.)	2,00 $	2,50 $	1,35 $	2,00 $	2,00 $	2,50 $
Roheisen (Glasg.)	6 s 3 1/2 d	70 s	49 s 9 1/2 d	48 s 0 1/2 d	67 s 6 d	50 s 1 1/2 d
Silber (Lond.)	29 11/16 d	23 3/4 d	25 1/16 d	25 13/16 d	29 d	26 3/8 d
Kupfer (Lond.)	79 7/16 £	77 1/2 £	61 £	62 1/2 £	76 7/8 £	66 1/16 £
„ (Berl.)	163 M	155 3/4 M	125 M	125 1/2 M	153 1/4 M	134 3/4 M
Zinn (Lond.)	231 3/4 £	231 1/2 £	184 £	167 3/4 £	229 1/2 £	170 5/8 £
Zink (Lond.)	27 5/8 £	26 7/8 £	25 £	20 3/4 £	26 3/8 £	21 5/8 £
Blei (Lond.)	24 £	21 1/2 £	15 7/8 £	16 £	17 11/16 £	18 1/2 £

Industrie und Handel.

w. **Siemens u. Halske, A.-G.** Berlin, 7. Januar. In der Generalversammlung der Siemens u. Halske A.-G., in welcher 20 Aktionäre 50 124 000 M. vertraten, wurde die Tagesordnung glatt erledigt. In bezug auf die Ausrichten im laufenden Geschäftsjahr wurde seitens der Verwaltung mitgeteilt, daß die Anzahl der Beschäftigten seit Beginn des Geschäftsjahres in den einzelnen Abteilungen etwas zurückgegangen, in den anderen aber um so viel mehr gewachsen ist, so daß insgesamt eine höhere Anzahl Leute im Betriebe stehe. Der Bestellungseingang war in den ersten vier Monaten merklich höher als im Vorjahr. Bei den Siemens und Schuckerwerken hielt die Wendung zum Besseren an. Seit Ausgabe des Geschäftsberichts ist die Anzahl und die Höhe der Debitoren teils infolge des gespannten Geldstandes gewachsen, doch bestehe einstweilen kein Kapitalbedarf.

w. **Heinrich Lanz, Maschinenfabrik.** Mannheim, 7. Jan. Die Firma Heinrich Lanz, Maschinenfabrik in Mannheim, hat von den im Jahre 1912 an die Rheinische Kreditbank in Mannheim begebenen Schuldverschreibungen im Nennwerte von 12 Mill. M. zwecks vorzeitiger Tilgung den zehnten Teil, nämlich 1 200 000 M., freihändig zurückgekauft.

* **Ein „Verband der Detaillisten der Textilbranche Deutschlands"** mit dem Sitz in Berlin soll ins Leben gerufen werden. Diese Gründung wird von den maßgebenden großen „Detaillisten-Verbänden" Deutschlands angeregt. Die Einladung zu einer großen, demnächst nach Berlin einzuberufenden Versammlung von Vertretern der „Detaillisten-Verbände" geht vom „Detaillisten-Verband von Rheinland und Westfalen" aus.

* **Neuer Wettbewerb in der Tüllindustrie.** Neuer Wettbewerb ist dem deutschen, französischen und englischen Tüllgewerbe durch die Errichtung einer Tüllfabrik in der Schweiz, wo es eine solche bisher nicht gab, entstanden. Das betreffende Werk, welches seinen Sitz in Münchwilen hat, wird in kürzester Zeit in Betrieb gesetzt werden. Da allein die schweizerischen Stickereien sehr großen Bedarf an Tüll haben, ist an der Blüte dieses neuen Unternehmens wohl kaum zu zweifeln.

* **Einigung in der nordostdeutschen Kalkindustrie.** Sämtliche nord- und ostdeutschen Kalkwerke haben sich entsprechend dem Vorgehen der übrigen Bezirke zu einem Verkaufskartell nordostdeutscher Kalkwerke bis Ende 1918 zusammengeschlossen.

Handelsregister Wiesbaden.

In das Handelsregister B Nr. 246 wurde bei der Firma: „Wiesbadener Juwelen-Gesellschaft mit beschränkter Haftung" mit dem Sitze zu Wiesbaden eingetragen: Die den Kaufleuten Wilh. Heiss, Walter Böttcher und Alfons Klippenstein zu Wiesbaden erteilte Prokura ist erloschen.

In das Handelsregister A Nr. 1312 wurde die Firma: „Wiesbadener Likörfabrik Franz Schröpfer" mit dem Sitz in Wiesbaden und als alleiniger Inhaber der Kaufmann Franz Schröpfer in Wiesbaden eingetragen.

Schiffs-Nachrichten

über Bewegung und Ankunft der Dampfer vom 1. Januar bis 5. Januar 1914.

Dampfer:	Herkunft bezw. Reiseziel:	Ankunft bezw. Weiterfahrt:
Norddeutscher Lloyd in Bremen. F 319		
Hauptagent für Wiesbaden J. Chr. Glückhlich, Wilhelmstraße 56.		
Scharnhorst	nach New York	Jan. 4. Dover passiert.
Rhein	nach Baltimore	„ 4. in Baltimore.
Koln	nach Bremen	„ 4. in Genua.
Thüringen	nach Bremen	„ 4. in Antwerpen.
Ulrich	nach Australien	„ 5. in Brisbane.
Westfalen	nach Australien	„ 5. in Sydney.
Bremen	nach Bremen	„ 5. von Plymouth.
Deutsche Ostafrika-Linie. F 317		
Bureau: Amtl. Reisebureau L. Rettenmayer, Kaiser Friedr.-Platz 1.		
Lulu Hohlen	auf der Heimreise	Jan. 3. Borkum Riff p.
Arnold Ansmann	„ „ Heimreise	„ 3. in Cap Lopez.
Aline Woermann	„ „ Ausreise	„ 3. Cap Lopez pass.
Gundomar	„ „ Ausreise	„ 3. in Cape Coast C.
Ostafrika	„ „ Heimreise	„ 5. in Lome.
Answald	„ „ Ausreise	„ 5. von Dakar.
Stoomvaart Maatschappy Nederland Amsterdam. 31		
Passage- und Reisebureau Bern & Schottenfels, Hotel Nassau.		
Boeton	auf der Heimreise	Jan. 1. von Ymuiden.
Boeton	„ „ Heimreise	„ 1. in Amsterdam.
Prinses Juliana	„ „ Heimreise	„ 1. von Colombo.
Vondel	„ „ Ausreise	„ 2. von Genua.
Karimata	„ „ Heimreise	„ 2. in Hamburg.

Die Morgen-Ausgabe umfaßt 16 Seiten und die Verlagsbeilage „Der Roman".

Übertragung: A. Hegerhorst.

Verantwortlich für den politischen Teil: A. Hegerhorst; für Feuilleton: H. v. Rauenhorst; für Aus Stadt und Land: C. Rötherdt; für Gerichtssaal: H. Diefenbach; für Sport und Spiel: A. Schulder; für Vermischtes und Briefkasten: C. Lodacker; für Handel und Letzte Drahtberichte: W. Sch; für die Anzeigen und Reklamen: H. Dornauf; Sämtlich in Wiesbaden.
Druck und Verlag der L. Schellenberg'schen Hof-Buchdruckerei in Wiesbaden.

Sprechstunde der Redaktion: 12 bis 1 Uhr; in der politischen Abteilung von 10 bis 11 Uhr.

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21
„Tagblatt-Haus".
Schalter-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Wöchentlich 12 Ausgaben.

Fernruf:
„Tagblatt-Haus" Nr. 6650-53.
Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntags.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 70 Pfg. monatlich, M. 2.— vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Bringerlohn. M. 3.— vierteljährlich durch alle deutschen Postanstalten, ausschließlich Bestellgeld. — Bezugs-Bestellungen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Zweigstelle Bismarckring 29, sowie die Ausgabestellen in allen Teilen der Stadt; in Biebrich: die dortigen Ausgabestellen und in den benachbarten Landorten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.

Anzeigen-Preis für die Zeile: 15 Pfg. für lokale Anzeigen im „Arbeitsmarkt" und „Kleiner Anzeiger" in einheitlicher Satzform; 20 Pfg. in davon abweichender Satzausführung, sowie für alle übrigen lokalen Anzeigen; 30 Pfg. für alle auswärtigen Anzeigen; 1 Mk. für lokale Reklamen; 2 Mk. für auswärtige Reklamen. Ganze, halbe, drittel und viertel Seiten, durchlaufend, nach besonderer Berechnung. — Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen in kurzen Zwischenräumen entsprechender Rabatt.

Anzeigen-Annahme: Für die Abend-Ausg. bis 12 Uhr mittags; für die Morgen-Ausg. bis 3 Uhr nachmittags. Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatts: Berlin-Wilmersdorf, Güntzelstr. 66, Fernspr.: Amt Uhland 450 u. 451. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Donnerstag, 8. Januar 1914. **Abend-Ausgabe.** Nr. 12. • 62. Jahrgang.

Die preußische Thronrede.

Der günstige Stand der Staatsfinanzen. Stärkung des Arbeitsmarkts durch Staatsaufträge. Gehaltsaufbesserungen für Assistenten und Unterbeamte. Das Wohnungsgesetz. Jugendpflege. Verwaltungsreform. Kommunalabgabengesetz. Ausgrabungsgesetz. Fideikommißgesetz. Nichts von der Wahlreform!

wb. **Berlin**, 8. Januar. (Drahtbericht.) Bei der heutigen Eröffnung des preußischen Landtags verlas Ministerpräsident v. Bethmann-Hollweg folgende Thronrede: Von Seiner Majestät dem Kaiser und König zu neuer Tagung einberufen, treten heute beide Häuser des Landtags zusammen, um gemeinsam mit der Staatsregierung für das Wohl des Landes zu arbeiten. Die Staatsfinanzen befinden sich auf dem Wege völliger Gesundung. Das Etatsjahr 1912 ergab einen Überschuß von 29 Millionen Mark, zu dem noch eine Rücklage von 173 Millionen Mark für den Ausgleichsfonds der Eisenbahnverwaltung hinzutritt. Der Staatshaushalt für das laufende Jahr, in dessen Voranschlag zum ersten Male wieder die Einnahmen und Ausgaben im Gleichgewicht standen, läßt gleichfalls befriedigende Ergebnisse erwarten. Neuerdings wurde zwar, dem Gange des Wirtschaftslebens folgend, ein Nachlassen in der Entwickelung der Staatserträgnisse bemerkbar. Der Haushalt ist derart gekräftigt, daß auch im Voranschlag für 1914 die Ausgaben in den Einnahmen volle Deckung finden und für einen Eisenbahnausgleichsfonds noch eine angemessene Rücklage vorgesehen werden kann. Dabei ist der Fonds für außerordentliche Auslagen so reichlich ausgestattet, daß eine erwünschte Stärkung des Industriemarktes und des Arbeitsmarktes durch Staatsaufträge ermöglicht ist. Dem Vorgehen des Reiches entsprechend, konnten etatsmäßige Mittel für die Aufbesserung der Besoldung einzelner Beamtengruppen bereit gestellt werden. Es wird Ihnen deshalb ein Gesetzentwurf zugehen, der für den geringer besoldeten Teil der Unterbeamten sowie für die Assistenten und die mit dieser Besoldungsklasse zusammenhängenden Beamtengruppen Gehaltserhöhungen vorsieht. Für die Erweiterung und bessere Ausrüstung des Staatseisenbahnnetzes sowie für den Bau von Kleinbahnen wird auch diesmal eine umfangreiche Vorlage unterbreitet. Die wirtschaftliche Entwicklung und die sie begleitenden Verschiebungen der Bevölkerung führten vielfach zu unbefriedigenden Zuständen in den Wohn- und Unterkunftsverhältnissen der minderbemittelten Schichten. Durch den Ihnen zugehenden Entwurf eines Wohnungsgesetzes sollen die gesetzlichen Grundlagen für eine nachhaltige Verbesserung der Zustände geschaffen werden. Die Jugendpflege hat sich auch in diesem Jahre erfreulich entwickelt; zu ihrer weiteren Förderung wurden die im Kultusetat eingestellten Mittel nicht unerheblich erhöht. Auf dem Gebiete der Verwaltungsreform schritten die Arbeiten so weit fort, daß die bedeutsamste der beabsichtigten Vorlagen, der Entwurf einer umfassenden Novelle zum Landesverwaltungsgesetz, nunmehr zur Beschlußfassung vorgelegt werden kann. Dieser Reform dienen zum Teil auch Vorschläge, die für eine Verbesserung des Abgabenwesens der Gemeinden und Kommunalverbänden in Aussicht genommen sind. Daneben soll die gesetzliche Ordnung des Kommunalabgabenwesens in zahlreichen Einzelheiten den Bedürfnissen des praktischen Lebens und den Hinweisen der Rechtsprechung entsprechend fortgebildet oder nach der veränderten Rechtslage ergänzt werden. Im Anschluß an die Novelle zum Landesverwaltungsgesetz wird Ihnen ein Gesetzentwurf über die Feststellung der Zuständigkeit beim Volks- und Privatschulwesen zugehen. Der im Vorjahr nicht mehr zur Verabschiedung gelangte Entwurf eines Ausgrabungsgesetzes wird wiederum vorgelegt werden. Eine Neuordnung des Rechtes der Familienfideikommisse ist begonnen, um an Stelle des bestehenden unübersichtlichen Rechtszustandes ein einheitliches, der Entwicklung des Wirtschaftslebens entsprechendes Recht zu setzen. Der zu diesem Zweck aufgestellte, umfassende Gesetzentwurf, der sich auch auf Familienstiftungen erstreckt, wird Ihnen zur Beschlußfassung alsbald unterbreitet werden. Schließlich wird Sie der Entwurf eines Grundverteilungsgesetzes beschäftigen. Er ist dazu bestimmt, der unverantwortlichen Verschlagung ländlicher Grundstücke entgegenzutreten, auf der anderen Seite aber die Teilung solcher Grundstücke zur Förderung der inneren Kolonisation zu erleichtern. Es sind hiernach gesetzgeberische Maßnahmen von großer Tragweite für das Wirtschaftsleben und den kulturellen Fortschritt unseres Volkes, die neben einer zeitgemäßen Reform der Verwaltungseinrichtungen den Gegensatz Ihrer Beratungen bilden werden.

Dank der gemeinsamen Bemühungen der Großmächte wurde der Weltfrieden, dessen Störung auch unserer nationalen Wohlfahrt die schwersten Wunden schlagen würde, erhalten und gesichert. Auf dieser Grundlage wird auch Ihre Arbeit eine nutzbringende sein und dem Vaterlande — darauf können wir vertrauen — zum Segen gereichen.

Indem ich Sie im Auftrage des Kaisers willkommen heiße, erkläre ich auf Allerhöchsten Befehl den Landtag der Monarchie für eröffnet.

Eine kritische Lage.

Prophezeien ist unratsam, aber man hat so seine Vermutung, wie der Straßburger Prozeß ausgehen wird. Auch über diese Vermutung spricht man lieber nicht; es ist übrigens nicht nötig, da ein gemeinsames Grundgefühl bei allen aufmerksamen Lesern vorausgesetzt werden kann. Soviel ist zu sagen schon jetzt gestattet, daß, wenn der Oberst v. Reuter aus diesem Prozeß mit einigermaßen heiler Haut hervorgehen sollte, die persönlichen wie die politischen Folgen erheblich sein müßten. Der anscheinend nur mühsam unterdrückte Gegensatz zwischen den Zivilbehörden und den militärischen Gewalten in Elsaß-Lothringen würde sich erneut verschärfen, wenn man nicht eher sagen soll: er ist schon so scharf, daß eine Steigerung kaum noch möglich zu sein scheint. Im Prozeß selbst vollzieht sich ein leidenschaftliches Ringen zwischen beiden Parteien (so muß es genannt werden) und der Gerichtshof hat es offenbar sehr schwer, bei diesem Aneinanderprallen die Objektivität zu bewahren, um die er sich freilich mit großem Ernst bemüht. Jedenfalls wird die Prozeßverhandlung, gleichgültig welches Urteil über die Angeklagten gefällt wird, weittragende politische Entscheidungen mit sich bringen. Es geht um viel größere Dinge noch, als die meisten Beobachter zunächst glauben möchten. Man braucht sich nur in Erinnerung zu rufen, mit welcher Erbitterung die scharfmacherischen Gegner des Reichskanzlers die elsaß-lothringische Verfassung fort und fort bekämpfen, um darauf gefaßt zu sein, daß aus dem Straßburger Prozeß, er mag so oder so ausgehen, Forderungen werden abgeleitet werden, mit deren bloßer Geltendmachung, geschweige denn gar mit ihrer immerhin möglichen Befriedigung, eine außerordentlich schwere Erschütterung der Zustände in den Reichslanden, der verfassungsmäßigen wie der sonstigen, kommen müßte. Die Konservativen warten ja nur darauf, dem Kanzler einen Strick zu drehen, und wenn es nicht wegen der Verfassung sein kann, dann werden sie jede andere Gelegenheit benutzen, am besten alle Gelegenheiten zugleich und vereint. Wenn der Straßburger Prozeß zu Ende sein wird, dann wird man wissen, wie lange Herr v. Bethmann-Hollweg noch auf seinem Posten ausharren kann. Man weiß es eigentlich schon jetzt, aber fürs erste sind doch die Tatsachen abzuwarten. Die Lage darf mit den Verhältnissen, wie sie bei früheren Kanzlerkrisen obwalteten, eigentlich nicht verglichen werden, sie hat ihre so besonderen und absonderlichen Merkmale, daß wir uns vor einem völlig neuen Zustande befinden. Es könnte wohl sein, daß schwere Zeiten herannahen, daß der Reichstag vor Aufgaben gestellt wird, wie sie bisher noch nicht zu lösen waren, und daß sehr viel Klugheit, Besonnenheit und Festigkeit nötig sein wird, um den einmal betretenen Weg, der unbedingt betreten werden mußte, bis zum Ziel zu verfolgen. Der Reichskanzler hat es nicht leicht, und seine lieben Freunde auf der Rechten werden es ihm weiterhin noch weniger bequem machen. Um eine Vorstellung davon zu bekommen, worauf die um Heydebrand hinauswollen, um ganz zu begreifen, was der Brief des Herrn v. Jagow bedeuten sollte, und wie von jener Seite die Kundgebung des Kronprinzen ausgemünzt wird, braucht man nur zu lesen, zu welchen Drohungen gegen den Reichskanzler die „Kreuzztg." schon gegriffen hat. Wenn Herr v. Bethmann-Hollweg, sei es auch nur mittelbar und stillschweigend, der Reichstagsmehrheit nachgebe, dann müsse das Wort gelten, „das einst Seine Majestät in Königsberg geprägt hat, das Wort von der Opposition, die den König an ihrer Spitze weiß". So unerhört diese Verdrehungskünste sind, so ernst müssen sie doch genommen werden.

*

Das Kronprinzentelegramm

entspricht, wie der „Voss. Ztg." aus zuverlässiger Quelle mitgeteilt wird, in der von mehreren Blättern wiedergegebenen Fassung in keiner Weise dem wahren Wortlaut. (Dadurch wird also die Tatsache des Telegramms bestätigt. Schriftl.) Als der Kronprinz von den Auslassungen der Presse über seine Stellungnahme zu den Zaberner Vorgängen Kenntnis erhielt, äußerte er sich dahin, sein Standpunkt sei allerdings, daß die Offiziere vor Beleidigungen geschützt werden müßten, aber seine Auffassung sei nicht die, daß dies mit ungesetzlichen Mitteln geschehen müsse. Er sei geradezu entrüstet darüber, daß man ihm mit Fälschungen rein privater Äußerungen ein Eingreifen in ein schwebendes Verfahren andichte und ihm unterstelle, er sei für eine Willkürherrschaft und gegen die Meinung, daß die Gesetze nicht gleichzeitig, von wem es immer sei, beachtet werden müßten.

*

Eine weitere Äußerung des Kronprinzen.

Berlin, 8. Januar. (Eig. Drahtber. d. „Wiesb. Tagbl.") Zu den gemeldeten Äußerungen des Kronprinzen über die Zaberner Vorfälle erfährt das „B. T." noch: „Als der Kronprinz in verschiedenen Blättern die Artikel über seine angeblichen Telegramme gelesen hatte, äußerte er sich, er könne gar nicht verstehen, wie man zu der Auffassung komme, daß er Elsaß-Lothringen als Feindesland betrachte, eine solche Unterstellung sei unsinnig. Er wünsche nur, daß im Reichsland zwischen Altdeutschen und Elsaß-Lothringern keine Gegensätze beständen, sondern daß sich die Elsaß-Lothringer mit der übrigen Bevölkerung des Reiches als gute Deutsche fühlen möchten. Wer ihn kenne, der wisse auch, daß ihm nichts ferner liege, als die Anschauung, im Deutschen Reiche dürften Willkür herrschen und die Gesetze brauchten nicht geachtet zu werden."

Die Lösung der Inselfrage.

Als Anfang November v. J. die vorläufige Einigung zwischen Griechenland und der Türkei erzielt wurde, blieben als Restbestand zwei ungelöste Fragen, und zwar die heikelsten und wichtigsten zurück, nämlich einmal die sogenannte Inselfrage und zweitens die der Räumung Südalbaniens, die man in Griechenland in sehr zielbewußter, aber nicht ganz ungefährlicher Taktik mit der Inselfrage zu verquicken suchte. Was die erstere Frage betrifft, so lag und liegt es auf der Hand, daß der Besitz der ägäischen Inseln eine bedeutsame und zum Teil sogar eine Lebensfrage für die Türkei darstellt, denn die Inseln Imbros und Tenedos sind dem Ausgang der Dardanellenstraße so unmittelbar vorgelagert, daß sie, im Besitz einer feindlichen Macht und hinreichend befestigt, die Handhabe zur Sperrung dieser hochwichtigen Schiffahrtsstraße bilden könnten. Die griechischen Staatsmänner hatten nun, um ihre Stellung in der Inselfrage zu verbessern, zu einem nicht unbedenklichen Pressionsmittel gegriffen, indem sie den südlichen Epirus, der dem neubegründeten albanischen Staatswesen zugesprochen ist, besetzt hielten und erklärten, dort nicht eher zu weichen, als bis ihre Forderungen in bezug auf die ägäischen Inseln erfüllt worden seien. Allein so günstig die Griechen auch bei der Balkanauseinandersetzung abgeschnitten hatten, so ist doch in diesem Fall dafür gesorgt, daß ihre Bäume nicht in den Himmel wachsen. War der Dreibund von vornherein entschlossen, eine noch weitergehende Schwächung und Lahmlegung der Türkei zu verhindern, hat ferner Frankreich als größter Gläubiger der Pforte gleichfalls ein Interesse daran, den Zusammenbruch des Türkenreiches zu verhindern, so ist die Dardanellenstraße der Punkt, in dem auch die Interessen Englands und Rußlands, wenn auch aus sehr entgegengesetzten Gründen, berührt werden, nämlich die Rußlands, weil es die freie Durchfahrt für sich erstrebt, und die Englands, weil es verhindern will, daß diese Schiffahrtsstraße in den Besitz irgendeiner Macht kommt.

Unter diesen Umständen standen der allzu weitgehenden griechischen Begehrlichkeit neben den entgegengesetzten doch auch so viele gemeinsame Interessen der Mächte gegenüber, daß es zum Schluß gelingen mußte, zwischen Dreibund und Dreiverband eine Einigung über die Inselfrage zu erzielen, und das ist ja jetzt, wenn auch nach manchem Hin und Her auf Grund des Greyschen Vorschlages endlich gelungen. Der Vorschlag des englischen Staatssekretärs des Äußern ging dahin, daß den Griechen alle von ihnen eroberten ägäischen Inseln einschließlich der beiden am heißesten umstrittenen Chios und Mytilene, jedoch mit Ausnahme von Imbros und Tenedos zugesprochen werden sollen, welch letztere, wie schon betont, für die Sicherheit der Dardanellen von ausschlaggebender Bedeutung sind. Weiter soll Griechenland verpflichtet werden, die ägäischen Inseln nicht zu befestigen, und zugleich soll es Garantien gegen den Waffenschmuggel an der Küste geben.

Diesem Vorschlage haben die Mächte des Dreibundes jetzt, wie wir schon mitteilten, zugestimmt, nicht zuletzt in der Erwägung, daß die platonische Forderung seitens der Mächte nach einer Räumung der von den Griechen besetzten Inseln wirkungslos wäre und es doch nicht angängig sei, eine solche Räumung mit Waffengewalt zu erzwingen. Die Zustimmung zur Abtretung der ägäischen Inseln mit Ausnahme von Imbros und Tenedos an Griechenland hat aber der Dreibund von zwei Bedingungen abhängig gemacht, einmal davon, daß die Entscheidung über diese Inselfrage völlig getrennt wird von der über jene Inseln, welche Italien im tripolitanischen Feldzug okkupiert hat, nämlich über die der Westküste Kleinasiens vorgelagerten

östlichen Sporaden, während die zweite Bedingung dahin geht, daß Griechenland Südalbanien schleunigst zu räumen habe. Griechenland will sich beiden Bedingungen fügen. Über die Rückgabe der Sporaden, zu deren Räumung sich Italien im Lausanner Vertrage verpflichtet hatte, sobald die Türkei ihre Truppen aus Libyen zurückgezogen haben werde, und die es mit der lahmen Begründung verweigert, daß angeblich noch immer türkische Truppen in Tripolis kämpfen, soll später eine Einigung herbeigeführt werden, und zur Räumung Albaniens soll sich die griechische Regierung jetzt, wie gemeldet, bis zum 18. Januar bereit erklärt haben.

Es fragt sich nun, ob auch die Türkei sich mit der Regelung der ägäischen Inselfrage abfinden wird. Zurzeit werden ja am Goldenen Horn sehr kriegerische Töne angeschlagen. Der neue Kriegsminister Enver-Pascha kündigt eine Reorganisation der türkischen Armee an, und mit dem Ankauf des brasilianischen Dreadnoughts „Rio de Janeiro" wird recht geräuschvoll Tamtam geschlagen. Da nun aber dieses Kriegsschiff erst im Juni vor Konstantinopel eintreffen wird, ist es klar, daß die Türkei mit ihm im Januar, Februar, März, April und Mai keinen Krieg führen kann, wie ihr überhaupt angesichts der zerrütteten Zustände von Heer und Finanzen und ihrer Flottenlosigkeit nichts übrig bleiben wird, als gute Miene zum bösen ägäischen Spiel zu machen. Man kann also mit einiger Sicherheit darauf rechnen, daß die jetzt angebahnte Lösung der Inselfrage zum Ziele führen und trotz aller Alarmnachrichten eine weitere Zuspitzung der Dinge auf dem Balkan wenigstens zurzeit vermieden werden wird — wenn auch diese erzwungene Einigung bedenkliche Ausblicke für die Zukunft, für den schon jetzt sich vorbereitenden dereinstigen Kampf um die Vorherrschaft auf dem Balkan eröffnen mag.

*

Zur albanischen Frage.

Eine neue Erklärung Izzet-Paschas.

wb. **Wien**, 7. Januar. Der Konstantinopeler Korrespondent der „Neuen Freien Presse" befragte den früheren Kriegsminister Izzet-Pascha über das Gerücht von seiner Proklamation in Durazzo. Der General erwiderte wörtlich: „Davon weiß ich gar nichts. Sie können melden, daß ich der Sache gänzlich fern stehe. Ich habe ein amtliches Dementi betreffs meiner Person bereits veranlaßt. Ich besitze wohl Güter in dem jetzt griechischen Südalbanien und Verwandte und Freunde in Nordalbanien. Mit Essad-Pascha, namentlich seit seiner Heldentaten in Skutari, stehe ich in freundschaftlichem Briefwechsel. Ich habe aber keinen politischen Ehrgeiz, sondern will nur nach 10 Dienstjahren ausruhen und Europa besuchen. Ich habe meine Enthebung selbst nachgesucht, weil ich infolge von Rücksichten auf die alten Kameraden der geplanten Heeresreform nicht im Wege stehen wollte."

Auch ein offizielles türkisches Dementi dazu.

wb. **Konstantinopel**, 7. Januar. (Wiener Korresp.-Bur.) Die Generaldirektion der Presse im Ministerium des Äußern veröffentlicht folgendes Communiqué: Die Veröffentlichungen, denen man seit einigen Tagen in der Presse begegnet, wonach der gewesene Kriegsminister Izzet-Pascha angeblich in Beziehungen zu gewissen politischen Bewegungen in Albanien stände, sind vollständig unbegründet und erfunden.

Italienische Ansichten.

□ **Rom**, 8. Januar. (Eig. Drahtber. d. „Wiesb. Tagbl.") In Bari ist aus Durazzo eine albanische Delegation eingetroffen, die dem Prinzen zu Wied entgegenreisen und ihn einladen will, sich so schnell als möglich nach Albanien zu begeben. Man bezweifelt aber sehr, daß Prinz zu Wied den Wünschen der Delegation so bald entsprechen wird. In hiesigen diplomatischen Kreisen gelten die Ausflüchte des Prinzen zu Wied als recht problematisch. Eine eingeweihte Persönlichkeit sagte, es wäre im Interesse des Prinzen, zu wünschen, daß die Kandidatur Izzet-Paschas sich verwirkliche. Wenn der Prinz klug wäre, nehme er das noch mangelnde Zustandekommen der Anleihegarantie zum Vorwand, um zurückzutreten.

Ein türkischer Landungsversuch vereitelt.

A. St. **Valona**, 7. Januar. Gestern abend traf der Dampfer „Meran" von Konstantinopel mit 200 Soldaten und 6 türkischen Offizieren ein, welche beabsichtigten, nachts zu landen und die Bevölkerung aufzuwiegeln, um Izzet-Pascha zum Fürsten von Albanien zu proklamieren. Die provisorische Regierung ließ sofort im Einverständnis mit der Kontrollkommission und den holländischen Gendarmerie-Offizieren die Türken festnehmen. Das Ereignis rief einen tiefen Eindruck hervor.

Der Belagerungszustand in Valona.

wb. **Rom**, 7. Januar. Die „Tribuna" meldet aus Valona: Nachdem die Regierung den Belagerungszustand verhängt hat, hat sie ein Kriegsgericht unter Leitung der holländischen Offiziere eingerichtet. Die holländischen Offiziere haben im Einverständnis mit der Regierung die Bevölkerung zu einer sofortigen Auslieferung der Waffen gezwungen. Bei den türkischen Offizieren, die verhaftet wurden, als sie von dem Dampfer „Meran" an Land gingen, wurden bedeutende Summen Geldes gefunden.

Eine Truppenentsendung aus Skutari.

○ **Paris**, 8. Januar. (Eig. Drahtber. d. „Wiesb. Tagbl.") Wie aus Valona gemeldet wird, ist die internationale Kontrollkommission benachrichtigt worden, daß Banden, die von dem jungtürkischen Komitee abgesandt seien, eine Landung bei San Giovanni di Medua versuchen werden. Man hat sich deshalb mit dem englischen Kommandanten von Skutari in Verbindung gesetzt und beschlossen, eine Kompagnie der Okkupationstruppen von Skutari in der Richtung nach Alessio zu entsenden.

Italienisch-österreichische militärische Maßnahmen.

* **Mailand**, 8. Januar. Die „Gazetta del Popolo" meldet aus Rom, die Regierungen Italiens und Österreichs hätten mit beiderseitigem Einvernehmen militärische Vorbereitungen für ein Vorgehen zur See und zu Lande getroffen, um, wenn es notwendig werden sollte, mit dem Schwerte ihren Willen in den albanischen Angelegenheiten durchzusetzen.

Der italienische Gesandte für Albanien.

* **Rom**, 7. Januar. Wie verlautet, ist Graf Alcotti, der gegenwärtig im Ministerium beschäftigt ist, zum italienischen Gesandten in Albanien ausersehen.

*

Wirtschaftliche Zugeständnisse an Italien für die Rückgabe des Dodekanesos.

* **Rom**, 7. Januar. In hiesigen diplomatischen Kreisen verlautet, daß die Verhandlungen über die Rückgabe des Dodekanesos direkt zwischen der Türkei und Italien durchgeführt werden. Italien werde von der Pforte gewisse Kompensationen für die Auslagen verlangen, die ihm durch die Besetzung und Verwaltung dieser Inseln erwachsen sind. Diese Entschädigungen sollen in Zugeständnissen rein wirtschaftlicher Natur in Kleinasien bestehen, und man glaubt daher, daß sie von der Türkei ohne Anstand bewilligt werden.

Zu den griechischen Dreadnought-Kaufbemühungen.

* **Buenos-Aires**, 7. Januar. Wie hier verlautet, verhandelt Griechenland mit der argentinischen Regierung wegen Ankaufs des 1913 fertiggestellten Dreadnoughts „Rividavia", der eine Wasserverdrängung von 28 000 Tonnen besitzt. Die argentinische Regierung zeigt, wie es heißt, wenig Neigung zum Verkauf des Schiffes, doch werden die Verhandlungen fortgesetzt.

Deutsches Reich.

* **Hof- und Personal-Nachrichten.** Der frühere Ministerialdirektor im Handelsministerium, Wirklicher Geheimer Rat Exzellenz Adolf v. Wendt, von 1847 bis 1897 im Dienst, zuerst bis 1867 bei der ehemaligen hannoverschen Regierung, tritt am 9. d. M. in sein 90. Lebensjahr.

* **Der Geburtstag des Königs von Bayern.** Die Bürgerschaft Münchens beging den Geburtstag des Königs gestern nachmittag mit einem Festmahl im althistorischen Rathaussaale. Die Kammer der Abgeordneten feierte mit einem Festmahl im Bayerischen Hofe, wobei der Präsident Exz. v. Oerterer den Trinkspruch auf den König ausbrachte.

* **Der Münchener Dompropst v. Lechner †.** In München ist einer der bekanntesten bayerischen Kleriker, der Dompropst v. Lechner, im 70. Lebensjahr einem Schlaganfall erlegen.

= **Die neue Besoldungsordnung der Reichsbeamten.** Kurz vor den letzten Reichstagswahlen beschloß der Reichstag — aus Wahlrücksichten, wie man in Regierungskreisen meinte — eine Erhöhung der Gehälter der Postassistenten. Diese Erhöhung ist in Kraft getreten und dadurch sind andere Klassen der Reichsbeamten insofern benachteiligt worden, als nicht auch ihnen eine Gehaltserhöhung zuteil geworden ist. Um das dadurch entstandene Mißverhältnis auszugleichen, befindet sich eine Novelle zur Besoldungsordnung der Reichsbeamten in der Ausarbeitung. Man nehme an, daß dieser Entwurf schon zu Beginn dieses Jahres dem Bundesrat zugehen würde. Wie wir hören, wird dies aber erst später, wahrscheinlich im Mai, der Fall sein.

* **Über die Entwicklung Charlottenburgs.** In der gestrigen ersten Stadtverordnetenversammlung im neuen Jahr, die in Charlottenburg abgehalten wurde, wies der neue Oberbürgermeister Scholz darauf hin, daß die Kulturaufgaben der insbesondere stark entwickelten Stadtgemeinden von Jahr zu Jahr schwierigere finanzielle Verhältnisse herbeiführen. Bei dem Festmahl der vereinigten städtischen Körperschaften, das nach der ersten Sitzung im neuen Jahre stattfand, stellte Geheimrat Frank, der sein 50. Stadtverordnetenjubiläum beging, fest, daß sich seit seinem Eintritt in die Stadtverwaltung die Produktion von Gas von 1,5 Millionen auf 64 Millionen Kubikmeter jährlich gehoben habe. Durch Verbesserungen, die er in letzter Zeit gefunden, hoffe er, die weitere Rentablität der Gaswerke gegenüber der verbilligten elektrischen Lampe aufrecht zu erhalten.

* **Ein Krematorium für Barmen und Elberfeld.** Die Vertreter von Barmen und Elberfeld haben den Bau eines gemeinsam zu verwaltenden Krematoriums beschlossen.

* **Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit in Düsseldorf.** Die Stadtverordnetenversammlung in Düsseldorf beschloß die sofortige Vornahme von Notstandsarbeiten für die Arbeitslosen.

Parlamentarisches.

Aus dem elsaß-lothringischen Landtag. In der gestrigen Nachmittagssitzung der Zweiten Kammer des elsaß-lothringischen Landtags erklärte sich die Regierung zur Beantwortung der Interpellationen, betreffend die Vorgänge in Zabern und den Bauarbeiterstreik, in der kommenden Woche bereit. — Unterstaatssekretär Köhler verbreitete sich über den Haushaltsetat. Die derzeitige Finanzlage sei schlechter denn je infolge der erhöhten Mehrausgaben im Jahre 1913 und der Abwanderung des Kapitals ins Ausland, andererseits nehme das Reich immer mehr die indirekten Steuern an sich, so daß wohl nur die direkten Steuern eine Besserung der Finanzlage erhoffen ließen. Die Regierung habe daher erwogen, ob nicht die Einschätzung zum Wehrbeitrag die Grundlage zu einer Steuerreform bieten sollte. — In der Debatte erklärten die Abgeordneten Marx (Zentr.) und Böhle (Soz.), daß für die Abwanderung des Kapitals ins Ausland die Maßnahmen des Unterstaatssekretärs Mandel schuld seien, ebenso der Wehrbeitrag.

Post und Eisenbahn.

— **Zivil- und Militäranwärter in der Postverwaltung.** In der Beantwortung einer dem Reichstag gestellten Anfrage des Abgeordneten Werner (Hersfeld), ob bei einer etwaigen Änderung der Personalordnung der Post- und Telegraphenverwaltung eine verschiedenartige Behandlung der aus dem Zivil- und Militäranwärterstande hervorgegangenen Beamten der Assistentenklassen mit den Verwaltungsgrundsätzen in Einklang zu bringen wäre, wird auf die bereits abgegebenen Erklärungen verwiesen, daß eine Änderung der erwähnten Personalordnung in keiner Richtung für jetzt oder später beabsichtigt sei.

Deutsche Schutzgebiete.

Der Tod des Oberleutnants v. Raven gesühnt. Aus Kamerun ist soeben die drahtliche Meldung des Gouvernements eingegangen, daß der Tod des Oberleutnants von Raven nunmehr seine Sühne gefunden hat. Raven war am 12. Oktober 1913 beim Vorgehen gegen das zwei Tagemärsche nordwestlich von Nola am Sanga gelegene Dorf Nguku, dessen Häuptling Gabola schon der französischen Verwaltung dauernd Schwierigkeiten machte, von Eingeborenen durch einen Lungenschuß getötet worden, während bei derselben Gelegenheit der Bezirksrichter Dr. Seger durch einen Schuß in den rechten Oberschenkel verwundet wurde. Auf die Nachricht von diesen Ereignissen brach der Leiter des Bezirks Mittel-Sanga-Lobaye, Hauptmann v. Puttkamer, sofort von Mbaiki auf, um die aufständischen Dörfer zu unter-

Nadelmalerei.

(Eine Künstlerin, die Landschaftsstimmungen strickt.)

Unter uns in Deutschland gibt es eine große und feine Künstlerin, von der niemand etwas weiß, die, obgleich dem weiblichen Kunstgewerbe jetzt so große Avancen gemacht werden, unbekannt und unerkannt schaffen muß. Sie malt nicht Portraits, pfuscht nicht Architekten oder Möbelzeichnern in ihr Handwerk, sondern folgt ganz ihrem Empfinden, ihrem eminent weiblichen Empfinden, das sie antreibt, mit der Nadel, mit vielfarbigen Seidenfäden Bilder von einer seltsamen Schönheit zu sticken. Ein Wesen also, das Bilder strickt. Ja, das ist diese Florence Jessie Hösel, die jetzt in Berlin bei Goerke ein paar Proben ihres Arbeitsfleißes ausstellt. Aber was sie macht, hat so wenig mit den Bildchen zu tun, die ehemalige Pensionatsdämchen als Hausgreuel fertigten, wie deren Brandmalereien mit den Schnitzereien eines Wackerle; es hat auch nichts zu tun mit den Plakatvorlagen, die, in Stickerei umgesetzt, jetzt ein begehrtes Requisit der modernen Innendekoration geworden sind. Sie ist eine ganz eigene und eigenartige Natur, ein Menschenkind, das nichts weiß von Kunstgewerblichkeit, von modernem oder nicht modernem Geschmack und das gar nichts anderes als seine Natur zu geben vermag. Sie spaziert durch das Hochgebirge ihrer schottischen Heimat, läßt sich treiben durch den Grunewald, der ihr in langen Arbeitsjahren zu einer zweiten Heimat geworden ist, und erlebt da draußen vor der Natur wundersame Stimmungen, wie sie nur ein Dichter zu erleben vermag und wie sie nur ganz wenige Dichter wirklich erlebt haben. Wenn der Mond über den schweigsamen Kiefern des märkischen Waldes emporsteigt, wenn über den nackten Stämmen die Kronen im Winde sich wiegen, wenn eine junge, hell glänzende Birke vor der Masse dieser altersgrauen Baumriesen von den Stürmen herumgepeitscht wird, wenn im Frühling das Sprossen und Blühen beginnt, dann lauscht sie ganz hingegeben, ganz ergriffen, ganz bezaubert von dieser urewigen Schönheit. Dann wird in ihr etwas wach und rege, was im Wesen sicherlich nichts anderes ist als der Zwang, unter dem der wahre Dichter steht, der sein Naturleben in Verse ausströmen lassen muß. Auch diese Hösel ist eine lyrische Natur, eine, die des Wortes nicht mächtig ist, die das, was sie so stark und tief empfindet, nur mit Nadel und Faden zum Ausdruck zu bringen vermag. Sogar mit dem Stift und dem Pinsel würde ihr das nicht gelingen, so sehr ist sie mit ihrem Handwerk verwachsen. Vor ein paar Jahren gab es einmal in einer Ausstellung des Berliner Kunstgewerbe-Museums neben diesen Stickereien ein paar Aquarelle und Zeichnungen von ihrer Hand, die unbeholfen, fast nichtssagend waren. Sie ist ganz sie selbst erst, wenn sie die glitzernden Seidensträhnen in den Fingern hat, wenn sie ihre Stecknadel führen kann, nach der sie greift, wie der geborene Graphiker zu seiner Radiernadel langt. Es überrascht denn auch nicht zu hören, daß viele dieser Grunewaldstimmungen direkt vor der Natur unter dem Eindruck des ersten, frischen Erlebens gestickt worden sind.

Was geht auf diesen Nadelmalereien, die mitunter kaum größer als ein Handrücken sind, vor sich? Eigentlich gar nichts. Die Natur ist nicht irgendwie bevölkert mit lustigen Fabelwesen, mit Geschichtchen und Histörchen; die Hösel schildert mit ihrer flinken Nadel nur das, was sie sieht, aber was sie in unserem Grunewald an wechselnden Stimmungen, an verborgenen, delikatesten Feinheiten entdeckt, ist ungeheuer mannigfaltig. Es scheint ein ewiges Aufnehmen von Bildern, ein unaufhörliches Erleben der Landschaft, das zum Ausdruck kommt in einer eigenen Sprache, einem Persönlichkeitsstil, wie — das wagt man zu sagen, trotzdem es sich nur um Stickereien handelt — er heutigentages selten nur anzutreffen ist. Dieser Stil gibt ihren Stickereien etwas von der Ursprünglichkeit von Handzeichnungen, an denen der Kenner ja auch in jedem Strich die Persönlichkeit des Meisters nachzuerleben vermag. Dank diesem Stil ist es ihr nach mannigfachen, fast vergeblich erscheinenden Ansätzen gelungen, große ornamentale Gobelins zu sticken, in denen sich eine packende Phantastik kühn und mitreißend auslebt. Man spricht und schreibt heute so viel von Ausdruckskunst, man sucht in großformatigen Leinwänden den „Ausdruck eines Seelischen", nun, in diesen kleinen Stickereien der Hösel, die vermutlich in gar keins der so viel beschriebenen Programme hineinpassen, ist Ausdruck, ist Seelisches, ist Erlebnis und ist Kunst.

Paul Westheim.

Aus Kunst und Leben.

* **Die Entdeckung des „Mittelpunktes" vom antiken Rom.** Die Nachricht von der Entdeckung des berühmten „mundus" des antiken Rom, die dem Leiter der Ausgrabungen auf dem Palatin, Professor Boni, jetzt gelungen ist, wird nicht verfehlen, in den Kreisen aller derer, die sich mit der Geschichte und der Topographie Roms beschäftigen, das größte Interesse zu erwecken. Der bekannte Archäologe, dessen Forschungen und Ausgrabungen in den letzten Jahren so viele wertvolle Entdeckungen gebracht haben, hat einen italienischen Berichterstatter an die Stätte geführt, die einst der „Mittelpunkt" des alten Roms war. Nach einem Rundgang durch das Haus des Tiberius führte Boni über eine Reihe von kleinen Wendeltreppen zu dem berühmten mundus, der sich an der Kuppe des Palatinhügels befindet. „Wir stehen an dem Rande einer schmalen, wohl 12 Meter tiefen Grube, in deren Tiefe einige Arbeiter noch am Werke sind. Noch erhebt sich über der dunklen Öffnung das Holzgerüst, mit dessen Hilfe die Ausgrabung durchgeführt wurde. „Es handelt sich", erklärte Boni, „um das höchste, dem Ackerbau geweihte Heiligtum des romuleischen Rom. Hier erhob sich der große Staatsspeicher des mundus, der dreimal im Jahre unter feierlichen Zeremonien geöffnet wurde, um den Samen des Getreides zu bewahren oder zu holen. Die festliche Kulthandlung wurde stets am 24. August, am 5. Oktober und am 8. November vorgenommen." Dann wurde der große Stein, der „lapis manalis", geöffnet, und durch dieses Tor zur Unterwelt warf man die Erstlinge von allem, dessen Genuß das Gesetz befahl, hinab in den den Göttern der Unterwelt geweihten mundus. Er war, wie aus Plutarchs Leben des Romulus hervorgeht, das Zentrum der Roma quadrata; und von diesem Mittelpunkt aus zog man mit bronzenem Pfluge die erste Furche, den „sulcus primigenius". Der Pflug war mit einem Stier und einer Kuh bespannt, die Kuh an der inneren, dem Palatin zugewandten Seite. Der Pflug aber mußte in schräger Richtung auf den Hügel zu seine Richtung nehmen. Der Name Roma quadrata stammte von dem Steine, der die Öffnung zum mundus bedeckte und dem Pluto und der Proserpina geweiht war.

werfen und eroberte mit der sechsten Kompagnie der Schutztruppe am 18. Dezember das Hauptdorf Nguku nach hartnäckigem Widerstande. Er begann sofort die Verfolgung des fliehenden Gegners. Auf unserer Seite wurden zwei Soldaten verwundet. Die Verluste des Gegners sind bedeutend. Ein weiteres Vorgehen scheint noch gegen die Häuptlinge nördlich und nordöstlich von Nguku erforderlich, soweit sie sich der Aufstandsbewegung anschlossen.

Ausland.

England.

Die Homeruleverhandlungen gescheitert. London, 8. Januar. Der „Daily Telegraph" meldet, daß die Verhandlungen zwischen dem Ministerium und den konservativen Parteiführern, die über eine Lösung in der Homerulefrage geführt wurden, gescheitert sind. Große Schwierigkeit bot der Plan der Annäherung von Ulster an das vereinigte Königreich. Die hierüber gepflogene langwierige Diskussion brachte kein Ergebnis zutage. Die unionistischen Führer erklären, daß ausschließlich neue Parlamentswahlen den Konflikt beschwören können.

Joseph Chamberlain parlamentsmüde. London, 7. Januar. Joseph Chamberlain teilte in einem Briefe den Wählern Birminghams mit, daß er sich bei Gelegenheit der nächsten allgemeinen Wahlen von seiner parlamentarischen Tätigkeit zurückziehe. Er bedauere, den Wahlkreis, den er 37 Jahre vertrat, aufgeben zu müssen, meine jedoch, daß Birmingham einen jüngeren Mann brauche, der an den parlamentarischen Kämpfen tätigen Anteil nehme. Als Nachfolger werden seine Söhne Austen Chamberlain und Neville Chamberlain genannt.

Türkei

Neue französische Treibereien gegen die Militärmission. Paris, 8. Januar. Der „Temps" will von gut unterrichteten russischen Persönlichkeiten gehört haben, daß die Nachricht von einer russisch-deutschen Verständigung über die Frage der deutschen Militärmission verfrüht sei. Deutschland soll sich dem „Temps" zufolge bei den Verhandlungen mit Rußland sehr unzugänglich gezeigt haben und man soll über die unfreundliche Haltung Deutschlands am Hoflager des Zaren in Zarskoje Selo sehr verstimmt sein. Angeblich erklärt man in russischen Kreisen, daß die Schwierigkeit deutscherseits von dem Unterstaatssekretär Zimmermann ausgehe. Rußland wird vermutlich verlangen, daß General Liman v. Sanders sein Kommando wieder entzogen oder daß der Sitz der Militärmission an einen anderen Platz verlegt wird.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

— **Oberbürgermeister Dr. Gläßing** hat sich gestern abend zur Eröffnung des Herrenhauses nach Berlin begeben und dürfte vor Samstag nicht zurückkehren.

— **Der ausgestellte „Imperator".** Im hiesigen Bureau der Hamburg-Amerika-Linie (Wilhelmstraße 42) ist seit einigen Tagen das Modell des neuen Vierschrauben-Schnelldampfers „Imperator" zur Ausstellung gelangt. Wie der „Imperator" selbst als das größte Wunderwerk der Schiffsbaukunst in allen Teilen der Welt bezeichnet wird, so ist auch dies Modell dazu angetan, allerseits das lebhafteste Interesse hervorzurufen. Hergestellt von der bekannten Firma Chr. Stührmann (Hamburg) im Verhältnis von 1:110, zeigt das Modell eine derartig bis ins einzelne gehende exakte Ausführung aller äußeren Gegenstände, daß man es mit Recht als ein Prachtstück kunstgewerblicher Arbeit bezeichnen muß. Da es in seinem Innern durch Metallfadenlampen erleuchtet wird, so gewährt es auch nach eingetretener Dunkelheit einen interessanten Anblick und veranschaulicht vor allem für diejenigen, welche niemals einen großen Dampfer nachts auf dem Meer sahen, das wundervolle Bild eines solchen in allen seinen Kajüten und Räumlichkeiten hell erleuchteten schwimmenden Palastes.

— **Fröbelkursus.** Der von der Mädchen- und Frauengruppe für soziale Hilfsarbeit im November veranstaltete Fröbelkursus fand allgemeinen Anklang, und auf vielfachen Wunsch beabsichtigt der Vorstand, Mitte Januar einen neuen Kursus einzurichten. Der Unterricht wird wieder von einer staatlich geprüften Kindergärtnerin geleitet und gibt Anleitung zum Flechten, Ausschneiden, Falten in Papier, Modellieren in Plastelin, zum Herstellen von Puppenmöbeln aus Karton, von Körbchen aus Bast und Rohr usw. Derartige Handfertigkeiten sind ganz besonders dazu geeignet, in den Kindern die Freude am selbständigen Schaffen zu wecken und die kleinen Hände gewissermaßen spielend an sorgfältiges Arbeiten zu gewöhnen und in der Geschicklichkeit zu üben. Der Fröbelkursus bietet Damen die Gelegenheit, sich selbst solche Fertigkeiten anzueignen, um sich dadurch nutzbringend und unterhaltend mit Kindern in der Familie oder auf sozialem Gebiet beschäftigen zu können. Der Unterricht findet Dienstags und Freitags von 3 bis 5 Uhr im Saal An der Ringkirche 3 statt. Der Preis für 12 Doppelstunden beträgt für Mitglieder 3 M., für Nichtmitglieder 5 M., ausschließlich des Arbeitsmaterials. Anmeldungen sind baldmöglichst zu richten an die Schriftführerin Fräulein F. Lautz, Goethestraße 3.

— **Schnellere Verbindung mit Berlin.** Ab 1. Mai wird man von Frankfurt nach Berlin und umgekehrt in den schnellsten Zügen nur etwas über 6¾ Stunden fahren. Es handelt sich dabei zunächst nur um den Vormittagszug (Wiesbaden-Frankfurt-Berlin) und den Gegenzug, der 2 Uhr 15 Min. mittags in Berlin abgeht. Er kommt jetzt 9 Uhr 23 Min., in Zukunft schon 9 Uhr 7 Min. abends in Frankfurt an. Endpunkt des Zuges ist Wiesbaden. Nun hat man, um einen direkten Anschluß an den Berliner Zug in das Saargebiet, nach Lothringen und Paris zu schaffen, den bisher um 8 Uhr 35 Min. abends von Frankfurt abgehenden Schnellzug über Mainz-Gaualgesheim-Saarbrücken-Metz-Paris auf 9 Uhr 15 Min. verschoben, so daß eine neue direkte Verbindung Berlin-Frankfurt-Paris geschaffen ist. Der Zug kommt trotz der späteren Abfahrtszeit genau wie jetzt in Paris an, nämlich um 8 Uhr 25 Min. vorm. westeur. Zeit. Freilich ist die Verbindung Berlin-Köln-Paris noch immer wesentlich kürzer, aber die Reiseverbindung über Frankfurt wird ständig besser. Man läßt auch die Verbindung mit Rücksicht auf die an den Strecken liegenden zahlreichen Städten immer weiter ausgestalten. Die kürzere Fahrzeit bis Paris ist dem Entgegenkommen der französischen Eisenbahnen zu danken. Die Beschleunigung nach Berlin hängt mit der am 1. Mai erfolgenden Inbetriebnahme des Tunnels bei Elm zusammen, die Schnellzüge gewinnen dadurch durchschnittlich 12 Minuten an Fahrzeit, die Personenzüge etwas weniger. Es wäre mehr, wenn man nicht auch eine Entspannung der Fahrzeiten einzelner Züge vorgenommen, d. h. sie etwas verlängert hätte, um außergewöhnlich schnelles Fahren zu vermeiden. Die Fahrzeitersparnis kommt erst ab 1. Mai 1915 richtig zur Geltung, wenn die Umgehungsbahn bei Bebra fertig ist, wodurch abermals 10 Minuten gewonnen werden. Erst dann werden die Nachbardirektionen ihre Fahrpläne gänzlich umarbeiten, und erst dann wird die Wirkung der verkürzten Strecke und ersparten Fahrzeit richtig in Erscheinung treten. Die Anschlußzüge nach Bayern werden in Zukunft größtenteils in Flieden, z. T. auch in Schlüchtern und Fulda erreicht.

— **Treibjagen.** Am Mittwoch fand in der v. Knoopschen Jagd, und zwar in dem zwischen der Frankfurter Straße und Bierstadt gelegenen Teil, das übliche große Treibjagen statt. Es wurden dabei 356 Hasen zur Strecke gebracht.

— **Die Millionenerbschaft.** Zu der angeblichen Millionenerbschaft, von der man sich hier erzählt, teilt die betreffende Familie mit, daß wohl von interessierter, im Ausland wohnender Seite Nachforschungen nach der Familie angestellt worden sind, daß aber von einer Erbschaft vorerst keine Rede ist. Inwieweit eine solche etwa mit den jetzt ermittelten Verwandtschaftsverhältnissen zusammenhängt, weiß die Familie selbst nicht. Wir teilen diesen Sachverhalt mit, da die Familie auf Grund der seit einiger Zeit umlaufenden Erbschaftsgerüchte in der schlimmsten Weise belästigt wird; sie kann sich der Zudringlichen kaum erwehren, von denen sie angebettelt oder um Darlehen angegangen wird.

— **Die Lehrstellenvermittlung des hiesigen Arbeitsamts** war im Stadtbezirk eine recht erfolgreiche. Im vergangenen Jahr wurden durch seine Vermittlung 289 Stellen besetzt, darunter 32 außerhalb, gegen 240, bezw. 19 im Jahre vorher. Weniger glücklich waren die Versuche, die umliegenden Ortschaften in den Wirkungskreis des Arbeitsamts einzubeziehen. Bei den gelegentlich der im Arbeitsamt stattgefundenen Konferenz vom Geschäftsführer Sälzer angegebenen und in der Morgen-Ausgabe vom 6. Januar mitgeteilten Zahlen handelt es sich um die in den umliegenden Ortschaften, nicht aber die im allgemeinen erzielten Ergebnisse. Die Zusammenkunft diente auch hauptsächlich dem Zweck der wirksamen Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung auf dem Lande.

— **Schwurgericht.** Von ihren Funktionen als Geschworene gelegentlich der bevorstehenden Tagung des Schwurgerichts wurden auf ihren Antrag entbunden: Rittmeister a. D. Paul v. Miquel (Wiesbaden, Scheffelstraße 9—10), Kaufmann Wilhelm Frömbgen (Oberlahnstein), Kaufmann August Zobus (Geisenheim) und Bürgermeister Joseph Kundermann (Niederselters). An ihrer Stelle wurden neu ausgelost: Kaufmann Heinr. Müller (Hattenheim), Ingenieur Hans Reifenrath (Niederlahnstein), Hotelier Heinr. Wilhelmy (Langenschwalbach) und Landmann Jakob Groß (Neuhof). — Gelegentlich der Tagung, und zwar am Freitag, den 16., wird noch verhandelt wider den Bauunternehmer Karl Adam Dörner von hier, zurzeit in Untersuchungshaft, wegen auswärts begangener versuchter Inbrandsetzung eines Wohngebäudes.

— **Treue im Dienst.** Frau Käthe Bremser bei der Firma A. Weber u. Co. ist nicht 25 Jahre, sondern 41 Jahre im Dienst der Firma tätig und hat bereits eine Ehrung für 25 Jahre treuer Dienste vom „Vaterländischen Verein" vor längerer Zeit erhalten.

— **Ein betrügerischer Uhrmacher** trieb in diesen Tagen hier mit Erfolg sein Unwesen. Er entwendete gestern nachmittag einem Kutscher in der Aarstraße seine Uhr, über deren Reparatur sie vorher miteinander verhandelt hatten, und hieß nachts aus einer Wirtschaft, als der Wirt eingeschlafen war, eine Uhr mitgehen, die hohen Wert hat. In beiden Fällen wurden sofort Nachforschungen, leider bisher ohne Erfolg, angestellt. Drei Pakete, welche der Langfinger bei sich trug, ließ er im letzten Fall am Ort der Tat zurück. Sie enthalten Teile von Uhren und wurden bei der Polizei hinterlegt. Der Täter steht in den 30er Lebensjahren und soll aus Mainz stammen. Anzeige gegen den gemeingefährlichen Menschen ist bei der Behörde erstattet.

— **Ein schwerer Unfall** ereignete sich in der vergangenen Nacht in einem Gasthaus in der Altstadt. Der 63 Jahre alte Taglöhner Chr. Dahlen aus Lorch stürzte, als er sich in sein Zimmer begeben wollte, vom 1. Stock die Treppe herab und blieb zunächst besinnungslos liegen. Er erlitt so schwere Kopfverletzungen, daß er von der Sanitätswache dem städtischen Krankenhaus zugeführt werden mußte.

Vorberichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes.

* **Kurhaus.** Das 7. Zyklus-Konzert morgen Freitag eröffnet Musikdirektor Schuricht mit der Ouvertüre zu Rußlan und Ludmilla von Glinka, alsdann spielt Bronislaw Hubermann das Violinkonzert von Mendelssohn und nach der Pause La clochette von Paganini. Den Schluß des Konzertes bildet Tschaikowskys Symphonie pathétique.

Nassauische Nachrichten.

Hochwasser in Sicht.

m. **Rüdesheim,** 7. Januar. Nach kurzem Fallen des Rheinwasserstandes ist das Wasser am Mittel- und Oberrhein in schnellem Steigen begriffen. Durch das ständige Tauwetter werden dem Rhein von allen Seiten große Wassermengen zugeführt, so daß eine Hochwasserperiode zu befürchten ist. In den letzten 24 Stunden stieg das Wasser bei Mannheim um 0.25 Meter, bei Kehl um 0.20 Meter, bei Mainz um 0.15 Meter, bei Bingen um 0.11 Meter, bei Kaub um 0.25 Meter, bei Koblenz um 0.55 Meter und bei Köln um 0.45 Meter. Das starke Aufschnellen des Pegelstandes bei Koblenz ist durch das starke Steigen der Mosel zu erklären. Auch die Nahe ist sehr stark angeschwollen. Bei Kreuznach hat sie eine Tiefe von über 4 Meter, während an der Eisenbahnbrücke bei Bingen der Wasserstand etwa 5 Meter beträgt. Der Main ist ebenfalls in rapidem Steigen begriffen. Verschiedentlich werden schon Maßnahmen gegen Hochwasser getroffen.

Der Vatermord im Goldenen Grund.

FC. **Eisenbach,** 7. Januar. Unser Dorf, das erst im Jahre 1912 der Schauplatz eines Verwandtenmords gewesen — hatte doch in der Nacht von 12./13. Mai 1912 die ledige Eva Weimer in Gemeinschaft mit dem Steinbrucharbeiter Heinrich Karst ihren Bruder, den Invaliden Peter Weimer, auf der Schultheißen-Mühle bei Eisenbach mit einer Bombe in die Luft gesprengt —, ist, wie schon kurz erwähnt, abermals der Schauplatz eines Mords gewesen. Am Dienstagabend wurde nämlich der 23 Jahre alte Sohn des Landwirts Peter Seck 4. verhaftet und ins Amtsgerichtsgefängnis nach Camberg übergeführt, da er dringend verdächtig ist, am Montagabend gegen 10 Uhr seinen Vater, mit dem er schon lange Jahre im heftigsten Streit lebte, als dieser von einem Gang zur Apotheke in Niederselters betrunken heimkehrte und abermals Auseinandersetzungen hatte, durch zwei Schüsse in den Hinterkopf getötet zu haben. Wie Nachbarn bezeugen sollen, haben sie um die fragliche Zeit Schüsse im Seckschen Anwesen fallen hören. Um den Anschein zu erwecken, als sei seinem betrunkenen Vater ein Unfall zugestoßen, soll Seck jun., wie die „W. Z." meldet, den Leichnam vor die Haustür gelegt haben, nachdem er vorher mit einem im Keller versteckt aufgefundenen, mit Blut getränkten Sack die Stelle, wo der Erschossene in seinem Blut zusammengebrochen, gereinigt hatte. Auch an einem Beinkleid des Seck jun. fanden sich Blutspuren. Bei der Überführung des Seck jun. nach Camberg versuchte die Volksmenge, Lynchjustiz an ihm zu üben.

Aus der Umgebung.

Eifersuchtsdrama.

M. **Frankfurt a. M.,** 8. Januar. Heute vormittag spielte sich in dem Hause Höhenstraße 40 ein Eifersuchtsdrama ab, das zwei Opfer erforderte. In dem Hause wohnt der Gastwirt Ernst Epple, der ein Zimmer an den 28jährigen buckligen Schneider Rudolf Kleinschrot vermietet hat. Kl. erschoß heute früh die 29 Jahre alte Frau des Epple und dann sich selbst. Aus einem hinterlassenen Briefe geht hervor, daß er die Tat aus Eifersucht begangen hat.

Gerichtssaal.

w. **Verrat militärischer Geheimnisse.** Berlin, 7. Jan. Wegen Vergehen gegen das Gesetz über Verrat militärischer Geheimnisse waren die Handelsschülerin Anysas (Riga), der Filmschauspieler Kiehn und das Stubenmädchen Finck (Charlottenburg) angeklagt. Die Verhandlung und auch die Urteilsbegründung fanden unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Die Anysas und Kiehn wurden zu je einem Jahr Gefängnis unter Anrechnung von je drei Monaten Untersuchungshaft, die Finck zu zwei Monaten Gefängnis, die als verbüßt erachtet wurden, verurteilt.

Sport und Spiel.

sr. **Der 4. Erzgebirgskamm-Skiwettlauf** brachte am dritten Tage eine Konkurrenz über die zweite Etappe Oberwiesenthal-Klingenthal und damit die Entscheidung. Es starteten nur 5 Senioren und 10 Junioren; die Strecke war ungefähr 52 Kilometer lang, davon entfielen ungefähr ein Drittel auf die Landstraße. Der Sieger der ersten Etappe, Kaufmann (Oberwiesenthal), gewann auch diesen Lauf in 5 Stunden 43 Minuten 31⅗ Sekunden; Zweiter wurde Glas (Klingenthal) in 5:44; Dritter Backofen (Leipzig) in 6:24:21,1. In der Klasse der Junioren siegte Thomas (Oberwiesenthal) mit 6:33:37⅕. Das Gesamtklassement stellt sich wie folgt für die beiden Etappen Sebastiansberg-Oberwiesenthal-Klingenthal (etwa 92 Kilometer): 1. Kaufmann (Oberwiesenthal) 9:45:50,2 (Völkerschlacht-Jubiläumspokal), 2. Glas (Klingenthal) 9:48:35,1, 3. Schönberg (Sauerland) 10:16:10. Junioren: 1. Küttner (Eibenstock) 10:41:38,2, 2. Thomas (Oberwiesenthal) 10:45:20, 3. Schunk (Klingenthal) 10:58:23.

sr. **Die Oxford-Canadians,** die berühmte Eishockey-Mannschaft, weilen zurzeit wieder in Berlin. Als erster Gegner stand den Canadiern der Sportklub Charlottenburg gegenüber. Die Oxford-Canadians siegten nach interessantem Spielverlauf mit 9:2.

Neues aus aller Welt.

Die Wetterlage.

Erneute Sturmflutgefahr an der Ostseeküste.

Rostock, 8. Januar. Durch die erneut drohende Sturmflutgefahr sind die Einwohner Rostocks und Warnemündes aufs schwerste beunruhigt. Das zwischen Rostock und Gehlsdorf verkehrende Motorboot hat gestern mittag seine Fahrten eingestellt, da die Anlegebrücken überschwemmt sind. In Warnemünde hat die Flut den Wasserflugzeugplatz und den Marineflugzeugschuppen überschwemmt. Die Warnow ist abermals im Steigen begriffen. Die Flut hat am Gerberbruch und in den angrenzenden Straßen die Keller überschwemmt. — Der aus dem Nordwesten kommende Wind ist im Laufe des gestrigen Tages heftiger geworden und nach Nord-Nord-West umgeschlagen. Es begann ein großes Schneetreiben, so daß das Wasser der Warne bis auf nahezu 1 Meter über den Nullpunkt stieg. Über die Kaimauer schlagen bereits die Wasserspritzer, und die Häuser in einigen Straßen stehen etwa 1½ Meter unter Wasser. Seit gestern nachmittag 3 Uhr ist das Wasser um 20 Zentimeter gestiegen, so daß die Gefahr einer Sturmflut vorliegt.

Wismar, 7. Januar. Seit heute nachmittag 4 Uhr herrscht bei starkem Südweststurm Hochwasser. Die am Hafen gelegenen Straßen sind überflutet und das Wasser ist in die Häuser eingedrungen.

Hochwasser.

Bingen 8. Januar. Durch das starke Anwachsen der Nahe ist die Hochwassergrenze nahezu erreicht. Auch der Rhein und die übrigen Seitenflüsse sind stark gestiegen, auch Main und Mosel führen Hochwasser.

Kassel, 7. Januar. Infolge des Tauwetters führen Fulda und Weser Hochwasser und sind zum Teil aus den Ufern getreten. Gestern und heute stiegen diese beiden Flüsse um ½ Meter. In Hann.-Münden zeigte der Fuldapegel heute mittag 4.32 Meter. Das ist der höchste Stand seit einigen Monaten. Die Weser führt infolge der Schneeschmelze und der anhaltenden Regengüsse der letzten Zeit Hochwasser. Auch von der Oberweser wird weiteres Steigen gemeldet. — Das Tal der Lahn ist fast in seiner ganzen Ausdehnung überflutet. Viele Ortschaften sind von Hochwasser bedroht. Seit den frühen Morgenstunden herrscht hier wieder heftiges Schneetreiben.

Schneesturmverwüstungen in Rußland.

Petersburg, 7. Januar. Bei dem letzten furchtbaren Schneesturm, der im Gouvernement Saratow herrschte, sind 50 Personen ums Leben gekommen. Nach amtlichen Nachrichten sind die Sturmverwüstungen außerordentlich groß. Auch aus den anderen Wolga-Bezirken kommen Meldungen, die von starken Schneesturmverheerungen berichten. Viele Menschen sind in dem Schneetreiben umgekommen, jedoch liegen hierüber noch keine genauen Nachrichten vor.

*

Ein Eisenbahnzusammenstoß. Duisburg, 7. Januar. Heute vormittag 9.35 Uhr stieß auf dem Bahnhof Wedau ein aus der Richtung Oberhausen-West kommender Güterzug infolge falscher Weichenstellung mit einem nach Duisburg ausfahrenden Güterzug zusammen. Der Zugführer Harmsa und der Schaffner Rathler vom ausfahrenden Zuge wurden schwer verletzt.

Das Ende eines 85jährigen Invaliden. Schwerte, 7. Januar. Seit Freitag voriger Woche wurde der 85 Jahre alte Invalide Johann Schröder aus dem benachbarten Hennen vermißt. Er hatte sich an dem fraglichen Tage fortbegeben

und auf diesem Wege war er geblieben. Gestern wurde er als Leiche auf einem Felde unweit des Dorfes aufgefunden. Der alte Mann ist jedenfalls von dem Wege abgekommen, vor Erschöpfung zusammengebrochen und an Entkräftung gestorben.

Tumultuarisches Gedränge bei einer Berliner Ortskrankenkassenzahlstelle. Berlin, 8. Januar. In der in der Gerichtsstraße untergebrachten Melde- und Zahlstelle der Berliner Allgemeinen Ortskrankenkasse kam es in den gestrigen Vormittagsstunden zu heftigen und sogar tumultuarischen Auftritten. Der Andrang des Publikums zu den Neuanmeldungen hatte gegen 11 Uhr einen derartigen Umfang angenommen, daß die Schalterräume gesperrt werden mußten. Eine große Anzahl Frauen wurde durch das stundenlange Warten ohnmächtig. In den Schalterräumen selbst nahm das Gedränge lebensgefährliche Formen an. Die an den Schaltern befindlichen Personen wurden direkt in die Schalterfenster hineingepreßt, so daß diese in Trümmer gingen. Die Polizei legte sich ins Mittel. Das Publikum wurde im späteren Laufe des Tages nur noch truppweise eingelassen.

Selbstmord in der Kaserne. Küstrin, 7. Januar. Wegen Zwistigkeiten mit seinen Eltern hat sich hier in seiner Stube in der Kaserne der Sergeant Gabelin von der 4. Kompagnie des Infanterie-Regiments Nr. 48 mit seinem Dienstgewehr erschossen.

Überfall auf einen Zuchthaus-Aufseher. München, 8. Januar. Ein zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilter Sträfling überfiel im Zuchthaus zu Kaisheim einen Aufseher. Zwei Sträflinge, die dem Beamten zu Hilfe eilen wollten, wurden mit einem Messer verletzt. Andere Aufseher und Sträflinge konnten schließlich mit großer Mühe den Wütenden überwältigen.

Die Explosion auf dem Tankdampfer „Geestemünde". Hamburg, 7. Januar. Die Deutsch Amerikanische Petroleum-Gesellschaft teilt zu der am 5. Januar in New Orleans auf dem Tankdampfer „Geestemünde" erfolgten Explosion mit, daß ein Arbeiter beim Auseinandernehmen der Röhrenleitung an Deck entgegen der Vorschrift ein Streichholz anzündete, wobei eine Explosion erfolgte. Ein Mann wurde getötet, einer verletzt. Das Schiffsdeck wurde beschädigt.

Ein deutsches Schiff in Seenot. London, 7. Januar. Der deutsche Schoner „Alma" mit Flaschenfracht von Bremen kam nach 8tägiger Fahrt in Granton (Schottland) an. Die Mannschaft richtete nach vierzehntägiger Fahrt durch die schweren Südweststürme in der letzten Zeit die englische Küste bei Whitby; hierauf wurde der Schoner nach der deutschen Küste zurückgetrieben. Als er die Fahrt nach Schottland wieder aufnahm, geriet er in neue Stürme und verlor den Schonerfegel und den Baum. Mit zerfetzten Segeln und beschädigter Steuerung ist der Schoner, der nur noch für zwei Tage Ration hatte, endlich in Granton eingetroffen.

Der Prozeß gegen Oberst v. Reuter.

Fortsetzung des Berichts in der heutigen Morgen-Ausgabe.

wb. **Straßburg**, 7. Januar. Zeuge Landgerichtsrat Kalisch fährt in seiner Aussage weiter fort: Ich bin davon überzeugt nach meinem Gefühl als Jurist, daß dies militärische Vorgehen ungesetzlich war und daß infolgedessen der Widerstand erlaubt war. Ich hatte das Bedürfnis, das zum Ausdruck zu bringen, daß hier eine Ungesetzlichkeit vorliegt. — Rechtsanwalt Schaufler erklärt: Ich bin über das Verhalten des Militärs am 28. November empört gewesen. Es war kein Johlen, kein Auflauf, keine Unruhe, sondern Ruhe wie an jedem anderen Abend. Die allgemeine Auffassung war die, daß nichts passieren würde, wenn das Militär in der Kaserne bliebe. Ich sah die Leutnants v. Forstner und Schadt in provokatorischer Weise durch die Straßen gehen. Es wäre zweckmäßiger gewesen, wenn v. Forstner einige Zeit verschwunden wäre.

Angesichts des Verhaltens des Militärs konnte ich die Haltung der Zaberner Bevölkerung nur bewundern.

— Rechtsanwalt Vetter: Ich verließ abends ½8 Uhr das Amtsgericht. v. Forstner ging über den Schloßplatz, der fast menschenleer war. Der Leutnant schien ziemlich aufgeregt. In einiger Entfernung folgte die Begleitmannschaft. Am Eingang der Hohbarrstraße stand ein junger Mann, der, als er sich umdrehte, auf v. Forstners Befehl ohne ersichtlichen Grund von den Soldaten, die aufgepflanzt hatten, festgenommen wurde. In den Straßen war es absolut ruhig. — Leutnant v. Forstner bemerkt dazu, daß aus einer Gruppe der Ausdruck „Bettsch...." gefallen sei. — Referendar Gärtner bekundet gleichfalls, daß auf dem Schloßplatz und in der Straße vollkommene Ruhe herrschte. Der Zeuge kann sich nicht erklären, weshalb der junge Mann verhaftet wurde. Er hatte, wie er bereits in der Voruntersuchung angegeben habe, den Eindruck, daß

die Leutnants vorgeschickt worden seien, um die Bevölkerung zu reizen.

— Es folgt die Vereidigung des Rechtsanwalts Schaufler, Rechtsanwalts Vetter, Landgerichtsrats Beemelmann, Landgerichtsrats Kalisch und Staatsanwalts Kleinböhmer. Letzterer erklärt, er mache kein Hehl aus seiner persönlichen Auffassung, daß es eine Anmaßung des Militärs war, die Polizei an sich zu reißen. — Einige Musketiere sagen aus, daß sie verhöhnt worden seien. — Zahlmeister Görke bekundet, daß er am 28. November, abends, von seinem Dienstzimmer aus in gewissen Zeitabständen von der Straße her Lärm hörte. — Zeuge Kornmann erklärt, daß er von Leutnant Schadt ohne Grund in den Rücken gestoßen und ins Gesicht geschlagen worden sei, so daß er einen Zahn verlor. Kornmann hat Strafantrag wegen Körperverletzung gestellt. — Leutnant Schadt kann sich des Vorfalls nicht erinnern. — Kornmann, die Soldaten und andere Zeugen werden darauf vereidigt.

Unter großer Spannung des Auditoriums erfolgt

die Vernehmung der Gendarmen.

Kreisdirektor Mahl bestreitet auf Befragen entschieden, daß er irgendwie auf die Gendarmen einzuwirken suchte, insbesondere dahin, daß sie aussagen sollten, die Gendarmerie hätte genügt, um die Ruhe aufrecht zu erhalten. Die Zeugen und Lose und Schröder behaupten, daß ihnen Wachtmeister Schmidt 2. letzteres als Inhalt einer Unterredung mit dem Kreisdirektor erzählt habe. Es wird der Zeuge Schmidt 2. gerufen. Verhandlungsleiter: Ist von dem Herrn Kreisdirektor mit Ihnen darüber gesprochen worden, wie Sie heute aussagen sollten? — Zeuge: Nein. Der Kreisdirektor sagte mir, wir sollten uns streng an die Wahrheit halten. — Verhandlungsleiter: Haben Sie mit Ihren Kameraden in dem Sinne gesprochen, daß der Kreisdirektor gesagt habe, sie sollten so und so aussagen? — Zeuge: Es muß ein Mißverständnis von Lose und Schröder vorliegen. Wir haben uns lediglich über die Zaberner Vorfälle unterhalten. — Zeuge Schröder bleibt bei seiner Aussage. Der Verhandlungsleiter stellt fest, daß hier ein unlösbarer Widerspruch bestehe, und macht die Zeugen eindringlich auf die Folgen eines Meineids aufmerksam. Auf Befragen erklärt Gendarm Schmidt 2., daß der Kreisdirektor seine, des Zeugen Versetzung beantragt habe, daß er aber keinen Grund habe, dem Kreisdirektor eins anzuhängen. — **Gendarmeriewachtmeister Döring und Gendarm Steiner bekunden** gleichfalls, daß sie von dem Kreisdirektor nicht vernommen wurden, um die Zeugen zu beeinflussen. Während der Vernehmung der Gendarmen, die zunächst unvereidigt blieben, waren deren unmittelbare Vorgesetzte, der Kreisdirektor und Gendarmeriehauptmann Schotten, nicht im Saal anwesend. — Gegen 8 Uhr wurde die Weiterverhandlung auf Donnerstag 9 Uhr vertagt.

Vor dem Gerichtsgebäude hatten sich nach Schluß der Verhandlung im Reuter-Prozeß gegen 8 Uhr mehrfach Gruppen Neugieriger angesammelt, die aber von Schutzleuten bald zerstreut wurden. Zu Ausschreitungen irgendwelcher Art ist es heute abend nicht gekommen.

Der vierte Verhandlungstag.

Eigener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblatts".

wb. **Straßburg**, 8. Januar. Auf dem Platz vor dem Gerichtsgebäude herrscht Ruhe, und nur wenige Passanten kreuzen die Straße. Ob man heute, am vierten Verhandlungstag, bis zum Plädoyerbeginn fortschreiten wird, steht vormittags noch nicht fest.

Als erster Zeuge sagt heute Major Ude u. a. aus, daß nach seiner Anschauung die Polizei in Zabern sehr minderwertig sei und daß sie auch sonst nur eingeschritten sei, wo es nötig gewesen ist. Zeuge, der außerhalb der Stadt wohnt, hörte von seinem Friseur am Morgen des 1. November, daß es gestern in der Stadt sehr lustig gewesen sei,

„so eine Art Gaudi wie am Karneval, und die Polizei sei fast verhöhnt worden".

Man habe aber allgemein die Ansicht gehabt, daß alles aufgehört hätte, sobald die Polizei, bezw. die Gendarmerie heimgegangen wäre. Diesen seinen Bericht bestätigt der Zeuge Friseur Anstatt. — Gendarmeriewachtmeister Schmidt weiß von Steinwürfen zu berichten, von deren einem er selbst getroffen worden sei. Ein Polizeidiener habe einen Steinwurf gegen den Kopf über die Schuppenkette des Helms erhalten. Die Menge an dem kritischen Tag schätzt Gendarmeriewachtmeister Schmidt auf 800 bis 1000 Personen, meistens junge Leute, viele neugierige Frauen und Kinder. Auf Befragen erklärt Zeuge, daß das Kommando über Polizei und Gendarmerie der alte Polizeiwachtmeister Mutschler gehabt habe. — Die nächsten Zeugen, mehrere Gendarmeriewachtmeister aus Zabern, berichten nur Bekanntes aus jenen bewegten Tagen. Einer, Gendarmeriewachtmeister Steiner, erklärt ausdrücklich, daß ihm das Auftreten der promenierenden Offiziere nicht provozierend vorgekommen sei.

Kreisdirektor Mahl sei immer auf der Straße gewesen.

Einer der Beisitzeroffiziere fragte den Zeugen, ob die Gendarmerie und Polizei nach seiner Ansicht wohl in der Lage gewesen seien, die Offiziere vor Beschimpfungen und Anrempelungen zu schützen. Der Zeuge bejaht dies bedingt: Ja, wenn wir solche Fälle gesehen hätten, und so weit wir in der Lage dazu waren. — Gendarmeriewachtmeister Döring bestätigt auf Befragen, daß die Gendarmerie mit der Masse nicht hätte fertig werden können. — Leutnant Tigör erklärt hierzu, daß ihm ein Gendarm auf dem Schloßplatz sagte: Wir können hier nichts machen, ich glaube, es ist das beste, wenn man Militär requiriert. — Hauptmann Köppen erzählt, wie er mit anderen Offizieren gegen 7 Uhr abends im „Karpfen" gesessen sei, habe man auf dem Platz lebhaftes Gehen und Geschrei gehört; dann sei ein Trommelwirbel erfolgt, und da seien sie nach der Kaserne gegangen. — Hauptmann Belte: Die Bevölkerung in Zabern hielt es, wie ich jetzt weiß, schon für provozierend, wenn die Leutnants die Hand am Degengriff hielten. Die Gendarmen in Zabern hätten auf ihn einen geradezu unerklärlichen Eindruck gemacht. — Major Rabe von den Mern habe auf Befragen eines Gendarmen die Antwort erhalten: Die Straßen werden deshalb nicht geräumt, weil Kreisdirektor und Bürgermeister die Weisung gegeben hätten, es dürfe nicht scharf vorgegangen werden. Als der Zeuge einem Feuerwehrchargierten zurief, er möge doch endlich zu spritzen beginnen, damit die Schreier den Rücken kehren, habe dieser erklärt: „Glauben Sie denn, daß wir gegen unsere Mitbürger kämpfen?" Die Polizei in Zabern erschien dem Zeugen ungenügend. In den Aufläufen sei ein gewisses System gewesen, wobei die Kinder in den Vordergrund gedrängt wurden. — Leutnant v. Forstner sagte aus, er habe gehört, wie Major Rabe von einem Gendarmen die Antwort erhielt: „Wir dürfen nicht energisch eingreifen, der Kreisdirektor hat es verboten." — Gendarmeriehauptmann Schotte erklärte, der Oberwachtmeister habe einen sehr eingeschüchterten Eindruck gemacht. Den Befehl über die Gendarmerie führe immer der Oberwachtmeister, nie ein Polizeiwachtmeister. Von der Tätigkeit der Polizei in Zabern hätten die Gendarmen eine sehr geringe Achtung gehabt.

Kreisdirektor Mahl erklärte: Ich hatte den Oberbefehl selber übernommen. Die Gendarmen waren gern bereit, sich den Anordnungen des dienstältesten Polizeiwachtmeisters unterzuordnen.

Als zur Zeugenvernehmung geschritten wird, teilt Gendarmeriewachtmeister Schmidt 2r mit, daß sie, die Gendarmen, im Auftrag der Ortspolizei gehandelt hätten.

Es folgt die Vereidigung der Zeugen, Offiziere und Gendarmen sowie des Friseurs Anstatt. Die Gendarmen versichern wiederholt, daß sie vom Kreisdirektor in keiner Weise beeinflußt seien. — Gendarmeriewachtmeister Schmidt 2r erklärte noch ausdrücklich, die Polizei hätte nicht ausgereicht. — Nach Verlesung der verschiedenen Artikel im „Zaberner Anzeiger" vom November wird um 11½ Uhr die Beweisaufnahme geschlossen.

*

Die Anträge des Anklagevertreters.

wb. **Straßburg**, 8. Januar. **Im Reuter-Prozeß beantragte der Anklagevertreter Freisprechung des Obersten von Reuter hinsichtlich der Anklage, daß er sich die Exekutivgewalt angeeignet habe. Er habe nicht das Bewußtsein der Rechtswidrigkeit gehabt. Wegen Freiheitsberaubung (Einsperrung in den Pandurenkeller) beantragte der Anklagevertreter sieben Tage Gefängnis.**

Ein neuer Prozeß gegen Leutnant v. Forstner?

wb. **Straßburg**, 8. Januar. Der Straßburger Korrespondent des „Matin" meldet, daß gegen Leutnant von Forstner ein neuer Sensationsprozeß zu erwarten sei. Nach seinen Informationen hat ein Arbeiter aus Zabern namens Könitz Strafantrag gegen Leutnant v. Forstner gestellt, weil dieser seine 16 Jahre alte Tochter verführt hat. Die Verantwortung für diese Meldung muß dem „Matin" überlassen bleiben.

Letzte Drahtberichte.

Schwere Verdächtigungen der Zaberner Zeugen durch die alldeutsche „Post".

Berlin, 8. Januar. (Eig. Drahtber. d. „Wiesb. Tagbl.") In einem Artikel „Eid gegen Eid", den die „Post" heute über den Reuter-Prozeß veröffentlicht, leistet sich das freikonservative Blatt ungefähr das tollste an Verleumdung und Demagogie, was man bisher selbst von dieser Seite erlebt hat. Sie bringt es fertig, die Zivilzeugen im Reuter-Prozeß „vom Gendarmen bis zum Staatsanwalt" des Meineids zu verdächtigen. Es heißt in dem Artikel, der vermutlich noch mannigfache Erörterungen zeitigen wird, u. a.: „Wer die Zeugenaussagen in dem Prozeß gegen den Obersten v. Reuter verfolgt, der kommt unmittelbar auf die „gute alte Zeit", die heute in den „Fliegenden Blättern" wie in den „Meggendorfern" zur Belustigung der Leser wieder auflebt. Es ist traurig, das von einem Landesteil Deutschlands und seiner Bevölkerung sagen zu müssen, aber es bleibt nichts anderes übrig. Wo man auch hinblicken mag, auf die Spitzen dieses Volkes oder die Tiefen seiner Niederung, man lächelt unwillkürlich. ... Schwören können diese Leute, das hat man im Deutschen Reiche noch nicht erlebt. Es kann gepfiffen werden, daß man es drüben im „Hotel zum Karpfen" hört, daß einer, der drinnen im Lokal sitzt, durch Türen und Fenster von der Straße getrennt, hinausgeht, um zu sehen, was denn da eigentlich los sei — das Zivil hört nichts. Wer jetzt die Vernehmung der Zivilzeugen in Straßburg mitmachen muß, wird unwillkürlich die Empfindung haben, einem Kongreß Schwerhöriger beizuwohnen. ... Die überragende Mehrzahl sieht und hört nichts über die Stiefelspitzen hinaus. „Die ruhigste Bevölkerung der Welt" ist im Gerichtssaal die stummste. Trappisten sind schwatzhafter. ... Vom letzten Gendarmen bis hinauf zum ersten Staatsanwalt gibt es nur eine Stimme über das, was es zu sehen und zu hören gab. Schopenhauer mit seiner großen Weltverneinung verblaßt gegenüber dieser Volkssinfonie des Verneinens. Vorgänge, Zwischenfälle, Zustände, Existenzen — alles wird negiert. Der Verdacht, daß in Straßburg von einigen Zeugen mehr verschwiegen worden ist, als sich mit der Zeugenpflicht verträgt, ist nicht mehr von der Hand zu weisen. Es nützt nichts, um die Dinge herumzureden. Unseres Erachtens hat die Staatsanwaltschaft in Zabern alle Hände voll zu tun, um Licht in das Dunkel dieser Zeugenaussagen zu bringen. Indessen: „Die Herren vom Gericht sind ja zurzeit vollauf beschäftigt, und zwar — als Zeugen."

Die Generalstreikgefahr in Südafrika.

R. **Johannesburg**, 7. Januar. Die Eisenbahnverwaltung hat beschlossen, im Falle des Streikes einen eingeschränkten Bahnverkehr aufrechtzuerhalten. Die Banken haben das für den Export bestimmte ungemünzte Gold heute per Bahn abgeschickt, anstatt morgen. Der Streik ist jetzt auf morgen 7 Uhr festgesetzt. Nach Nachrichten, welche die Führer der Eisenbahner erhalten haben, werden sowohl die Angestellten der verschiedenen Eisenbahnwerkstätten wie auch das Fahrdienstpersonal in den Streik treten. Die 300 Eisenbahnangestellten aller Grade in Broamfontein haben sich für einen sofortigen Streik entschieden.

R. **Kimberley**, 7. Januar. Eine Abstimmung der organisierten und nichtorganisierten Arbeiter ergab 58 Stimmen gegen und 41 für den Streik.

R. **Kapstadt**, 7. Januar. Eine Massenversammlung von Eisenbahnangestellten und Hafenarbeitern hat beschlossen, über die Frage eines Streikes noch nicht abzustimmen, sondern die Lage erst in einer neuen Versammlung zu besprechen. Die allgemeine Stimmung war gegen einen Streik. Das hiesige Lokomotivpersonal hat einstimmig eine Resolution angenommen, sich an keiner die öffentliche Wohlfahrt schädigenden Bewegung zu beteiligen.

R. **Durban**, 7. Januar. Die Arbeiter in den Eisenbahnwerkstätten haben beschlossen, auf ein gegebenes Signal hin sofort mit dem Streik zu beginnen.

Die Vorgänge in Albanien.

Die Meinung in Berlin.

Berlin, 8. Januar. (Eig. Drahtber. d. „Wiesb. Tagbl.") Die Meldungen über Albanien betrachtet man in Berliner amtlichen Kreisen mit ziemlicher Ruhe. Man steht auf dem Standpunkt, daß der Prinz zu Wied in keiner Weise sich dadurch beeinflussen lassen wird, event. nunmehr auf den albanischen Thron vollkommen zu verzichten. Die Großmächte werden alles dransetzen, etwaige Putschversuche Izzet-Paschas oder der Jungtürken zu verhindern, wie dies bereits durch Anhalten eines Dampfers mit türkischen Freiwilligen geschehen ist. Man kann immerhin damit rechnen, daß, wenn Griechenland zur festgesetzten Frist Albanien räumen wird und die inneren Streitigkeiten aufhören, der Prinz zu Wied Ende Januar die Ausreise nach Albanien antritt.

Die Dreibundmächte und die Inselfrage.

Berlin, 8. Januar. (Eig. Drahtber. d. „Wiesb. Tagbl.") Es bestätigt sich, daß die Antwort der Dreibundmächte auf den zweiten Teil des Greyschen Vorschlags in allernächster Zeit in London überreicht werden wird. Die Dreibundmächte werden, wie ebenfalls schon gemeldet, ihre Zustimmung dazu geben, daß Chios und Mytilene an Griechenland fallen. Über das Schicksal der von Italien besetzten Inseln wird, wie wir erfahren, die Antwort der Dreibundmächte nichts enthalten.

Die großen Veränderungen in der türkischen Armee.

wb. **Konstantinopel**, 8. Januar. Unter den Offizieren, die ihren Abschied erhalten, befinden sich die Marschälle Zeki und Ibrahim-Pascha, Schükri-Pascha, der Verteidiger Adrianopels, der General der 1. Division Abdullah-Pascha, die Generale Ahmed, Muenir, Hamdi, Enver, Ismail, Fasil, Bethi, Yaver, Fewsi, Schewket, Torghut, Hassan und Tahsin, im ganzen 33 Divisionsgenerale, 40 Brigadegenerale, 12 Obersten im Generalstab und 76 andere Obersten. Die betreffenden Irades sind bereits erschienen. Gleichzeitig sind weitere Irades über Ernennungen und Beförderungen er-

schienen. Der Berliner Botschafter, General Mahmud Mukhtar-Pascha, wird zum Inspekteur der 3. Armeeinspektion ernannt. Er erhielt vom Kriegsministerium telegraphischen Befehl, sofort von Berlin abzureisen und seinen neuen Posten anzutreten. Brigadegeneral Dschavid-Pascha wurde zum Inspekteur der 4., Marschall Osman-Pascha zum Inspekteur der 1. und General Teki zum Inspekteur der 2. Armeeinspektion ernannt. Ein Brigadegeneral und 30 Obersten wurden zu Divisionskommandeuren ernannt, u. a. Oberst Bronsart v. Schellendorf zum Kommandeur der 3. Division. In der Liste steht auch General Liman v. Sanders als Kommandeur des 1. Korps. — Kriegsminister Enver-Pascha übernimmt auch die Funktionen des Chefs des Generalstabes. Der stellvertretende Chef des Generalstabes wird noch ernannt; zum zweiten stellvertretenden Chef des Generalstabes ist Oberst Ismail-Hakki, ein Schwiegersohn des Sultans, und früherer Militärattaché in Wien, ernannt worden. Das neue Budget des Kriegsministeriums weist gegen das laufende Jahr Ersparnisse von drei Millionen Pfund auf.

wb. **Paris**, 8. Januar. Die radikalen Maßnahmen, mit denen Enver-Pascha seine Tätigkeit begonnen hat, haben in Paris große Verwunderung hervorgerufen. Dem Konstantinopeler Korrespondenten des „Matin" erklärte ein Kabinettsmitglied, daß es sich bei der Verabschiedung der zahlreichen Offiziere lediglich um eine militär-technische Maßnahme handele.

Keine weiteren Schritte der russischen Regierung wegen der deutschen Militärmission.

Berlin, 8. Jan. (Eig. Drahtber. d. „Wiesb. Tagbl.") Die kürzlich aus Paris gekommene Nachricht, die russische Regierung beabsichtige, in der Frage der deutschen Militärmission neue Schritte zu unternehmen, trifft, wie wir hören, nicht zu.

Die Oberpräsidenten beim Kronprinzen zu Gast.

wb. **Berlin**, 8. Januar. Gestern abend waren bei dem Kronprinzenpaar sämtliche Oberpräsidenten zur Tafel geladen: v. Windheim, v. Jagow, v. Waldow, Dr. Schwartzkopff, Dr. v. Guenther, v. Hegel, v. Bülow, Dr. v. Wentzel, Prinz v. Ratibor, Hengstenberg, Freiherr v. Rheinbaben, Oberpräsidialrat Graf v. Rödern (Potsdam) als Vertreter des Oberpräsidenten v. Conrad. Ferner waren geladen der Fürst zu Solms-Baruth und Polizeipräsident v. Jagow.

Eine amerikanische Vortragsreise des Geh. Rats Rießer.

Berlin, 8. Jan. (Eig. Drahtber. d. „Wiesb. Tagbl.") Der Präsident des Hansabundes, Geh. Rat Rießer, hat sich gestern mit dem Schnelldampfer „Kronprinzessin Cecilie" vom Norddeutschen Lloyd nach Amerika begeben. Der Zweck dieser Reise ist die Veranstaltung von Vorträgen über das deutsche Bankwesen, die Rießer vor New Yorker Bankiers halten wird. Er dürfte vier Wochen in Amerika bleiben.

Caillaux' Finanzpläne.

wb. **Paris**, 8. Januar. In antiministeriellen Kreisen wird das Gerücht verbreitet, Finanzminister Caillaux beabsichtige, außer den geplanten Steuern auch noch andere Hilfsquellen zur Deckung des Defizits heranzuziehen. So wolle er den Eisenbahngesellschaften gegen Bezahlung beträchtlicher Summen Verlängerung ihrer Konzessionen gewähren.

Spionageangst in Frankreich.

wb. **Paris**, 8. Januar. Vor dem Zuchtpolizeigericht in Lunéville erschien der als Werkführer bei dem Bau der Bahn von Lunéville nach Blamont angestellte deutsche Staatsangehörige Herrmann unter der Anklage der Spionage, weil in seinem Besitze verschiedene Pläne dieser Bahnstrecke vorgefunden worden waren. Die Bauunternehmer waren als Mitschuldige angeklagt, weil sie Herrmann diese Pläne zur Verfügung gestellt hatten. Nach der unter vollständigem Ausschluß der Öffentlichkeit durchgeführten Verhandlung beschloß der Gerichtshof, das Urteil in acht Tagen zu verkünden. — Der Rektor der Universität Grenoble richtete an das „Echo de Paris" ein Schreiben, in dem er die von dem bekannten Militärschriftsteller General Maitrot in diesem Blatte gegen die deutschen Studenten in Grenoble ausgesprochene Verdächtigung der Spionage mit aller Entschiedenheit zurückweist.

Die Hafenpläne für Tanger.

wb. **Paris**, 8. Januar. Einer offiziösen Meldung zufolge wird in Paris eine aus französischen, deutschen, englischen und spanischen Ingenieuren bestehende Kommission zusammentreten, um die von dem Oberingenieur der Generalresidentschaft in Rabat Porché ausgearbeiteten Pläne, betreffend den Hafen von Tanger, zu prüfen. Die Kommission wird auch über die Vergebung des Baues Beschluß fassen.

Lloyd Georges Erholungsreise unterbrochen?

wb. **Paris**, 8. Januar. Lloyd George, der die Absicht hatte, einige Tage in Biskar (Algerien) zu verbringen, fand bei seiner Ankunft in Konstantine eine Depesche vor, die ihn veranlaßte, unverzüglich nach Paris zurückzukehren.

Die englischen Flottenmanöver.

wb. **London**, 8. Januar. Die Geschwader der heimischen Flotte werden die englischen Gewässer binnen kurzem verlassen, um sich zu den großen Manövern an die spanische Küste zu begeben. Voraussichtlich wird die Flotte den Hafen von Cherbourg anlaufen.

Das neue Militärluftschiff „L. Z. 22".

wb. **Friedrichshafen**, 8. Januar. Das für Dresden bestimmte neue Militärluftschiff „L. Z. 22" (Z. 7) hat heute vormittag 9 Uhr 46 Minuten unter Führung von Direktor Dürr seine erste Probefahrt angetreten.

Ein Bombenattentat.

□ **London**, 8. Januar. (Eig. Drahtber. d. „Wiesb. Tagbl.") Der Kampf zwischen den streikenden städtischen Arbeitern und den Behörden der Stadt Leeds führte gestern abend zu einem Bombenattentat, das sich gegen die Harewood-Kaserne richtete, in der 50 Polizisten aus Liverpool untergebracht waren. Sämtliche Fensterscheiben in der Umgegend zersprangen. Ein Sanitätssergeant, der in seinem Zimmer saß, wurde von seinem Stuhle geschleudert, ein Kasernenaufseher durch umherfliegende Glassplitter am Arm verletzt. Die Bombe war mit Dynamit gefüllt.

Heuschreckenschwärme in Ägypten.

* **Kairo**, 8. Januar. In der Nähe von Assuan sind in den letzten Tagen ungeheure Heuschreckenschwärme beobachtet worden, die sich dem Nilbecken zu bewegen. Die Behörden treffen alle Vorbereitungen, damit nicht wieder Verwüstungen wie im Jahre 1904 eintreten können.

---

wb. **Brüssel**, 8. Januar. Prinz Eitel Friedrich, der sich seit Montag inkognito hier aufhält und bei dem Herzog von Arenberg abgestiegen ist, wird, nach einer Blättermeldung, Gast des belgischen Königspaares sein.

wb. **Paris**, 8. Januar. Wie aus Rabat gemeldet wird, soll der Kaid der Anflus, der dem französischen Einfluß im Susgebiete mit großer Entschiedenheit begegnete, seine Unterwerfung angeboten haben. Er werde sich demnächst nach Marakesch begeben, um sich dem General Brulard zur Verfügung zu stellen.

Wetterberichte.

Deutsche Seewarte Hamburg.

8. Januar. 8 Uhr vormittags.

1 = sehr leicht, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = steif, 8 = stürmisch, 9 = Sturm, 10 = starker Sturm.

Beobachtungs-Station.	Barom.	Wind-Richtung u. -Stärke	Wetter	Therm. Cels.	Beobachtungs-Station.	Barom.	Wind-Richtung u. -Stärke	Wetter	Therm. Cels.
Borkum	783,3	SW 5	bedeckt	+ 5	Scilly	765,0	SSW 5	bedeckt	+10
Hamburg	764,1	SW 3	»	+ 1	Aberdeen	754,9		»	+ 7
Swinemünde	765,1	W 2	wolkig	— 3	Paris				
Memel	763,1	NO 3	bedeckt	— 8	Vlissingen				
Aachen	769,5	SSW 5	»	+ 2	Christiansund	740,0	WSW 1	bedeckt	+ 5
Hannover	766,8	W > W 5	»	+ 2	Skagen				
Berlin	767,1	SW 2	»	— 3	Kopenhagen	761,7	WSW 6	Schnee	— 2
Dresden	768,7		Schnee	— 3	Stockholm	761,4	SW 3	bedeckt	—12
Breslau	767,0	NW 3	halbbed.	— 4	Haparanda	7[illegible],4	N 3	wolkenl.	—23
Metz	774,7	SW 3	bedeckt	0,4	Petersburg	762,4	WNW 1	»	—22
Frankfurt, M.	771,2	SW 1	Dunst	0,1	Warschau	760,8	NW 1	bedeckt	— 2
Karlsruhe, B.	772,5	SW 3	bedeckt	+ 1	Wien	758,7	NW 4	wolkig	— 4
München	773,6	SW 5	»	— 2	Rom				
Zugspitze	526,3	NW 6	Schnee	—21	Florenz	766,3	N 2	wolkenl.	+ 5
Valencia	760,2	S 4	bedeckt	+12	Seydisfjord	752,0	SW 2	»	— 2

Beobachtungen in Wiesbaden

von der Wetterstation des Nass. Vereins für Naturkunde.

7. Januar	7 Uhr morgens.	2 Uhr nachm.	9 Uhr abends.	Mittel.
Barometer auf 0° und Normalschwere	740,7	752,0	766,3	702,3
Barometer auf dem Meeresspiegel	757,3	762,5	764,1	763,0
Thermometer (Celsius)	1,3	3,6	0,9	1,4
Dunstspannung (mm)	4,6	3,8	3,8	4,0
Relative Feuchtigkeit (%)	91	65	77	77,7
Wind-Richtung und -Stärke	NW 3	NW 4	NO 2	—
Niederschlagshöhe (mm)	0,5	0,1	0,0	—

Höchste Temperatur (Celsius) 3,5. Niedrigste Temperatur 0,9.

Wettervoraussage für Freitag, 9. Januar 1914,

von der Meteorologischen Abteilung des Physikal. Vereins zu Frankfurt a. M.

Meist trüb, später trocken, Temperatur um Null, westliche Winde.

Wasserstand des Rheins

am 8. Januar:

Biebrich.	Pegel:	1,95 m	gegen 1,70 m	am gestrigen Vormittag
Caub.	„	2,41 m	„ 2,25 m	„ „ „
Mainz.	„	1,22 m	„ 0,96 m	„ „ „

Handelsteil.

Berliner Börse.

§ **Berlin**, 8. Januar. (Eigener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblatts".) Bei Eröffnung zeigte die Börse ein ziemlich behauptetes Aussehen. Montanpapiere, die schon mit leichten Besserungen eingesetzt hatten, vermochten später vereinzelt noch weiter anzuziehen. So namentlich Bochumer und Gelsenkirchen, und zwar einesteils auf die fortschreitende Besserung des Stabeisenmarktes, andererseits auf bessere amerikanische Eisenmarktberichte. Guten Eindruck machte der Passus in der preußischen Thronrede über den weiteren Ausbau des preußischen Eisenbahnnetzes, wie überhaupt die Hervorhebung der Gesundung der preußischen Staatsfinanzen beifällig beurteilt wurde. Immerhin blieb das Geschäft überwiegend auf die professionellen Kreise beschränkt. Canada und Baltimore höher auf New York. In den sonstigen Werten waren die Kursveränderungen ohne Belang. Elektrizitäts- und Schiffahrtsaktien wurden heute verschiedentlich realisiert. Die feste Haltung hielt bei stillem Geschäft an. Als die Nachricht von der Ermäßigung der Bankrate in London eintraf, trat verschiedentlich eine Belebung des Geschäfts bei nach oben strebenden Kursen ein. Tägliches Geld 2½ bis 2 Proz. und darunter. Privatdiskont 3¼ Proz. (wie gestern).

Frankfurter Börse.

= **Frankfurt a. M.**, 8. Januar. (Eigener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblatts".) Ist auch das Geschäft immer noch kein lebhaftes, so zeigt sich doch Interesse für einzelne Papiere. Es lagen der Börse heute nur bessere Nachrichten vor, welche allerdings zu einer lebhafteren Bewegung nicht führten. Die preußische Thronrede anläßlich der Eröffnung des Landtages machte hinsichtlich der Staatsfinanzen einen guten Eindruck. Die Ziffern der Roheisengewinnung in Deutschland und Luxemburg lassen eine weitere Besserung erkennen. Etwas hemmend wirkten die unfreundlichen Wiener politischen Meldungen über den Stand der Frage der ägäischen Inseln. Da die Wiener Vorbörse freundliche Stimmung zeigte, so wurden die in Betracht kommenden Werte vereinzelt etwas besser bezahlt. Heimische Bankaktien sind gut behauptet. Transportwerte ruhiger. Amerikanische Bahnen ruhiger. Baltimore und Ohio fester, bis 99 11/16 Proz. bezahlt. Schiffahrtsaktien gut behauptet. Paketfahrt mäßig höher. In Elektrowerten war die Kaufbewegung weniger lebhaft. Schuckert schwächten sich ab. Auch Siemens u. Halske angeboten. Auf dem Gebiete der Montanpapiere wurden Phönix-Bergbau und Deutsch-Luxemburger höher bezahlt. Interesse bestand für Gelsenkirchen. Heimische Renten waren meist behauptet. Die Anleihen der Bundesstaaten sind teilweise besser. Französiche Fonds lagen überwiegend still. Am Kassamarkt für Dividendenwerte war die Haltung fest. Die Hoffnung auf eine Ermäßigung der englischen Bankrate hat sich erfüllt. Der Diskont wurde um ½ Proz. auf 4½ Proz. herabgesetzt. Im weiteren Verlaufe wurde das Geschäft ruhig. Erwähnenswert sind bei fester Tendenz Montanpapiere. An der Nachbörse Elektrizitätswerte wesentlich anziehend. Privatdiskont 3¾ Proz. (gestern 3 5/16 Proz.).

Banken und Geldmarkt.

WTB. **Diskontermäßigung der Bank von England.** London, 8. Januar. (Eig. Drahtber. d. „Wiesb. Tagbl.".) Die Bank von England ermäßigte den Privatdiskont auf 4½ Proz.

= **Die Deutsche Bank** hat auch in diesem Jahre eine Zusammenstellung des Notenumlaufs und Metallbestandes der Reichsbank nach den vorletzten und letzten Ausweisen eines jeden Monats während der letzten zehn Jahre nebst einer graphischen Darstellung der Bewegung des Berliner Privatdiskonts herausgegeben. (Vergl. auch ferner die Tabellen über die Preisbewegung der Waren im Jahre 1913 im heutigen Morgenblatt.)

Der erste Hypothekenbankabschluß für 1913.

Als erste unter den deutschen Hypothekenbanken veröffentlicht in diesem Jahre die Hypothekenbank in Hamburg ihren Rechenschaftsbericht für 1913. Das hinter uns liegende schwere Jahr mit seinen abnormen Verhältnissen im Hypotheken- und Baugeschäft, wie überhaupt am Geldmarkt hat dem Institut die Möglichkeit geboten, seine großen verfügbaren Mittel derart anzulegen, daß eine Erhöhung der Dividende von 9 auf 10 Proz. eintreten kann.

Zu diesem Ergebnis hat neben dem Ertrag aus den alljährlich verstärkten Reserven der Zinsgewinn, den die Gesellschaft im verflossenen Jahre mit den freien Geldern erzielt hat, erheblich beigetragen. Dagegen nehmen an dem Jahresgewinn die Mehreinnahmen an Zinsen, die bei dem Abschluß und bei der Prolongation von Hypotheken ausbedungen wurden, nur in geringem Maße, und die diesjährigen Abschlußprovisionen überhaupt nicht teil. Diese Gewinne werden in der Hauptsache erst vom neuen Jahre ab in den Abrechnungen erscheinen, und zwar in einer Höhe, die auch eine erhebliche Mindereinnahme an Zinsen für freie Gelder reichlich ausgleicht. Wenn nichts Unvorhergesehenes geschieht, darf man daher erwarten, auch in den kommenden Jahren die Dividende von 10 Proz. aufrecht erhalten zu können, die übrigens für die gesamten Betriebsmittel des Instituts doch nur eine 5¾-proz. Verzinsung darstellt. Das abgelaufene Jahr ist gekennzeichnet durch eine bisher noch nichterlebte Stockung des Pfandbriefabsatzes. Hatte in früheren Jahren die Gunst oder Ungunst der Marktlage sich nur im Tempo des Verkaufs bei unablässig fortschreitender Vermehrung des Pfandbriefumlaufs ausgeprägt, so erfuhr die Umlaufssumme im Berichtsjahre zum erstenmal eine Verminderung, und zwar um 4.7 Mill. M. Die Ursachen dieser Erscheinung sind in der Publizistik zu oft besprochen worden, als daß es erforderlich wäre, sie hier eingehender zu erörtern. Die naheliegende Frage, ob unter diesen Umständen dem stockenden Geschäft durch Emission einer Pfandbriefkategorie mit erhöhtem Zinsfuß aufgeholfen werden soll, hat das Institut verneinen zu sollen geglaubt, da der Übergang zu 4½-proz. Pfandbriefen wie eine Deklassierung der 4proz. Pfandbriefe wirken würde.

An Hypothekenzinsen erbrachte das Geschäftsjahr 1913 24 920 599 M. (i. V. 24 921 116 M.), an sonstigen Zinsen 1 237 936 M. (777 889 M.), Provisionen 394 221 M. (241 487 M.), und Pfandbriefagio 298 484 M. (289 715 M.). Demgegenüber erforderten Pfandbriefzinsen 20 819 467 M. (20 789 658 Mark), Unkosten 851 750 M. (848 056 M.), Talonsteuer 150 000 Mark (400 000 M.). Es ergibt sich ein Überschuß von 5 030 023 M. (4 192 493 M.), der durch den Vortrag auf 5 510 206 M. (i. V. 4 923 492 M.) sich erhöht. Im Vorjahr waren 810 184 M. (730 999 M.) auf neue Rechnung vorgetragen worden. Der Aufsichtsrat hat jedoch mit Rücksicht auf das Wehrsteuergesetz beschlossen, von dem Gewinnvortrag der letzten Abrechnung einen Betrag von 310 000 M. abzuzweigen und als Wehrsteuerkonto in die Bilanz einzustellen.

Von den durch die Gesellschaft beliehenen Grundstücken sind 12 im vergangenen Jahre freihändig verkauft worden. Die nachgewiesenen Verkaufspreise haben 19 317 851 M. betragen, die Beleihungen der Hypothekenbank 11 311 336 M. Die gerichtliche Zwangsverwaltung und Zwangsversteigerung wurde unter vollständiger Ausbietung der Forderungen der Hypothekenbank über 87 (gegen 68 im Jahre 1912) von ihr beliehene Grundstücke durchgeführt, wovon auf Antrag der Bank in 52 Fällen (gegen 31 im Jahre 1912). Der Hypothekenbestand betrug am 31. Dezember 1913 570 744 730 M. (am 31. Dezember 1912 571 640 119 M.). Von dem Gesamtbestand von 570 744 739 M. waren am 31. Dezember 1913 als Deckung für den Pfandbriefumlauf, welcher laut Bilanz 530 696 100 M. (535 401 900 M.) beträgt, in das unter der Aufsicht des Staatskommissars geführte Hypothekenregister eingetragen 553 222 831 Mark. Die ordentliche Reserve und die Reserve II belaufen sich nach der erwähnten Umbuchung auf 19 743 006 M. (20 740 000 M.) bei 36 Mill. M. (wie i. V.) Aktienkapital. Die Guthaben bei der Deutschen Bank und anderen ersten Bankhäusern in laufender Rechnung betragen 19 712 217 M. (20 577 374 M.).

Weinbau und Weinhandel.

m. **Zentralkellerei Wiesbaden.** Mainz, 7. Januar. Die Zentralkellerei Wiesbaden vormals Weinabteilung der Landwirtschaftlichen Zentral-Darlehnskasse für Deutschland, brachte heute hier 77 Nummern rheinhessische, Rheingauer und rheinpfälzische Weißweine sowie deutsche Rotweine verschiedener Jahrgänge zur Versteigerung. Darunter befand sich auch eine Anzahl Weine, die auf Flaschen gefüllt waren. Elf Nummern Faßweine und eine Anzahl Flaschen wurden zurückgezogen. Für 1 Halbstück 1906er wurden 740 M., 1 Halbstück 1911er 820 M., 3 Halbstück 1909er 580, 700 und 750 M., 3 Fuder 1910er 570 bis 700 M., 22 Halbstück 1910er 490 bis 810 M., 1 Halbstück 1900er 810 M., 1 Fuder 1904er 930 M., 1 Halbstück 910 M., 1 Fuder 1905er 680 M., 2 Fuder 1908er 630 und 900 M., 5 Halbstück 1912er Rotwein 430 bis 480 M., 4 Viertelstück 1911er Rotwein 210 bis 230 M., die Flasche 1908er Weißwein 1.40 bis 1.90 M., 1905er 1.10 bis 1.35 M., 1911er 1.65 bis 3.70 M., 1907er 1.65 M., 1906er 2.05 M., 1904er 1.10 bis 2.10 M., 1886er 3.40 M., 1884er 4.35 bis 4.50 M., 1900er 1.60 M., 1904er Rotwein 1.30 M. Der Gesamterlös stellte sich 1.60 M., 1904er Rotwein 1.30 M. bezahlt. Der Gesamterlös stellte sich auf rund 48 000 M. ohne Fässer und einschließlich Flaschen.

Marktberichte.

= **Fruchtmarkt zu Wiesbaden** vom 8. Januar. 100 Kilo Hafer 16 bis 17 M., 100 Kilo Richtstroh 4.80 M., 100 Kilo Krummstroh 3.20 M., 100 Kilo Heu 6.60 bis 7.20 M. Angefahren waren 8 Wagen mit Frucht und 11 Wagen mit Stroh und Heu.

= **Fruchtmarkt zu Limburg** vom 7. Januar. Roter Weizen (Nassauischer) per Malter 16.70 M., Weißer Weizen (angebaute Fremdsorten) per Malter 15.20 M., Korn per Malter 11.50 M., Futtergerste per Malter 9 M., Braugerste per Malter 10.60 M., Hafer per Malter 7.75 M., Kartoffeln per Zentner 2.10 M., Butter per Pfund 1 M., Eier 2 St. 25 Pf.

Die Abend-Ausgabe umfaßt 10 Seiten.

Chefredakteur: A. Hegerhorst.

Verantwortlich für den politischen Teil: A. Hegerhorst; für Feuilleton: B. v. Mauenhorst; für Aus Stadt und Land: C. Rörberdt; für Gerichtssaal: H. Diefenbach; für Sport und Spiel: F. Gunther; für Vermischtes und Briefkasten: C. Lessacker; für Handel: W. Cp; für die Anzeigen und Reklamen: H. Dornauf; sämtlich in Wiesbaden.

Druck und Verlag der L. Schellenberg'schen Hof-Buchdruckerei in Wiesbaden.

Sprechstunde der Redaktion: 12 bis 1 Uhr; in der politischen Abteilung von 10 bis 11 Uhr.

1 Pfd. Sterling	ℳ 20.40
1 Franc, 1 Lire, 1 Peseta, 1 Lei	» —.80
1 österr. fl. i. G.	» 2.—
1 fl. ö. Whrg.	» 1.70
1 österr.-ungar. Krone	» —.85
100 fl. öst. Konv.-Münze	105 fl.-Whrg.
1 skand. Krone	ℳ 1.125

Kursberichte vom 8. Jan. 1914.

Eigene Drahtberichte des Wiesbadener Tagblatts.

1 fl. holl.	ℳ 1.70
1 alter Gold-Rubel	» 3.20
1 Rubel, alter Kredit-Rubel	» 2.16
1 Peso	» 4.—
1 Dollar	» 4.20
7 fl. süddeutsche Whrg.	» 12.—
1 Mk. Bco.	» 1.50

Berliner Börse.

Div.	Bank-Aktien.	In %
8½	Berliner Handelsges.	156.90
6	Commerz- u. Disc.-B.	107.80
6½	Darmstädter Bank	116.75
12½	Deutsche Bank	250.90
6	D. Eff.- u. Wechselb.	113.50
10	Disconto-Commandit	187.70
8½	Dresdner Bank	152.80
7	Meininger Hyp.-Bank	139.
6½	Mitteld. Creditbank	116.75
7	Nationalb. f. Deutschl.	116.90
10⅝	Oesterr. Kreditanst.	—
13	Petersbrg. Intern. Bk.	204.10
5.86	Reichsbank	139.
7½	Schaaffh. Bankverein	101.60

Div.	Bahnen und Schiffahrt.	In %
9½	Canada-Pacific	215.30
6	Baltimore und Ohio	89.10
6	Deutsche E.-Betr.-G.	107.25
9	Hamb.-Am. Paketf.	134.
15	Hansa-Dampfschiff.	272.20
5½	Niederwaldbahn	16.10
5	Nordd. Lloyd	117.
7	Oesterr.-Ung. Staatsb.	154.
0	Oesterr. Südb. (Lomb.)	—
7	Orient. E.-Betr.-G.	197.25
6	Pennsylvania	—
6½	Südd. Eisenbahn-G.	122.25
8½	Schantung-Eisenb.	128.10

Div.	Brauereien.	In %
15	Schultheiss	266
10	Leipz. Bierbr. Riebeck	168.25
0	Wiesbad. Kronenbr.	10.

Div.	Bau- u. Tiefbohr-Unternehm.	In %
20	Beton- und Monierbau	160.
23	Deutsche Erdöl-Ges.	269.
5	Gebhardt & König	207.50
0	Neue Boden-A.-G.	90.

Div.	Bergwerks-Unternehmungen.	In %
	Aumetz Friede	159.80
13	Baroper Walzwerk	135.
14	Bochumer Gußstahl	214.80
7	Buderus Eisenwerke	112.
18	Concordia Bergbau	310.50
11	Deutsch-Luxemb. B.	134.50
20	Donnersmarckhütte	370.
12	Eisenwerk Kraft	185.10
18	Eisenhütte Thale	234.
8	Eschw. Bergwerksv.	220.25
15	Gelsenkirchener Eisenwerk	159.
10	Gelsenk. Bergwerksv.	187
8	Harpener Bergbau	175.25
22	Hösch-Eisen u. Stahl	321.50
24	Ilse Bergbau	485.
4	Königs- u. Laurahütte	155.25
10	Lauchhammer kon.	189.25
0½	Leonh.-Braunkohlen	160.
12	Mannesm.-Röhrenw.	224.60
11	Mülh. Bergwerksv.	167.
15	Oberschl. Koksw.	223.25
22	Phönix-Bergb. u. Hütt.	236.70
16	Rhein.-Nass. Bergw.	220.

Vorl.	Letzt.		In %
8½	6½	B. Hyp.-B. L. A. B. ℳ	111.
6..	6..	Comm. u. Disc.-B.	107.
		Ult. »	107.
6½	6½	Darmstädter Bk. »	116.30
		Ult. »	116.85
12½	12½	Deutsche B. S. I-X »	250.20
		Ult. »	250.75
5..	5..	do. Asiat. B. Taels	119.
6..	6..	do. Eff. u. W. Thl.	113.50
7..	7..	Deutsch. Hyp.-B. »	130.
6..	6½	Dt. Natlb. in Brem. »	113.50
9..	9..	do. Übersechank »	155.
6..	6..	do. Ver.-Bank ℳ	119.
10..	10..	Disconto-Ges. »	187.70
		Ult. »	188.
8½	8½	Dresdner Bank »	153.50
		Ult. »	155.
7½	8..	Eisenbahnbank »	136.80
10..	10..	Eisenbahn-R.-Bk. »	171.50
9..	9..	Frankfurter Bank »	193.50
9½	9½	do. H.-Bk. »	209.
8..	8..	do. Hyp. C.-V. »	153.50
9..	9..	GothaerG.-C.-B. Thl.	166.50
9..	8..	Luxb. Intern. Bank Fr.	156.
7..	7½	Metallbk. u. Met.-G. ℳ	135.
5½	4½	Mitteld. Bdkr., Gr. »	83.
7..	6½	Mitteld. Kreditbk. »	117.25
7..	7..	Mitteld. Privb. Mgd. »	122.80
6½	7.	Natlbk. f. Dtschl. »	117.20
11..	12	Nürnb. Vereinsbk. »	251
7½	8..	Oest.-Ungar. Bk. Kr.	149.70
7..	7½	Oest. Länderb. »	137.50
10⅝	10⅝	do. Cred.-A. ö. fl.	203.25
		Ult. ö. fl.	203.85
7..	7.	Pfälz. Bank ℳ	121.75
9..	9..	do. Hypot.-Bank »	188.70
8..	8.	Preuss. B.-C.-B. Thl.	154.
6..	6.	do. Hyp.-A.-B. ℳ	117.10
5..	6..	Reichsbank »	137.50
7..	7.	Rhein. Credit.-B. »	126.40
9..	9.	do. Hypot.-Bank »	195.
7.	7.	Rh.-Westf. Disc.-G. »	118.
7½	5..	Schaaffh. Bankver. »	101.40
		Ult. »	101.37
6..	6..	Südd. Disconto-G. »	116.
8..	8½	do. Bodenkr.-B. »	177.50
5½	5½	Schwarzb. Hyp.-B. »	104.50
7½	7½	Wiener Bank-V. »	133.75
7..	7.	Württbg. Bankanst. »	133.25
5½	6.	do. Notenb. s. »	116.10
7..	7..	do. Vereinsbk. fl.	133.50
9..	9..	BanqueOttomane Fr.	123.

Vorl.	Letzt.		In %
9..	9.	Waggon Fuchs ℳ	139.
14..	22	Napht.-Pr. O. Nob. »	397.
9½	10..	Ölfrb. Ver. D. »	165.30
3..	3..	Porzellan Wessel »	50.
12..	10..	Pressh., Spirit. abg. »	—
8..	8..	Pulverf., Pt., Sprl. »	—
12..	12..	Schriftgiess. Stemp. »	209.50
7..	8..	Schuhf. Vr. Fränk. »	123.
10..	11..	» V. Fulda »	115.
8..	8..	» Frankf., Herz »	117.80
7..	7..	Seilind. (Wolff) »	—
12½	15	Sieg. Eisenb. u. Bckb.	200.20
14..	15..	Glasind. Siemens »	225.
9	10	Steaua Romana »	149.90
8½	8½	Spinn. Tric., Des. »	141.
5..	8.	» Westd. Jute »	115.
9..	10..	D. Verlags-Anst. »	168.10
15..	15..	Zellst.-Fabr. Waldh. »	221.50
25..	25..	Zuckerfab. Frankent	390.

Div.	Industrie-Aktien. Vorl. Letzt.		In %
14..	20..	Alum. Neuh. (50%) Fr.	283.50
10..	10..	Aschffbg. Buntpap. ℳ	170.
8..	8..	» Masch.-Pap. »	118.
12.8	12.8	Bad. Zckf. Wagh. fl.	210.30
3..	0	BaugSüdd. 1.60% E. ℳ	58.
15..	15.	Bleist. Faber Nbg. »	296.
10..	11..	Brauerei Binding »	180.50
7..	7..	» Henninger Frt. »	121.50
9..	9..	» Herkules Cass. »	156.
3½	3½	» Hofbr. Nicol. »	66.
7..	7..	» Kempff »	117.
3..	0..	» Löwenbr. Sint. »	40.
10..	9..	» Mainzer Br. »	169.75
9..	9..	» Nürnberg »	171.
7..	7..	» Reitenmayer »	110.50
0	0	» Schöfferh.-Bg. »	54.
11½	11½	» Stern, Oberrad »	192.50
8..	8..	Bronzef. Schlenk »	128.
12..	9..	Celluf., Bayr. (W.) »	149.
10..	10..	Cem. Heidelb. »	152.50
7..	8..	» F. Karlst. »	124.
8..	8..	» Lothr. Metz »	136.50
10..	10..	Cham. u. Th.-W.-A.	143.
7½	8..	Chem. A.-C. Guano.	120.
25..	28..	» Bad. A. u. Soda. »	581.25
8..	0	» Blei, Silb. Braub. »	85.50
50..	30..	» D. Gold-, Sl-Sch. »	611.50
12..	12..	» Phk. Gerresh-H. »	204.
12..	14..	» Fabr. Gdbg. »	233.
14..	14..	» F. Gritsh. El. »	249.80
30..	30..	» Farbw. Höchst »	627.
0	0	» Fbw. Mühlheim »	62.20
20..	20..	» Fabr., V. Mannh. »	332.
12..	12..	» Weiler-ter-Meer »	218.20
30..	30..	» Werke Albert »	450.50
14..	15..	» Holzverkohlgs. »	304.
12..	12½	» Rütgerswerke »	196.
18..	18..	» Schramm L. Farb.	266.
12..	12..	» Ult.-Fabr. Ver. »	214.
14..	14..	» Wegel. Rsald. »	214.
5..	16..	Dpfkrb. u. Prh. Hel b.	—
8..	8.	Drahtind., Südd. ℳ	117.
25..	25..	El. Accum. Berlin »	348.25
14..	14..	» Allg. Ges. Berl. »	240.80
5..	5..	» Bergm.-Werke »	128.25
7..	8..	» Brown Bov. & C. »	141.75
5..	5½	» Contin., Nürnb. »	85.
10..	11..	» Dtsch.-Übersee »	169.62
6..	8..	» Felt. u. Guill. L. »	149.80
4..	4..	» W Homb. v. d. H. »	116.
5..	6..	» Lahmeyer »	119.50
7½	7½	» Licht u. Kraft »	129.
11..	9..	» Lief.-Os., Berl. »	200.
12..	12..	» Rein., G. u. Sch. »	183.25
8..	8..	» Schuckert »	154.35
7½	8	» Thein. »	135.25
12..	12..	» Siem. u. Halsk. »	225.60
6½	6½	» Siemens, Betr. »	112.40
7½	7½	» Tl.-G. Dtsch. A. »	122.30
10..	10..	» Voigt & Haeffn., F.	180.
7..	7..	Feist & S. Frkf. Sekt.	105.
5	6..	Gelsenk. Gußst. »	88.
9..	9.	Gummif. Berl.-Frkf. »	126.50
0	0	do. Mitteld. (Pet.) »	82.
7..	7..	Hafenmühl., Frkf. M. »	112.
7..	7..	Hed. Kpf. u. Süd. Kw.	112.75
8..	9..	Illkirch. Mhlw. Strssb.	125.
8..	8..	Jungh. Geb. Schramb.	123.90
12..	12..	Kalk Rh. Westf. ℳ	154.50
		Kunstseidei., Frkf. »	—
9..	9..	Lederf. N. Spier »	191.
7½	7½	» Rothe, Kreuzn. »	107.50
3..	5..	Löhnberg. Mühle »	50.
10..	10.	Ludwigsh. W.-M. »	169.
30..	30..	Masch. A., Kleyer »	361.
6..	7..	» Armat. Hilpert »	94.
10..	9..	» Baden., Weinh. »	130.
12..	12..	» Beck u. Henkel »	156.50
28..	28..	» Bielefeld O. »	338.50
10..	12..	» Daimler-Mot. »	323.
6..	5..	» Esslingen »	77.
9..	7..	» Faber u. Schl. »	117.
5..	6..	» Fahrzg. Eisen. »	94.75
18..	23..	» Filt. & Br. Eez. »	304.
9	9..	» Gasm. Deutz »	119.
17..	18..	» Gritzn., Durl. »	271.
8..	10..	» Karlsruher »	150.
13½	13½	» Mannesm.-R »	223.75
9..	9..	» Masch. u. A. Kl. »	129.
21..	19..	» Mocenus »	182.50
8½	8½	» Mot. Oberurs. »	158.75
9..	10..	» Pokorny u. W. »	138.50
12..	12..	» Pfälz. Näh. Kays. »	159.
16..	16..	» Schn. Frankenst. »	289.
9..	9..	» Schraub., Krom. »	160.
0..	0	» Witten. Stahl »	163.
12..	12..	Metall Geb. Bing. N. »	201.50

Div.	Bergwerks-Aktien. Vorl.	Letzt.		In %
	12..	12..	Aumetz-Friede ℳ	160.
			Ult. »	—
6		10	Berzelius Bensberg »	148.
	14..	14..	Boch. Bb. u. G. »	215.60
			Ult. »	215.50
	9..	9..	Braunk.-W. Leonh. »	159.
	6..	7..	Buderus Eisenw. »	111.80
	16..	23..	Conc. Bergb.-G. »	310.
	11..	10..	Deutsch-Luxemb. »	134.
			Ult. »	134.50
	8..	10..	Eschweiler, Bergw. »	220.40
			Ult. »	—
	10..	15..	Friedrichshütte »	158.75
	10..	10..	Gelsenkirchen » »	—
			Ult. »	187.25
	9..	11..	Harpener Bergb. »	—
			Ult. »	176.
	9..	11½	Hibernia Bergw. »	—
	10..	10..	Kaliw. Aschersl. »	149.70
	11..	13..	» Westereg. »	158.
	4½	4½	» P.-A. »	93.
	0..	6.	Königin Marienh. »	—
	0	0	Lothring. Eisenw. »	—
	3½	6..	Oberschl. E.-B. »	91.30
			Ult. »	—
	0	3..	Oberschl. Eis.-In. »	62.
	18..	18..	Phönix Bergbau »	237.40
			Ult. »	237.50
	12..	12..	Riebeck, Montan »	194.
	6..	8..	V. Kön.-u. Laura Thlr.	—
			Ult. »	155.
	19..	26..	Östr. Alp. M. ö. fl.	—

Deutsche Kolonial-Ges.			
11..	10..	Otaviminen	Fr. 109.00
5..	7½	South West Afr. C.	» 113.
		Ult.	» 115.25

Div.	Aktien v. Transp.-Anstalten. Divid. Vorl.	Letzt.	a) Deutsche.	In %
	8½	8½	Lübeck-Büchen ℳ	181.
	7..	7..	Allg. D. Kleinb. »	124.
	8½	9..	do. Lok.-u. Str.-B. »	174.50
	8½	8½	Berliner gr. Str.-B. »	164.20
	5..	5..	Cass. gr. Str.-B. »	154.50
	6	6	D. Eis.-Betr.-Ges. »	108.50
	5½	6	El. Hochb. Berlin »	137.
	6	7½	Schant. E.-B.-Akt. »	128.75
	4..	6½	Südd. Eisenb.-Ges. »	122.
	0	0	Westd. Eisenb.-G. »	—
	9..	10..	Hamb.-Am. Pack. »	134.
	5..	7..	Nordd. Lloyd »	117.10
			b) Ausländische.	
	10½	12½	Buschtehr. Lit. A. ö. fl.	—
	11½	12	do. Lit. B. »	—
	7	7½	Ost.-Ung. St.-B. Fr.	154.75
	8..	9..	do. Süd. (Lomb.) »	22.87
	4..	4	Prag-Dux Pr.-A. ö. fl.	—
	5½	5	do. St.-Akt. »	—
	1¾	2¼	Raab Öd.-Ebenfurt »	68.
	7	8..	Orient-E.-B.-Betr.-G.	—
	6..	0..	Baltim. u. Ohio Doll.	89.12
	6..	6..	Pennsylv. R. R. »	110.
	5..	5½	Anatol. Eis.-B. ℳ	—
	6½	8..	Prince Henri Fr.	—
	10..	11..	Orazer Tramway ö. fl.	200.

Pr.-Obligat. v. Transp.-Anst. Zf.	a) Deutsche.	In %
3..	Allg. D. Kleinb. abg. ℳ	74.90
4..	Allg. Lok.-u. Str.-B. v. 98 »	98.75
4½	Bad. A.-G. f. Schiff. »	86.50
4..	Casseler Strassenbahn »	83.50
4½	D. E.-B.-Betr.-G. S. II ℳ	150.
4½	D. Esb.-G. (Ff.) S. II u. IV »	100.
4½	Nordd. Lloyd unk. b. 06 »	—
4½	do. 1908 ukk. 1913 »	—
4..	do. v. 02 unk. 07 »	—
4..	Südd. Eisenbahn v. 07 »	90.10
3½	Südd. Eisenbahn »	—
	b) Ausländische.	
4..	Elisabethb. stfr. in Gold ℳ	88.80
5..	Ost. Nordwestb. v. 74 »	100.60
3½	do. conv. v. 74 »	79.50
3½	do. v. 1903 Lit. C. »	78.70
5..	do. Lit. A. stf. i. S. ö. fl.	99.50
3½	do. conv. L. A. Kr.	76.70
3½	do. von 1903 L. A. »	77.10
5..	do. L. B. stfr. S. ö. fl.	100.
3½	do. conv. L. B. Kr. »	77.10
3½	do. v. 1903 L. B. »	77.10
5..	do. Südl. stat. i. G. ℳ	98.10
4..	do. »	—
2⅝	do. Fr.	52.
2⅝	do. E. v. 1871 i. G. »	51.70
5..	do. Staatsb. 73/74 ℳ	—
5..	do. Brünn-Roß Thl.	101.
4..	do. Staatsb. v. 83 ℳ	88.10
1..	do. XX. I.-VIII. Em. Fr.	75.10
3..	do. IX. Em. »	—
3..	do. von 1885 »	71.40
3..	do. v. 1895 stf. i. G. ℳ	70.80
3..	Prag-Dux 1896 stf. i. G. ö. fl.	71.
3..	Raab.-Öd. E. stf. i. G. »	76.30
4..	Rudolfs. Salzkg. stf. i. G. »	86.
2⅝	Livorn. Lit. C, Du. D/2 »	70.
2⅝	Südl.-Ital. S. A.-H. Le	65.
4..	Toscanische Central »	107.
5..	Westsizilian. v. 79 Fr.	98.80
5..	do. von 1889 Le	—
3½	Gotthardbahn Fr.	87.60
4..	Kursk.-Kiew. stfr. gar. ℳ	88.50
4..	do. Chark. 89 » »	86.60
4½	Mosk. Kasan E.-B. 1909 »	95.90
4..	do. uk. 1915 stfr. G. »	—
4½	do. Wor. ab 1910 stfr. »	96.20
4..	do. von 95 stf. g. »	86.30
4..	Podolische verl. 1915 »	96.
4..	Russ. Südost v. 97 »	—
4..	do. Südwest stfr. g. »	86.50
4..	Warsch.-Wien stfr. gar. »	—
4½	Wladikawkas v. 1912 »	96.40
4½	Anatolische i. G. »	91.80
4½	Port. E.-B. v. 89 i. Rg. »	68.50
3..	Saloniki-Monastir »	—
6..	Tehuantepec rckz. 1914 »	89.

Pfandbr. u. Schuldverschr. v. Hypotheken-Banken. Zf.		In %
3½	Allg. R.-A., Stuttg. ℳ	88.
3½	Bay. Ver-B. München »	86.10
4..	do. Handelsb. »	97.20
3½	do. Ser. 1 u. 15 »	86.10

Zf.		In %
4..	g. Hyp.-u. W.-Bk. ℳ	97.80
3½	do. »	89.10
4..	do. Bd.-C.-A., Wzbg. »	90.
3½	do. S. 1, 3-6, 20, 21 »	80.
4..	Nürnb. V.-B., S. 13, 20, 21 »	98.10
4..	do. S. 36 u. 39 uv. 20/21 »	96.10
3½	do. »	84.20
4½	Berliner Hypothekenb. »	99.
4..	do. »	91.30
3½	do. »	83.10
4..	Braun. Han. Hypb. 21 u. 23 »	93.50
4..	do. » 23 »	93.50
3½	do. S. 29 »	83.10
4..	D. Gr.-Cr. Oulba 5. 6 u. 7 »	93.
4..	do. S. 19 uk. 1921 »	95.
3½	do. rückg. 110 »	100.
3½	do. » 5 u. 8 »	84.50
4..	D. Hyp.-B. Berlin S. 10 »	92.50
4..	do. S. 14, uk. b. 1914 »	92.50
4..	do. S. 22 u. 23 uk. 21 »	94.50
3¾	do. 13 u. 13a uk. 13 »	86.50
3½	do. kündb. ab 1905 »	83.25
4..	Frkf. Hyp.-B. Ser. 14 »	94.
4..	do. S. 20 uk. 1915 »	95.
4..	do. Ser. 21 uk. 20 »	95.50
4..	do. S. 16 u. 17 »	94.
3½	do. S. 12, 13, 15 u. 19 »	84.50
3½	do. Kom. Ob. S. 1 »	84.50
4..	do. Hyp.-Kred.-V. S. 15-19 21-27, 31, 34-42 »	93.50
4..	do. S. 43 uk. 1913 »	94.
4..	do. S. 46, kdb. 08 »	94.
4..	do. S. 48 uk. 1917 »	94.50
4..	do. S. 51 uk. 1920 »	95.
4..	do. S. 52 uk. 1921 »	95.50
3¾	do. S. 44 uk. 1913 »	88.50
3½	do. S. 28-30 u. 32 »	85.50
4½	Land. Credb. Pfd. uk. 17 »	75.50
4..	do. unkb. 1907 »	75.50
4..	Hambg. H. B. S. 141-470 »	92.50
4..	do. 471/540 unk. 1916 ℳ	93.50
4..	do. 541/610 uk. 1918 »	94.
4..	do. 611/690 » 1921 »	95.
3½	do. S. 1-190, 301-330 »	84.
4½	Mecklb. Hyp. S. 1 »	110.
3½	do. S. 2. u. 3 »	83.50
4..	Meis. Hyp.-B. S. 2, 6 u. 7 »	93.
4.	do. S. 8 u. 9 uk. 11 »	93.20
4..	do. S. 11 » 1916 »	93.50
4..	do. S. 12 » 1917 »	93.60
4..	do. S. 13 » 1918 »	93.80
4..	do. S. 14 » 1919 »	94.10
4..	do. S. 16 » 1921 »	94.70
4..	do. S. 17 » 1922 »	95.
3½	do. kb. ab 05 u. 07 »	84.
3½	do. Ser. 10 »	85.
4..	Mitteld. B.-C. 2-4 »	92.30
4..	do. S. 7 rückg. 1922 »	95.
5½	do. unk. b. 1906 »	83.50
..	Nordd. Grdk. Weim. »	91.75
3½	do. »	83.
4..	Pfälz. Hyp.-B. uk. 1917 »	96.
3½	do. »	84.90
4½	Preuß. Bod.-Cr.-Act.-B. »	—
4..	do. S. 17, 18 u. 21 »	92.10
4..	do. S. 22 uk. 1915 »	92.10
4..	do. S. 25 » 1918 »	93.10
4..	do. S. 26 » 1919 »	93.20
4..	do. S. 27 » 1920 »	93.20
4..	do. S. 28 » 1921 »	93.40
4..	do. S. 29 » 1921 »	93.40
3½	do. S. 30 » 1913 »	86.50
3½	do. S. 33 » 1915 »	86.50
3½	do. S. 3, 7, 8, 9 ℳ	84.80
4..	Pr. Centr.-B.-C.-B. v. 99 »	92.90
4..	do. v. 1899, 01 u. 03 »	92.40
4..	do. v. 1906 » 16 »	92.60
4..	do. v. 1907 » 17 »	92.80
4..	do. v. 1909 » 19 »	92.80
4..	do. v. 1910 » 20 »	93.60
4..	do. v. 1912 » 22 »	94.50
3½	do. v. 1886/89/94/96 »	83.60
3½	do. v. 1904 uk. 13 »	83.50
4..	do. Kom. 01 kd. 10 »	94.10
4..	do. 08 uk. 17 »	94.20
4..	do. 12 uk. 22 »	93.60
3½	do. 87 v. u. 96 »	85.20
3½	do. 05 » 16 »	84.60
3½	do. Hypoth.-Act. Bk. »	—
4½	do. Sr. 125 auf 80% »	119.
4..	do. abg. »	90.80
3½	do. »	83.
4..	do. v. 04 uk. 13 »	92.20
4..	do. v. 07 uk. 17 »	92.25
4..	do. v. 09 uk. 19 »	92.80
4..	do. Kom. v. 11 uk. 21 »	95.75
4..	do. Hyp.-V.-G. (Ant. Ctf) »	93.
3½	do. »	87.50
4..	do. Pfandbr.-B. 12, 19 u. 22 »	92.20
4..	do. E. 25 unk. 14 »	92.20
4..	do. E. 28 » 17 »	93.20
4..	do. E. 29 » 19 »	93.25
4..	do. E. 30/31 » 20 »	93.50
3¾	do. E. 26 » 14 »	87.50
3½	do. E. 17, 18 u. 24 kb. »	93.
3½	do. Kleinb. E. 1 kb ab 04 »	90.
3½	do. Kom. S. 3 uk. b. 12 ℳ	83.50
4..	do. Landsch. Central »	—
4..	Rhein. Hyp.-B. kb. ab 02/07 »	93.60
4..	do. 1917 »	93.20
4..	do. 1919 »	93.20
4..	do. 1921 »	93.60
4..	do. uk. 1923 »	94.80
4..	do. Kom. ukb. 23 »	95.80
3½	do. »	83.30
3½	do. 1914 »	82.90
4..	Rhein.-Westf. B.-C. S. 3, 5, 7, 7a, 8, 8a, 9 u. 9a »	92.
4..	do. S. 10 uk. 1915 »	92.
4..	do. 12 u. 12a » k. 1920 »	93.50
4..	do. S. 13 uk. 1923 »	94.50

Zf.		In %
3½	Rh.-Westf. S. 2, 4 u. 6 ℳ	93.50
4..	Südd. B.-C. 31/32, 34, 43 »	96.90
3½	do. bis inkl. S. 52 »	86.10
4..	Westd. Bod. Köln S. 7 »	92.30
4..	do. S. 8 »	92.30
3½	do. S. 3 u. 4 »	83.
3½	do. S. 9 »	84
4..	Württ. H.-B. Em. b. 92 »	95.20
3½	do. »	85.50
4..	Württ. Kreditv. uk. 20 »	96.
3½	do. » 12 »	85.50
4..	Württ. Vereinsb. » 20 »	96.
3½	do. » 15 »	86.80
	Staatlich od. provinzial-garant.	
4..	Ld. Hess.-H. uk. 1913 ℳ	98.50
3½	do. Serie 1, 2, 5-8 »	84.20
4..	L.-K. (Cass.) S. 22 uk. 1914 »	99.
4..	do. S. 23 » 1916 »	97.
4..	do. S. 24 uk. 1921 ℳ	97.
4..	do. S. 25 » 1922 »	98.
3½	do. S. 21 » 1917 »	88.
4..	Nass. L.-B. L. V. u. W. 15 »	99.
4..	do. Lit. Z. uk. 20 »	99.
3¾	do. Lit. U u. X »	96
3½	do. Lit. J »	91.50
3½	do. F, G, H, K, L »	91.50
3½	do. M, N, P, Q »	91.50
3½	do. Lit. R, S, »	91.50
3½	do. Lit. T »	91.50
3..	do. Lit. O. »	88

Zf.	Diverse Obligationen.	In %
4..	Aschaffb. Buntp. Hyp. ℳ	92.
4..	Bank für industr. U. »	—
4..	Buderus Eisenwerk »	99.30
4..	Cementw. Heidelbg. »	98.
4½	Chem. Bad. Anil. »	101.75
4½	do. Blei- u. Silb. Braub. »	95.
4½	do. Griesheim El. »	98.80
4½	do. Farbw. Höchst »	102.
4½	do. Ind. Mannh. »	98.50
4..	do. Kalle & Co. H. »	97.
4½	Deutsch-Luxemb. uk. 15 »	96.50
4..	Esb.-B. Frankf. a. M. »	99.50
3½	do. »	88.
4½	Eisenb.-Renten-Bk. »	99.50
4..	do. »	93.25
4½	Elktr. Allg. Ges., S. VI »	100.70
4½	do. S. VII »	100.50
5..	do. Dtsch. Ueberseeg. »	101.90
4½	do. Ges. Lahmeyer »	94.70
4..	do. »	87.70
4½	do. Rheingau uk. 17 »	92.50
4½	do. Schuckert v. 06 »	98.
4..	do. »	98.
4½	do. Rhein. uk. 15/17 »	94.20
4½	do. Betr. A.-G. Siem. »	88.
4½	do. Siem. u. Halske »	99.30
4..	do. uk. 20 »	93.50
4½	do. Voigt u. Haeff. Frkf. »	100.
4..	Frankfurter Hof Hypt. »	98.
4½	Hôtel Nassau, Wiesb. »	95.50
4½	Mannh. Lagerh.-Ges. »	94.
4..	Metall.-Ges., Frankf. »	100.50
4..	Oellahr. Verein Dtsch. »	98.
4½	Seilindust. Wolff Hyp. »	98.50
4½	Zellst. Waldhof Mannh. »	97.20

Zf.	Verzinsl. Lose.	In %
4..	Badische Prämien Thlr.	175.10
5..	Donau-Regulier